

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Berechtigt für die sechsgehaltene Annon-
 cenliste oder deren Raum 60 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das fertige
 Wort 20 Pfg. (zweifach 2-fachgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Stellenangebote und Geschäftsver-
 träge das erste Wort 10 Pfg., jedes
 weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 20. Oktober 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Schiffahrtsabgaben.

Die Kommission, die den Entwurf eines Gesetzes über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben beriet, vollendete vor einigen Tagen ihre Arbeiten. Der konservative Vorsitzende, der Abgeordnete Winkler, hatte schon eine Woche vor dem Zusammentritt des Reichstags für nötig gehalten, die Kommission zusammenzuberufen. In seinem Bestreben, die Erhebung der Vorlage zu beschleunigen, wurde er unterstützt durch den Zentrumsabgeordneten Am Rehnhoff, den vom Ministerialdirektor Peters beratenen Berichterstatter. In einer Zeit unerhörter Feuersurgen kennen diese Herren keine dringlichere parlamentarische Aufgabe, als die überstürzte Annahme eines Gesetzes, das eine Erhöhung der Lebensmittelpreise herbeiführt. Der Abschluß dieser agrarischen Aktion reißt sich würdig dem Anfang an. Die Junker jammerten schon seit Jahren darüber, daß auf dem Rhein ausländisches Getreide zu billigen Preisen ins Land eingeführt werde. Gleichzeitig empfangen die preussische Eisenbahndirektion die billige Konkurrenz der Wassertransporte als störend. Bürokratie und Großgrundbesitzer arbeiteten, wie immer, in einer Richtung, und so entstand der § 19 des preussischen Kanalgesetzes, der die Erhebung von Schiffahrtsabgaben vorsah. Die Bestimmung war eine offene grobe Verletzung von § 54 der Reichsverfassung, die auf den natürlichen Wasserstraßen Abgabefreiheit festsetzte. Einzelne süddeutsche Bundesstaaten und die bedrohten Handelsinteressen protestierten gegen diesen Rechtsbruch. Die preussische Regierung versuchte zunächst, durch verwegene Klünste die Interpretation den Sinn des Artikels 54 in das Gegenteil umzudeuten. Als dies mißlang, wurde ein Gutachten des Reichsjustizamts über diese künstlich geschaffene „Streitfrage“ eingeholt. Es fiel zungunsten Preußens aus. Es bestätigte, daß das Kanalgesetz in seinem § 19 in unlöslichem Widerspruch zur Reichsverfassung steht. Nach dieser Blamage mußte sich die preussische Regierung dazu verstehen, eine Änderung der Reichsverfassung zu beantragen. Um die nötige Mehrheit im Bundesrat zu erreichen, wurden die altbewährten Mittel der Korruption angewandt. Den süddeutschen Bundesstaaten, die als Oberlieger der Ströme natürliche Gegner der Abgaben waren, wurde Geld für ihre Zustimmung angeboten. Den Bayern wurde ein Zuschuß zur Kanalifizierung des Mains zwischen Aschaffenburg und Offenbach, den Württembergern ein Beitrag für die Regulierung des Neckars von Heilbronn bis zur Rheinmündung versprochen. Und zuletzt gelang es auch nach Baden und Sachsen, die am längsten widerstanden, zu gewinnen durch die Zusage, zur Herstellung von größeren Fahrwasserflüssen im Rhein und in der Elbe Mittel zu gewähren.

So kommt es, daß diese verkehrshindliche Vorlage notgedrungen in einzelnen Paragraphen wirtschaftliche Vorteile bringt. Durch den Artikel I wird die Abgabefreiheit, die bisher in der Reichsverfassung garantiert war, beseitigt. Es dürfen künftig auf allen natürlichen Wasserstraßen Abgaben erhoben werden, allerdings nur für solche Werke und Einrichtungen, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind. Die Entfernung der reichsgefährlichen Schranke kann besonders für einen Teil Preußens eine bedenkliche Folge haben. Bei den deutschen Hauptströmen ist durch die Annahme der Vorlage die Erhebung von Befahrungsabgaben noch nicht gesichert. Nach der Rheinschiffahrtsakte kann nur mit Zustimmung der Niederlande die Freiheit der Schiffahrt auf dem Rhein beseitigt werden und der Elbschiffahrtsvertrag gibt Österreich das Recht, die Erhebung von Abgaben auf der Elbe zu verbieten. Es können vielleicht Jahre vergehen, bis die genannten Auslandsstaaten sich zur Höhe unserer neuen Verkehrspolitik aufschwingen und ihre Zustimmung zur Wiedereinführung der alten Stromzölle erteilen. Inzwischen aber kann Preußen auf seinen eigenen Flüssen, auf der Ems, der Oder, der Memel, der Weichsel usw. ungehindert Befahrungsabgaben einfördern. Eine Schutzbestimmung, die diese verschiedene Behandlung der Stromgebiete verhindern wollte, wurde von der Kommission in der zweiten Lesung wieder gestrichen.

In Artikel II des Entwurfes wird die Erhebung und Verteilung der Abgaben geregelt. Für den Rhein, die Elbe und die Weser werden Strombauverbände geschaffen, in deren Rassen die Befahrungsabgaben stehen. Mitglieder dieser Verbände sind die beteiligten Bundesstaaten, also für den Rheinverband Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen, für den Weserverband Preußen, Oldenburg, Braunschweig Lippe und Bremen, für den Elbeverband Preußen, Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt und Hamburg. Aus den Einnahmen werden zunächst die Verwaltungs- und Erhebungskosten bestritten, dann sollen die Abgaben zur Herstellung und Unterhaltung der in dem Gesetz benannten Anstalten ver-

wendet werden. Die wichtigsten sind die Herstellung einer Fahrwasserflöße von zwei Metern zwischen Straßburg und Sonderheim und von 2,50 Metern zwischen Mannheim und St. Goar, ebenso von 2,50 Metern zwischen Aschaffenburg und Offenbach auf dem Main und von 2,20 Metern auf dem Neckar von Heilbronn bis Mannheim. Auf der Elbe soll eine Fahrwasserflöße von 1,10 Meter oberhalb und mindestens 1,25 Meter unterhalb der Saalemündung erreicht werden, auch sollen Mittel zum Ausbau der Saale von der Einmündung des geplanten Verbindungskanals mit Leipzig bis Halle und zur Verbesserung des Fahrwassers von Halle bis zur Elbmündung gewährt werden. Dagegen hat beziehungsweise die Kommission ihren früheren Beschluß wieder aufgehoben, der auch zur Kanalisierung der Lahn, der Mosel und der Saar Mittel bereit stellen wollte. Der preussische Eisenbahnminister hatte sich leidenschaftlich gegen diesen Plan gewendet. Weil die rheinisch-westfälischen Großindustriellen befürchteten, die lothringische Industrie könne ihnen einen gefährlichen Wettbewerb machen, wird dieser Verkehrsfortschritt gehindert. Niemand kann bestreiten, daß eine Wasserstraße zwischen den gewaltigen Erzlagern in Lothringen, Luxemburg und Frankreich und dem größten deutschen Kohlenbecken in Westfalen für die Entwicklung unserer Eisenindustrie eine Lebensfrage ist. Aber der Widerspruch der westdeutschen Scharfmacher, die sich mit den ostdeutschen Grundbesitzern in die Herrschaft Deutschlands teilen, genügt, um die Ausführung zu hemmen. Uebrigens hatte sich Deutschland durch Artikel 14 des Frankfurter Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 verpflichtet, dieses Kulturwerk zu vollbringen. Es heißt dort: „Jeder der vertragschließenden Teile wird auf seinem Gebiete die zur Kanalisierung der Mosel unternommenen Arbeiten fortführen.“ Jetzt besitzt Elsaß-Lothringen und das Saargebiet zwar eine Kanalverbindung mit Frankreich, nicht aber mit dem Rhein und Deutschland. So sieht die „nationale Politik“ Preußens aus.

Die Angelegenheiten der Verbände werden durch Ausschüsse verwaltet, die aus den Vertretern der beteiligten Staaten zusammengesetzt sind. Den Vorsitz führt Preußen. Daneben werden Strombeiräte gebildet, die von den Vertretungen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft zu wählen sind. Ihre Mitgliederzahl wurde von der Kommission verdoppelt, auf 92 für den Rheinverband, auf 56 für den Elbeverband. Sie verhandeln und beschließen in öffentlicher Sitzung, eine erfreuliche Verbesserung gegen den Entwurf. Allerdings darf der Einfluß dieser Schiffahrtsparlamente nicht zu hoch eingeschätzt werden. In den meisten Fragen haben sie nur beratende Stimme. Sie dürfen beschließen und mitwirken, wenn die Mittel der Verbände für solche Anstalten verwendet werden sollen, die im Gesetz nicht aufgezählt sind, ferner wenn die Einheitszölle des Gütertarifs überschritten oder Güter in eine höhere (teuerere) Klasse verlegt werden sollen. Die Abgaben werden in fünf Tariffklassen mit tonnenmetrischen Einheitszölen erhoben; sie betragen 0,02 bis 0,1 Pf. Kohlen und Erze gehören stets in die niedrigste Tariffklasse. Dagegen ist beabsichtigt, das Getreide in die höchste Tariffklasse zu versetzen.

Personenverkehr, Reisegepäck und Föberei sind abgabefrei geblieben. Aber die schönen Versprechungen, den Schiffermittelstand zu schonen, wurden nicht gehalten. Der sozialdemokratische Antrag, auf dem Rheinstromgebiet Fahrzeuge bis zu 1000 Tonnen Tragfähigkeit, auf den übrigen Flüssen solche bis zu 600 Tonnen nicht zu Befahrungsabgaben heranzuziehen, wurde von den bürgerlichen Mittelstandskrettern abgelehnt. Jetzt sollen Güter in Schiffen mit eigener Triebkraft bis zu einer Tragfähigkeit von 50 Tonnen (N) freibleiben. Schiffe ohne eigene Triebkraft bleiben auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen frei bis zu 200 Tonnen Tragfähigkeit, auf der Weser und Elbe bis zu 150 Tonnen, auf den übrigen Verbindungsflüssen bis zu 100 Tonnen. Die Bestimmung kommt überwiegend den holländischen und belgischen Schiffsbesitzern zustatten, da bei ihnen verhältnismäßig wenige große Rheinschiffe im Betrieb sind. Es wiederholt sich das aus der Zeit der Finanzreform bekannte Schauspiel, daß wir den Mittelstand gegen seine großkapitalistischen Freunde schützen müssen. Die Entscheidung steht nahe bevor. Voraussetzlich wird sich der Reichstag in der letzten Oktoberwoche mit der zweiten Lesung befassen müssen. Die Sozialdemokratie wird die einzige Partei sein, die geschlossen gegen den drohenden Angriff auf die Verkehrsfreiheit ihre Abwehrpflicht tut.

Die chinesische Revolution.

Ueber das Gesecht in Hankau liegen zuverlässige Nachrichten nicht vor. Jedenfalls kann von einem entscheidenden Sieg der Regierung nicht die Rede sein. Im übrigen Reich greift die Unzufriedenheit immer weiter um sich und eine lebhafte Agitation macht für den Sturz der Dynastie Propaganda. Yuan Shikai, der Führer der gemäßigten Liberalen, auf den die Regierung alle Hoffnungen setzt, scheint sich jetzt nach langem Zögern entschlossen zu haben, das Oberkommando über die kaiserlichen Truppen zu übernehmen.

Keine telegraphische Verbindung.

Peking, 19. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt, daß seit gestern abend 6 Uhr keine telegraphische Verbindung mit Hankau besteht. Die Ursache dieser Störung ist unbekannt. Die wildesten Gerüchte gehen um. Offiziell wird nichts darüber gemeldet, daß die Regierung gestern einen Sieg errungen hat. Man glaubt allgemein, daß die Lage sich nicht wesentlich gebessert hat. Die Zahl der kaiserlichen Truppen wird auf 21 000 Mann geschätzt. 70 Geschütze sind nach Hankau abgefordert.

Das Gesecht bei Hankau.

Hankau, 19. Oktober. Die Verstärkung der Revolutionäre wurden beim Ueberqueren des Flusses etwas in Unordnung gebracht. Die Leute zeigen meist eine gute Haltung, bellagen sich aber über ihre Führer. Ein Eisenbahnzug Regierungstruppen ist heute früh angekommen. Es wird behauptet, daß Lihuantscheng die Regierungstruppen zum Abfall aufgefordert habe, aber ohne Erfolg. Das planlose Schießen unmittelbar hinter Hankau setzte sich bis zum Nachmittag fort. Angeblich sind 200 bis 300 Revolutionäre getötet worden, während die Regierungstruppen geringere Verluste erlitten haben sollen.

Während des Gesechtes wurde die Eisenbahnstation von Hankau in stetem Wechsel bald von den Aufständischen und bald von den Regierungstruppen besetzt.

Die offizielle Darstellung.

Peking, 19. Oktbr. Die offizielle Regierungsbilatt kündigt an, daß die Aufständischen in Hankau gestern nach einem Gesecht, das den ganzen Tag über gedauert hat, geschlagen worden sind. Fünf mit Truppen aus dem Norden besetzte Eisenbahnzüge sind in Hankau eingetroffen.

Kaiserliche Edikte befehlen, daß die Anführer der Aufständischen streng bestraft werden sollen, fordern die Militärs und diejenigen, die sich dem Aufstande nur gezwungen angeschlossen haben, auf, zur Vornahme zurückzukehren, und warnen die Bevölkerung wie die Soldaten, an dem Aufstande teilzunehmen. Alle See- und Landstreitkräfte im Yangtsegebiet werden Yuan Shikai unterstellt. Die Auflösung der alten sogenannten Truppen des Grünen Banners soll vorläufig noch unterbleiben.

Mobilisierung in der Mandchurie.

Russen, 19. Oktober. Der Truppen sind auf Kriegsfuß gesetzt worden. Die Absendung der ersten Division ist fast beendet. Neue Truppenteile werden durch Mandchuren ergänzt.

Die Chunksen für die Revolution.

Kwang-tschung-tse (Mandchurie), 19. Oktober. Die Revolution rief an der hiesigen chinesischen Börse eine Panik hervor; die Noten der Privatbanken fallen alle zwei bis drei Stunden. Die Bevölkerung ist erregt. Die Polizei rief Maueranschläge ab, die zum Aufstand aufriefen. Aus japanischen Quellen wird gemeldet, daß die Führer der Chunksen in der Mandchurie den Revolutionären zugesagt hätten, die Revolution in der Mandchurie zu organisieren.

Der Krieg.

Trotz des großen Geschreis der italienischen Presse, rückt die Tripolisaktion nur langsam vom Fleck. Die kleinen Scharmützel in der Nähe von Tripolis sind ohne Bedeutung und der Marsch der italienischen Truppen ins Innere hat noch nicht begonnen. Ebenso wenig läßt sich zur Stunde etwas Sicheres über Stärke und Kampfbereitschaft der türkischen Truppen im Innern und ihrer freiwilligen Hilfstruppen sagen. Die italienische Regierung scheint immerhin mit einem bedeutenderen Widerstande zu rechnen und der Gedanke liegt da nahe, von der Türkei durch Angriffe auf ihre Hafensplätze den Verzicht auf Tripolitani zu erzwingen, den man sonst nur durch langwierige, in ihrem Erfolg zudem zweifelhafte Operationen im Innern erlangen könnte. Auch die Gefahren des wirtschaftlichen Krieges drängen Italien immer wieder zu einer Ausdehnung des Kriegsschauplatzes. Damit verstoßt aber Italien gegen die Interessen der anderen Mächte, namentlich Österreich-Ungarns, das jetzt wiederum in Rom Vorstellungen erhoben und die italienische Regierung ersucht haben soll, Flottendemonstrationen an der europäischen Küste zu unterlassen, da dadurch österreichische Interessen auf dem Balkan empfindlich berührt würden. Diese Vorstellungen erfolgten, weil die italienische Regierung, wie bereits gemeldet, die Absicht hat, den Kriegsschauplatz auf die Inseln und Küsten des Ägäischen Meeres auszudehnen. In diesem Zusammenhang ist eine Auslassung des „Pester Lloyd“ beachtenswert, der oft dem österreichischen Auswärtigen Amt zum Spruchrohr dient. Das Blatt gibt folgende Kennzeichnung der Lage:

Auf dem Balkan bestehen friedensgefährliche Tendenzen, diese werden jedoch durch die von den Großmächten beeinflussten Balkanregierungen eingedämmt, so daß vorläufig kein Grund zur Schwarzseherei besteht; die Lage könnte sich jedoch verschlimmern, wenn der italienisch-türkische Konflikt länger dauern oder sich räumlich ausdehnen würde; es könnten hieraus Folgen entstehen, die für die Ruhe Europas bedrohlich sein würden.

Es charakterisiert die Ohnmacht der europäischen Diplomatie, daß sie diesen Gefahren untätig zusieht, obwohl sie deren Größe kennt.

Türkische Angriffe.

Konstantinopel, 19. Oktober. Der Tripolitanische Korrespondent des „Adam“ telegraphiert über Debiat an der tunesischen Grenze, daß die türkischen Truppen drei Angriffe gegen die Italiener unternommen hätten, wobei die Italiener zahlreiche, die Türken aber nur zwei Tote gehabt hätten. Die Disziplin der Truppen wie der Stämme sei vorzüglich.

Sabah erzählt, daß der Militärattaché in Berlin Enver-Paşa in Tripolis eingetroffen ist und sich den Truppen, die unter dem Kommando des Pariser Militärattachés Fezi-Bei stehen, angeschlossen hat.

Der hiesige Vertreter Ägyptens meldete dem Großwesir, daß in einer Volksversammlung in Ägypten 20000 Pfund Sterling für die Fortsetzung des Krieges gegen Italien gezeichnet worden seien.

Keine Landung in Derna.

Konstantinopel, 19. Oktober. Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums ist es den Italienern, trotzdem sie Derna und Benghasi beschossen hätten, nicht gelungen, dort zu landen. Das italienische Archipelgeschwader, dessen Vorrat der Hafen von Tobruk ist, soll in der Nähe von Rhodus kreuzen.

Die Jungtürkische Partei hat in ihrer gestrigen Abend-sitzung beschlossen, dem Kabinett unter der Bedingung, daß dem Wunsche der Nation entsprechend der Widerstand gegen Italien fortgesetzt wird, ein Vertrauensvotum zu erteilen. Die Partei hat eine Kommission gewählt, die versuchen soll, ein Einvernehmen mit der Opposition herzustellen.

Türkische Beute.

Konstantinopel, 18. Oktober. Wie verlautet, haben die türkischen Behörden im Archipel ein italienisches Segelschiff mit einer Ladung von Explosivstoffen und zwei Fischerboote beschlagnahmt.

Die Herkale Kriegshehe.

Rom, 18. Oktober. Wie die Blätter melden, hielt Kardinal Vincent Vannutelli bei der Hochzeitsfeier der Prinzessin Odeschali mit dem Marquis Patrizi eine Rede, in der er auf das Unternehmen Italiens in Tripolis hinwies und an die ruhmreichen Kämpfe gegen die Türken erinnerte, die durch die Initiative des Papstes Innocenz XI. aus dem Hause Odeschali geführt wurden. Italien vollbringe ein Werk der Zivilisation, indem es in Tripolis den Halbmond durch das Kreuz ersetze. Er erinnerte ferner an den Sieg der Christen bei Lepanto, der ebenfalls im Oktober errungen wurde, und schloß mit dem Wunsche, Italien möge die Mission der Zivilisation, die es mit der Befreiung von Tripolis unternommen, glücklich zu Ende führen. „Giornale d'Italia“ schreibt hierzu: Diese Rede, in der zum ersten Male ein Kurienkardinal sich vollkommen auf den patriotischen Standpunkt stellte, machte auf die Zuhörer großen Eindruck.

Insuldige Opfer des Krieges.

Belgrad, 18. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die aus der Türkei ausgewiesenen italienischen Arbeiter, werden auf der Grenze Serbiens in Nistone und Wanjia, da sie ohne Fahrkarten sind und ohne Geld um die Karten kaufen zu können, aus den Lagen herausgeworfen. Sie befinden sich in der traurigsten Lage. Ganze Familien schlafen im Freien in der Kälte und Nässe, und betteln bei Grenzwohnern um nicht zu verhungern.

Der Arbeiterhaushalt und die Teuerung.

Wie der deutsche Arbeiter heute in Wirklichkeit lebt, was er isst, wieviel er für Nahrung und Kleidung, für Wohnung und Heizung ausgibt, das ist heute beinahe noch ein Geheimnis. Nur geringe Anfänge einer wirklichen Volkswirtschaft sind vorhanden. Und diese — es sei hier im besonderen auf die 900 Familien umfassende Erhebung über die Wirtschaftsverhältnisse minderbemittelter Familien hingewiesen, die vom Reichsamt des Innern durchgeführt wurde — zeigen nicht, um wieviel der Lebensmittelaufwand des Proletariats innerhalb der letzten vergangenen Jahre und insbesondere in den jüngsten Monaten teurer geworden ist, um wieviel er sich verschlechtert hat.

Gehen wir einmal an die Frage: „Wie lebt heute der Arbeiter?“ auf die Art heran, daß wir feststellen, was er essen möchte, um als normal ernährt zu gelten, und welche tatsächlichen Ausgaben damit verbunden sind.

Wenn die wöchentliche Nahrungsmittelration des deutschen Marinesoldaten als Normalaufwand zur Ernährung eines erwachsenen Menschen angesehen wird, so kann sicher nicht behauptet werden, der Arbeiter bekomme mehr zugebilligt, als ihm eigentlich „gehört“. In den Speiserechnen der deutschen Kriegsmarine wird nun als Nahrungsmittelaufwand in heimischen Häfen pro Woche und Kopf angegeben:

800 Gramm Rindfleisch,	8000 Gramm Kartoffeln,
750 „ Schweinefleisch,	340 „ Butter,
800 „ Hammelfleisch,	6220 „ Brot,
150 „ Reis,	455 „ Zucker,
800 „ Bohnen,	800 „ Erbsen,
800 „ Weizenmehl,	21 „ Tee,
300 „ Backstauben,	0,11 Liter Essig.

Wieviel muß ein Arbeiter ausgeben, um diese Nahrungsmittel zu erhalten? Es kommt hierbei selbstverständlich darauf an, die wirklichen Detailpreise aller Nahrungsmittel, so wie sie durch die Arbeiterfrau in den Proletariatsvierteln gezahlt werden müssen, als Unterlage zu benutzen. Einwandfreies, auf gleicher statistischer Basis fortlaufendes Material bieten die Durchschnittsverkaufspreise der wichtigsten Lebensmittel bei der großen Krupp'schen Konsumanstalt in Essen, die von 1870 bis 1910 vorliegen. Ein genauer Vergleich mit den Berliner Markthallen- und Detailpreisen des Jahres 1910 ergibt, daß sie um rund 8 Proz. niedriger als diese sind. Der wirkliche Detailpreis, wie er in den Arbeiterquartieren gezahlt werden muß, ist also im allgemeinen noch etwas höher, als er bei unseren Berechnungen angenommen worden ist. Für September 1911 ist selbstverständlich auch der Markthallen- und Detailpreis angenommen worden.

Mittels der so zusammengestellten Preisbasis wurde nun errechnet, welcher Geldaufwand die Marinesoldaten-Wochenration im Jahre 1900, 1905, 1907, 1910 und dann im September 1911 betrug.

Da eine Durchschnitts-Arbeiterfamilie von zwei Erwachsenen und drei Kindern den normalen Verhältnissen entspricht — der Reichsdurchschnitt ist pro Familie 4,70 Köpfe —, so muß der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand zweimal für die Erwachsenen und eineinhalbmal für die drei Kinder gerechnet werden.

Auf diese Weise ergibt sich folgender wöchentlicher Nahrungsmittelaufwand:

Die wöchentliche Normalernährung einer Familie von fünf Köpfen kostete, wenn als Nahrungsaufwand $3\frac{1}{2}$ Marinesoldatenrationen zugrunde gelegt werden:

Jahr	Mark	mehr als 1900 Proz.
1900	22,20	—
1905	23,51	5,9
1907	24,64	10,9
1910	26,86	20,1
September 1911	30,34	36,7

Die Zusammenstellung betriefft von neuem die alte Tatsache, daß wir seit der Jahrhundertwende in einer andauernden Lebensmittelteuerung leben, die nur zeitweilig durch schnell vorübergehende günstigere Perioden unterbrochen wird. Der Nahrungsmittelaufwand einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie ist innerhalb des letzten Jahrzehnts um 20,1 Proz. gestiegen! So viel Lohnserhöhung haben jedenfalls nur wenige Arbeiter erhalten. Und von 1910 (Jahresdurchschnitt) bis zum September 1911 (Monatsdurchschnitt) also in neun Monaten, ist die Lebensmittelteuerung, resp. sind die Kosten des Normalernährungsaufwandes um weitere 16,6 Proz. gestiegen!

Die Geldströme der Lebensmittelteuerung fließen unaufhörlich in die Taschen des Großagrariertums und die Beutel des Handels jeder Art; die Arbeiter, die große Masse des deutschen Volkes, müssen darben.

Die schon genannte Erhebung des Reichsamtes des Innern stellt fest, daß der Nahrungsmittelaufwand im Durchschnitt rund 60 Proz. der Einnahmen kostet. Nehmen wir beim Arbeiter, der für Wohnung und Kleidung, an geistigen und sonstigen Genüssen viel weniger ausgibt, 60 Proz. des Gesamtverdienstes als Ausgabe für reine Ernährung an, so hätte schon 1900 jeder Familienvater, der Frau und drei Kinder zu ernähren hatte, bei 1154,40 M. Normalnahrungsmittelaufwand rund 2000 M. verdienen müssen! Wie viele gab es wohl damals, die weniger erarbeiteten und doch eine fünfköpfige Familie ernähren mußten? Sie alle lebten schon damals schlechter als der deutsche Marinesoldat!

Für September 1911 ist aber der normale Lebensmittelaufwand, auf ein Jahr umgerechnet, bis zu der Summe von 1577,68 Mark hinausgeschwitten worden. Der Familienvater müßte also heute eigentlich rund 3200 M. verdienen, wenn er so leben wollte wie der Soldat der Marine!

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß alle die Familienväter, die heute, — wenn sie das ganze Jahr über Arbeit haben! — 1500, 1200, ja noch viel weniger verdienen, mit ihrer Familie nicht mehr menschlich leben, sondern vegetieren!

Und die Regierung? Sie behilft sich mit etlichen Frachtermäßigungen, und die Gemeinderäte, die Städte, sie versehen sich höchstens zur Errichtung etlicher Biskverkaufsstände und zum Ankauf einiger Tonnen Kartoffeln.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober 1911.

Reichsvereinsgesetz und Privatbeamtenversicherung.

Aus dem Reichstag, 19. Oktober. Die Debatte über die Interpellation wegen mißbräuchlicher Handhabung des Vereinsgesetzes, wurde durch den Dr. Müller-Meinungen fortgesetzt. Er war in der unglücklichen Lage, zwar die Behörden wegen der Anwendung des Gesetzes anzugreifen, aber doch dabei das Gesetz selbst verteidigen zu müssen; da die freisinnige Partei mitverantwortlich für das Gesetz ist. Er zog sich dadurch aus der Klemme, daß er behauptete, das Gesetz selbst sei unanfechtbar und klar; die Uebergänge der Behörden seien ausschließlich auf ertümmliche Auslegungen zurückzuführen. Dann aber benutzte er die Gelegenheit, eine Wahlrede gegen das Zentrum zu halten. Er konnte den Zentrumsleuten zwar manche Sünden vorhalten, mit dem eigentlichen Gegenstand der Debatte hatte das aber bloßwenig zu tun.

Zur Verteidigung der Regierung war wieder Herr Delbrück angetreten. Herr v. Bethmann-Hollweg, der als Staatssekretär der eigentliche Vater des Gesetzes gewesen ist und der deshalb vor allem berufen gewesen wäre, sich darüber auszusprechen, ob die Auslegungen der Behörden denn eigentlich den Absichten der Regierung bei Abfassung des Gesetzes entsprechen, zog es wiederum vor, dem Hause fern zu bleiben. Dieser „langgezogene Paragraph“, wie ihn später der freisinnige Abg. Dove nannte, scheint sich einzubilden, daß es seiner Amtswürde entspricht, sich den Reichstagsverhandlungen möglichst zu entziehen, um den Glanz seiner Erscheinung für Hoffentlichkeiten aufzusparen.

Genosse Legien trat treffend den Müllerschen Entschuldigungsversuchen mit dem Hinweis darauf entgegen, daß die Sozialdemokratie bei Beratung des Gesetzes sowohl in der Kommission wie im Plenum scharf betont habe, daß die Unklarheiten des Gesetzes notwendigerweise zu Mißbräuchen führen müßten. Die Hauptschuld daran, daß den Mißbräuchen auf diese Weise Tür und Tor geöffnet wurde, trage allerdings die Regierung, die die Liberalen mit der Versicherung, ohne die Unklarheiten und Mängel sei das Gesetz für sie unannehmbar, in die Zustimmung zu jenen Mängeln hineingescheucht habe.

Dann führte Legien durch eine eingehende kritische Erörterung einzelner Vorkommnisse den Nachweis über die Geschwindigkeit des Vorgehens der Behörden, insbesondere nahm er sich dabei den Erlaß des preussischen Ministers v. Dallwitz vom 6. April 1910 aufs Korn, der geradezu auf eine Anleitung zu Mißbräuchen herauskomme. Schließlich verlangte er eine strikte Anweisung für die Behörden, daß sie das Vereinsgesetz auch gegenüber den Sozialdemokraten sinngemäß auszuführen haben; dann aber auch, daß wirkliche Ausführungen vertagt sich das Haus. Die Debatte über den Gesetzesentwurf wird morgen fortgehen.

Nachdem noch Genosse Leber das ungerechtfertigte Verbot einer Vereinsausführung der „Jesus“-Hespielle in Eisenach gerügt hatte, ging die Debatte zu Ende.

Die erste Lesung eines Gesetzentwurfes betreffend die Versicherung der Privatbeamten wurde durch den Staatssekretär Delbrück eingeleitet. Er umschrieb in langer Rede die Begründung, die regierungsfreudig dem Gesetzentwurf gegeben wurde und betonte, daß die Sicherstellung der Privatbeamten gegen Krankheiten eine soziale Pflicht sei, der das Deutsche Reich sich nicht entziehen dürfe. Nach seinen Ausführungen vertagte sich das Haus. Die Debatte über den Gesetzesentwurf wird morgen fortgehen.

Ein Jubiläum des Wahlreformversprechens.

Am 20. Oktober sind es genau drei Jahre, daß durch die Thronrede des Königs im preussischen Landtage die feierliche Erklärung abgegeben wurde, daß das Wahlrecht zum Zwecke der Abgrenzung eine „organische Fortentwicklung“ er-

fahren solle. „Ich erkläre darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“, hieß es darin wörtlich in der Thronrede. Die „umfassenden Vorarbeiten für die Wahlreform“ sollten, so wurde weiter versprochen, „von der Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden“.

Ueber ein Jahr währten denn auch die Vorbereitungen. Als dann aber die Vorlage herauskam, die freilich das schlimmste Zerstückeln auf jene „organische Fortentwicklung“ darstellte, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses“ entsprechen sollte, da zeigte sich der Geldsackfingel des Dreiklassenparlamentes total unfähig, seinerseits ein vernünftiges Wahlrecht zu stande zu bringen. Gar zu bald stellte sich heraus, daß die Wahlreform nicht für die entrechteten Massen gemacht werden sollte, sondern gegen das Volk! Nicht verjährte Wohlrechtsmach und empörendes Unrecht wollte man beseitigen, sondern den Rechtlosen unter der Vorpiegelung einer Wahlreform womöglich noch empörenderes Unrecht zufügen. Und die geplante Schandreform, diese brutale Verhöhnung der ihr Recht fordernben, die nur ausgehört werden konnte, wäre auch wirklich zustande gekommen, wenn sich nicht die Kugeln der Geldsackwahlrechts schließlich selbst noch gegenseitig verfehlt über's Ohr hätten hauen wollen. Nur diese Mausei um das größere Stück der Beute brachte schließlich die ganze Spottreform zu Fall.

Seitdem sind abermals fünfviertel Jahre ins Land gegangen! Aber von der Lösung der einen der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, deren Vorarbeiten doch von der Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden sollten, hat man nichts mehr gehört! Ja es wird sogar die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, daß der preussische Landtag auch in den beiden ihm noch verbleibenden Sessionen sich überhaupt nicht mehr mit einer Wahlrechtsvorlage befassen sollte! Wie man angesichts der Thronrede vom 20. Oktober 1908 von „monarchischer“ Seite eine solche Darstellung zu verbreiten vermag, ist uns schier unbegreiflich!

In Preußen-Deutschland darf man freilich stets auf das Unglaublichste gefaßt sein, und deshalb gibt es kein besseres Mittel, auch die verjumpten preussische Wahlreform wieder in Fluß zu bringen, als bei den Reichstagswahlen unserer Regierung den eindringlichsten Beweis vor der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses beizubringen! Fällt der Schlag gegen die blauschwarze Reaktion und die mit ihr verbündeten Schlotbarone so wichtig aus, wie das vom politischen Verständnis der Massen erwartet werden muß, so wird das sicherlich nicht ohne heilsamen Einfluß auf die „Erstarkung staatlicher Verantwortlichkeitsgeföhle“ bleiben und zur Beschleunigung der preussischen Wahlreform beitragen!

Eine Stichprobe aus dem elendesten aller Wahlsysteme.

Unter welchem wahnwichtigen Wahlsystem bei den preussischen Landtagswahlen gewählt wird, mögen auch folgende Ziffern aus dem 5. Berliner Landtagswahlkreis beweisen, in dem unlängst die Erstwahler der ausgeschiedenen Wahlmänner stattgefunden haben. In den betreffenden Wahlbezirken verteilten sich die Wähler folgendermaßen auf die einzelnen Klassen:

Klasse	Eingeschriebene Wähler	Wahlbeteiligung
Klasse I	811	157
„ II	1709	897
„ III	11755	6182
	18775	7176

Die 7176 abgegebenen Stimmen verteilten sich wie folgt:

Klasse	geguerrische Stimmen	sozialdemokratische Stimmen
Klasse I	98	64
„ II	119	718
„ III	18	6164
	235	6946

Und das Ergebnis dieser Stimmenabgabe? Die Sozialdemokratie erhielt mit ihren annähernd 7000 Stimmen 87 Wahlmännermandate, während es der Freisinn mit seinen 230 Stimmen auf 33 Wahlmänner brachte! Ein solch himmelschreiendes Mißverhältnis muß sich ja bei einem Wahlrecht ergeben, wo, wie speziell in diesem Falle, ein Wähler zweiter Klasse sechs mal so viel Wahlrecht besitzt wie ein Wähler erster Klasse, und wo gar die Wähler erster Klasse vierzigmal so viel Wahlrecht auszuüben haben, als die in der dritten Klasse zusammengerechneten Wahlrechtsbesitzer!

Nieder mit diesem nichtswürdigen Wahlsystem! Nieder mit der ganzen reaktionären Gesellschaft, die dem Volke das gleiche Wahlrecht verweigert!

Die Lebensmittelteuerung.

Der Göttinger Magistrat schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgende Maßnahmen zur Milderung der Lebensmittelteuerung vor:

1. an Personen, welche mindestens ein Jahr in Götting wohnen und ein Einkommen bis zu 1200 M. versteuern, sollen zu möglichst billigen Preisen Seefisch, Wildfleisch aus den städtischen Forsten und Weiler's aus dem städtischen Braunkohlenbergwerke abgegeben werden;
 2. der Speiseverein wird ersucht, neben den bisherigen Speisen auch Seefischportionen zum Preise von etwa 15 Pf. zu verkaufen gegen Erstattung der etwa erwachsenden Mehrkosten durch die Stadt;
 3. für den Selbstkostenfonds der Gemeinderatskassen werden 500 M. zur Vermehrung der Selbstkostenportionen bewilligt;
 4. sollen Kochkurse veranstaltet werden, um Frauen und Mädchen aus dem Volke insbesondere in der Zubereitung von Seefisch, Wild, Hüllensalaten usw. zu unterrichten;
 5. an städtische Arbeiter und Unterbeamte werden Kartoffeln zum Selbstkostenpreise abgegeben;
 6. die Reichsregierung soll um gesetzliche Maßnahmen wegen Einführung argentinischen Fleisches und Erleichterung der Einfuhr von Futtermitteln ersucht werden.
- Zur Bestreitung der durch die Maßnahmen entstandenen Unkosten sind 10 000 M. auszuwerten.

Der Münchener Magistrat hat folgende Maßnahmen getroffen: Die Aufhebung des städtischen Zolles für Kartoffeln und Gemüse, die Vereinfachung von 15 000 M. zum Ankauf von Kartoffeln und Abgabe an das Publikum und zwar so, daß keiner weniger als 5 Pfund und keiner mehr als fünfzig beziehen kann, ferner die Bewilligung von 118 000 M. zum Ausbau einer Kühlanstalt für argentinisches Fleisch und Seefisch. Falls dieses eingeführt würde, wird die Stadt den Verkauf übernehmen. Mit den Weggern sind Verhandlungen gepflogen worden zur Herabsetzung der Schweinefleischpreise. Sollten die Weger sich weigern, die Preise herabzusetzen, würde die Stadt alsbald mit der Errichtung eigener Verkaufsstände beginnen.

Weg mit den Einfuhrscheinen!

Dem Zentrum wird vor den Folgen seiner agrarischen Wirtschaftspolitik bange, zumal da die Hungerwahlen vor der Tür stehen. Etwas Ernsthaftes gegen die volksfeind-

liche Steuerpolitik will es natürlich nicht unternehmen, obwohl, wie die Rede Dr. Seims im bairischen Landtag bewiesen hat, selbst kleine Kleinbauern rebellisch werden. Aber die „Schlimmsten Mißstände“ will es preisgeben, denn es weiß aus alter Erfahrung, daß ein System nur noch mehr befestigt wird, wenn die ärgsten Auswüchse beseitigt sind. Deshalb erklärt sich heute die liberale „Märk. Volksz.“ für eine Reform des Einfuhrschleusens und behauptet sogar, daß bei der Regierung Erwägungen über Einbringung eines solchen Gesetzes schweben. Das liberale Blatt befürwortet, daß der Bundesrat die Verwendung von Einfuhrscheinen einengt und daß der Zoll auf Kaffee und Petroleum nicht mehr damit bezahlt werden kann. Dann aber wendet sich das Blatt gegen uns und meint:

„Soweit wird man nicht gehen, daß man für ausgeführten Roggen nur Roggen einführen darf; man müßte mindestens bestimmen, daß für ausgeführtes Brotgetreide wieder Brotgetreide eingeführt werden muß; damit würden schon die schlimmsten, nicht zu leugnenden Mißstände beseitigt werden.“

Wenn sich dann aber das Zentrumsbild damit bei seinen Lesern zu empfehlen sucht, daß es behauptet, auch wir hätten nicht die Absicht, die Einfuhrschleusen verengt, so schwindelt es. Wir hatten in der Dienstagnummer ausdrücklich gesagt:

„In seiner heutigen Form ist das Einfuhrschleusen jedenfall ein Mittel zu künstlicher Hochhaltung der Getreidepreise, d. h. zur Bereicherung der großen ostelbischen Getreideproduzenten auf Kosten der breiten Volksmasse, und deshalb muß es hinweggeräumt werden — je schneller, desto besser.“

In der Tat ist der liberale Vorschlag, die Verwendung der Einfuhrscheine nur einzuzengen, durchaus ungenügend, da er die Erhöhung der Getreidepreise um den Zollbetrag nicht verhindern würde.

Zunker und Schlorbatone.

Wie sehr die nationalliberalen Schlorbatone, die ihrem politischen Charakter nach so auch eben so gut zu den Konservativen gehören könnten, sich nach einem Zusammengehen mit den Junkern sehnen, und wie stark Sympathien umgekehrt dies Liebesgitter auch bei den Konservativen auslöst, beweist die Zuschrift, die ein Korrespondenzbureau aus „parlamentarischen Kreisen“ erhalten hat. Es heißt darin:

„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, besteht sowohl in der nationalliberalen als in der konservativen Fraktion des Reichstags die Absicht, die in den letzten Monaten zwischen beiden Parteien getretene Gegenläufige zu überbrücken, um bei den Wahlen Hand in Hand arbeiten zu können. Verschiedene Mitglieder beider Fraktionen sind in diesem Sinne tätig. Die Aufgabe wird allerdings nicht leicht zu lösen sein, da die extremen Elemente beider Richtungen dieser Absicht vorläufig noch abhold sind und die Aussichten für eine Annäherung durch die Blätter in den letzten Monaten und die Agitation einiger Zeitungsblätter auf beiden Seiten keine guten sind. Die größte Schwierigkeit liegt aber in der offenen Gegnerschaft der Führer beider Parteien. Man hofft jedoch, die gemäßigten Elemente beider Parteien zu einer Annäherung führen zu können, da die gemeinsamen Bekämpfungspunkte beider Parteien trotz aller Gegnerschaft sehr stark sind. Zunächst wird versucht werden, in den Fragen der auswärtigen Politik und bei den Arbeiten am Privatbeamtenversicherungsgesetz Hand in Hand zu gehen. Ob die Annäherung festere Gestalt annehmen wird, sieht noch dahin. Es wird auch nicht dahin gestrebt, frühe Wahlabschlüsse zu treffen, sondern der Wille der einflussreichen Politiker beider Richtungen geht dahin, angesichts der Wahlen, die unter recht ungünstigen Bedingungen für die bürgerlichen Parteien stattfinden werden, zwei sich bekämpfende nationale Parteien verhältnismäßig in ihren Gegensätzen zueinander zu stimmen.“

Auch die rechtsnationalliberale „Berliner Wochenszeitung“ läßt sich von „parlamentarischer Seite“ versichern, daß es sowohl bei den Nationalliberalen wie bei den Konservativen weite Kreise gibt, die ein „Zusammenarbeiten aller gemäßigten Elemente auf der Linken wie auf der Rechten“ im „vaterländischen Interesse“ für „bringend geboten“ halten. Schon während der jetzigen Tagung des Reichstags sei möglichst jede Reibung zu vermeiden und zu erkennen zu geben, daß eine „Wiederannäherung der beiden großen Parteien als erstrebenswertes Ziel zu erachten“ sei. Gelingen es, die vorhandenen Gegensätze zu mildern, so werde damit „die Möglichkeit eines Zusammengehens auch bei den kommenden Wahlen offen gelassen.“

Da ja das Zentrum in Rheinland-Westfalen gleichfalls ein Wahlbündnis mit den Nationalliberalen erstrebt, hätte es sicherlich auch gegen die konservativ-nationalliberale Wahlverbrüderung nichts einzuwenden!

Kapital und Kirche.

Aus Anlaß einer Notiz in der nationalliberalen „Dortmunder Zeitung“, daß die Pfarre einer dortigen Gemeinde sich gegenseitig verpflichtet hätten, bei Amtshandlungen einschließlich Konfirmationen von Ostern 1911 ab keine Geldgeschenke zu persönlichen Zwecken anzunehmen, hat das „Vochumer Volksblatt“ an ein Gegenstück politischen Charakters erinnert. Eine Jochenverwaltung in Gebirge bei Vochum habe evangelischen sowie katholischen Geistlichen je 600 M. gegeben. Dem katholischen Geistlichen, der bei der Gemeinderatswahl nicht im Sinne der Jochenpartei gewählt, seien die 600 M. entzogen worden. Auf Antrag des evangelischen Geistlichen erhob der Staatsanwalt wegen Verleumdung Anklage. Der Geistliche trat als Nebenkläger bei. In der Verhandlung vor der Vochumer Strafkammer bezog die Nebenklägerin als Zeuge, daß auf Erzuhen des Konfessionsrats um einen Zuschuß die Jochenverwaltung jährlich 1350 M. zur Verfügung gestellt habe, wodurch die evangelischen Kirchenleuten um 6 Proz. niedriger gehalten werden können. Der katholische Geistliche sagte als Zeuge aus, er bekomme 600 M. jährlich als persönliche Zulage zu seinem Gehalt in monatlichen Raten von 50 M. Bei der Gemeinderatswahl, bei der er einen katholischen Kandidaten gewählt hatte, während von nationalliberaler Seite der Jochen direktor aufgestellt war, sei ihm die Zulage sofort entzogen worden. Der Grund sei ihm nicht mitgeteilt worden, er habe auch nicht danach gefragt; er habe aber seiner Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Entziehung der Zulage auf sein Verhalten bei der Wahl zurückzuführen sein dürfte. Nach sechs Monaten habe er die monatlichen Raten wieder weiter bekommen. Der Staatsanwalt beantragte 500 M. Geldstrafe, da die Aussage des katholischen Geistlichen kein Beweis für den Vorwurf sei, der dem evangelischen Geistlichen gemacht worden ist. Das Gericht erkannte auf 300 M. Geldstrafe.

Folgen der Zündholzsteuer.

Die Alliengeellschaft für Händwarenfabrikation Stahl u. Röhre in Kassel, eines der größten Unternehmen der Branche, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr 1910/11 eine Dividende nicht verteilen: Verminderung des Umsatzes und starke Einschränkung der Produktion an Zündhölzern hatten zur Folge, daß nicht nur kein Gewinn erzielt wurde, sondern noch ein Verlustbetrag von 50 000 M. entstand. In früheren Jahren hatte die Firma stets 8 Proz. verteilt.

Aus dem Reiche des ungekrönten Königs von Preußen.

Im Wahlkreis Mittsch-Preußen halten die Konservativen das Mandat ihres Abgeordneten für so gefährdet, daß sie einen eigenen Parteisekretär, der ausschließlich nur diesen Kreis zu bearbeiten hat, angestellt haben. Die Wogen des Wahlkampfes beginnen jetzt nach beendeter Ernte wieder höher zu schlagen. Konservativ, Nationalliberal und Sozialdemokrat halten in den verschiedensten Orten Versammlungen ab. Die Sozialdemokraten müssen meistens unter freiem Himmel tagen, weil alle Säle konsequent abgetrieben werden. Zum Teil haben auch die Nationalliberalen unter denselben Verhältnissen zu leiden und lernen bei dem kalten Wetter die liberalen Erzeugnisse des Reichvereinsgeistes kennen. Aber mit noch anderen Mitteln wird der Kampf gegen den nationalliberalen Kandidaten geführt. So sieht sich dieser jetzt veranlaßt, eine konservative Agitationsliste durch folgende Erklärung an den Wählern des Wahlkreises zu entwerfen:

Herr Viehhändler Heinrich Jäusch aus den Vierhöfen hat kürzlich in Mittsch erzählt, daß ich für meine Agitation 50 000 Mark bekommen habe und falls ich gewählt werde, noch 70 000 Mark bekommen werde. Die

Erzählung ist von A bis Z erflogen.

Ich habe weder einen Pfennig bekommen, noch werde ich einen Pfennig bekommen. Ich warne jeden vor Weiterverbreitung des Gerüchtes, da ich von nun an jeden, der dieses Gerücht weiter verbreitet, wegen Verleumdung verklagen werde. Groß-Schmalkau, den 16. Oktober 1911.

Schmidt-Hals.

Die „Schlesische Zeitung“ hat kürzlich ohne Scham zugestanden, sie rechne bis zum Wahltag noch mit einer Nervenantheit des nationalliberalen Kandidaten!

Portugal.

Ein angeblicher Erfolg der Monarchisten.

Lisboe, 19. Oktober. Wie hier berichtet wird, besetzten die portugiesischen Monarchisten die Stadt Montalegre nach einem Kampfe zwischen den Anhängern Conceiros und republikanischer Kavallerie. Von den Republikanern, die zahlreiche Gefangene im Stich ließen, wurden 10 Mann kampfunfähig gemacht. Die Truppen Conceiros sollen nur einige Verwundete haben. Sie sind Mittwoch morgen aufgebrochen, um den republikanischen Verhärtnungen entgegenzugehen, die in aller Eile abgesandt worden sind.

England.

Genossenschaftsangehörige und Arbeiterpartei.

In einer von 180 Vertretern besuchten Konferenz der nord-englischen und schottischen Genossenschaftsangehörigen wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, der Arbeiterpartei beizutreten. Ein Parlamentskandidat soll vom Verbands aufgestellt und die Wahlkosten für ihn aufgebracht werden. Weiter wurden Beschlüsse gefaßt zugunsten der 48 Stunden-Arbeitswoche, eines Mindestlohnes von 30 Schilling und eines bezahlten Jahresurlaubs. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die die Beschäftigung von der jugendliche zur Organisation abhängig gemacht werden soll. Schließlich wurde einstimmig die Einsetzung eines gemischten Komitees gefordert, das die Verschmelzung der verwandten Organisationen vorbereiten soll.

Die englische Versicherungsvorlage.

Aus London wird uns geschrieben: Herr Lloyd George befindet sich augenblicklich in einer wenig beneidenswerten Lage. Seine Versicherungsvorlage scheint mehr Feinde als Freunde zu haben. Die einzigen Personen, die der Schatzkanzler befriedigt hat, sind die Ärzte, die jetzt mit Eifer sucht darüber nachzudenken, daß auch nicht das geringste von den Konzeptionen, die sie ergründet haben, rückgängig gemacht wird. Zu den Kritikern der Vorlage gehören Sozialisten, Unternehmer und die freien Hilfsklassen. In sozialistischen Kreisen ist man teilweise gegen das Prinzip der Beitragspflicht, teilweise verurteilt man die Vorlage wegen ihrer Ungünstigkeit. Viele Genossen weisen darauf hin, daß nach der Vorlage gerade die Arbeiter, die der Hitze am meisten bedürfen, die geringsten oder überhaupt keine Unternehmungen erhalten werden. Die Handelskammern verlangen, daß die Vorlage zwecks gründlicherer Beratung bis zum nächsten Jahre verschoben werden soll. Hinter dieser Forderung stecken aber wohl mehr politische Motive; denn nichts würde der konservativen Opposition annehmlicher sein, als daß die Versicherungsvorlage im nächsten Jahre mit der versprochenen Home Rulebill in Konflikt geriete. Der heftigste Widerstand kommt jedoch von den freien Hilfsklassen, die der Schatzkanzler durch die Art und Weise, in der er den Kerkeln ein Vortrecht nach dem anderen eingeräumt und den anerkannten Klassen ein Stück Selbstverwaltungsgewalt nach dem anderen genommen hat, tief verletzt hat. Die Generalversammlung der vereinigten freien Hilfsklassen, die am Ende dieser Woche in Edinburgh stattfand und auf der über vier Millionen Mitglieder der verschiedenen Klassen vertreten waren, nahm gestern einen Beschluß an, der die Klassen auffordert, das Gesetz zu boykottieren, d. h. sich zu weigern, die Bestimmungen des Gesetzes durchzuführen, sollte sich das Parlament nicht dazu verstehen, die Mindestforderungen der freien Hilfsklassen anzuerkennen. Folgendes sind die Mindestforderungen der Klassen, wie sie auf der Generalversammlung formuliert wurden. Die anerkannten Klassen müssen das vollständige Selbstverwaltungsgewalt haben. Die Verwaltung der ärztlichen Unterweisung muß in den Händen der anerkannten Klassen liegen, wenn sie von diesen nicht den lokalen Gesundheitsausschüssen übertragen wird. Alle jetzigen Mitglieder der freien Hilfsklassen, die von der Beteiligung an der staatlichen Versicherung ausgeschlossen werden, müssen dieselbe ärztliche Versorgung genießen wie die Mitglieder der anerkannten Klassen, und zwar zu denselben Bedingungen. Die anerkannten Klassen müssen in den lokalen Gesundheitsausschüssen die Mehrheit haben. Die Krankenunterstützung muß vom ersten und nicht vom vierten Tage der Krankheit ab bezahlt werden. Die Beiträge der Mitglieder müssen den anerkannten Klassen überwiesen und von diesen angelegt werden. Die in der Postkasse Versicherten (die von den anerkannten Klassen nicht aufgenommen werden) müssen aus der Staatskasse und nicht aus den Fonds der anerkannten Klassen Zuschüsse erhalten. Die lokalen ärztlichen Ausschüsse dürfen nur eine beratende Funktion haben. Die Rechte der lokalen Gesundheitsausschüsse dürfen nicht den bestehenden Gesundheitsbehörden übertragen werden. Personen, die ein jährliches Einkommen von über 100 Pfund Sterling haben, dürfen Mitglieder anerkannter Klassen werden. Diese freiwillig Versicherten müssen an der Verwaltung der Klassen teilnehmen, beziehen aber nicht den Staatszuschuß.

Lloyd ist der Schatzkanzler der Sena der Ärzte entnommen, so befindet er sich auch schon in der Charakters der freien Hilfsklassen. Zwischen dem, was die Klassen verlangen und was den Worten des Schatzkanzlers bei der zweiten Lesung der Vorlage mit Recht beanspruchen können, und dem, was ihnen der Schatzkanzler geben will, besteht eine unüberbrückbar scheinende Kluft. Die Arbeiterpartei wird, wie ihr Vorsitzender vor einigen Tagen erklärt hat, die Vorlage mit einer oder zwei Änderungen annehmen. Einige der energischsten Mitglieder der Arbeiterpartei, wie die Genossen Keir Hardie, Snowden, Lansbury, gehören jedoch zu den schärfsten Kritikern der Vorlage. Die Arbeiterpartei hat sich von einem angesehenen Anwalt einen Bericht über die Frage anfertigen lassen, in welcher Weise die Versicherungsvorlage die Gewerkschaften finanziell berühren wird. Der Sachmann ist zur Überzeugung gelangt, daß die Vorlage auf die Dauer die finanzielle Lage der Gewerkschaften nur bedeutend härter machen und die Unterstützungsfonds besser stellen wird, die die Streikunterstützung von der Regierungsvorlage nicht betroffen werden. Augenblicklich scheint jedoch das Sprichwort

angebracht: So viel Köpfe, so viel Meinungen. Daß die Regierung ihre Vorlage gegen den Willen der freien Hilfsklassen durchdrücken wird, ist jedoch kaum anzunehmen.

Schweden.

Auflösung der Ersten Kammer.

Stockholm, 19. Oktober. Die Erste Kammer ist heute aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind ausgeschrieben worden.

Aus der Partei.

Bezirksrat für den Regierungsbezirk Erfurt.

Am Sonntag fand in Langensalza der Bezirksparteitag des Regierungsbezirks Erfurt statt. Anwesend sind 32 Delegierte. Außerdem sind anwesend vom Bezirksvorstand die Genossen A. P. L., Riechle, Reichhaus und Stange, vom Parteivorstand Genosse Liepmann und als Reichstagskandidaten die Genossen Schäfer und Schulz.

Genosse Liepmann wünscht den Verhandlungen des Bezirksrates den besten Erfolg. Er weist auf die großen Schwierigkeiten des bevorstehenden Wahlkampfes hin. Mit einer gefestigten Organisation treten wir in den Kampf, aber wir wollen uns vor einem allzu großen Optimismus hüten. Er verspricht, daß der Parteivorstand nach Möglichkeit weitgehendste Unterstützung den einzelnen Kreisen gewähren werde.

Der Parteivorstand des Bezirkes erstattet dem Bezirkssekretär Genosse A. P. L. Er verweist einleitend auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und führt aus, daß sich die Organisation ganz erfreulich entwickelt habe. Wir haben jetzt einen Mitgliederbestand von 5762 Mitgliedern. Nicht nur Stützpunkt der Ortsvereine habe stattgefunden, es sei auch Neuland erobert worden. Öffentliche Versammlungen wurden 134 und Mitgliederversammlungen 843 abgehalten. Es stehen uns aber die größten Agitationschwierigkeiten entgegen. Außerdem sind mit unseren Gegnern und den Behörden manche Kämpfe zu bestehen. Besondere Schwierigkeiten sind im Heiligenstädter Kreise zu bewältigen. Eine sehr günstige Entwicklung hat die Parteipresse im Bezirk genommen. Ein Regulator zum Bezirksmaifonds ist den Beschlüssen gemäß vom Bezirksvorstand ausgearbeitet worden. Das Bildungsweien ist neu organisiert worden. Es hat auch im verflossenen Jahre nicht an Veranstaltungen der einzelnen Bildungsauslässe gefehlt. Sehr viel kann und muß noch getan werden auf dem Gebiete der Agitation unter dem jugendlichen Proletariat.

Darauf macht Genosse Stange einige erläuternde Ausführungen zum Jahresbericht. Die Einnahmen und Ausgaben betragen sich mit 2566,93 M.

Nach längerer Debatte über den Vorstandsbericht wurde mit 19 gegen 12 Stimmen die gemeinsame Herausgabe eines Kalenders beschlossen. Ferner wurde die Einberufung einer Gemeindevereinerkonferenz für den 18. Februar 1912 beschlossen. Der Antrag des Ortsvereins Erfurt:

„Der Bezirksrat ersucht den Bezirksvorstand, die Einberufung eines einheitlichen Beitrags für alle Kreisorganisationen in Ermägung zu ziehen“, wurde nach einer kurzen Diskussion mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen.

Als Vorsitzender des Bezirks wird wieder Genosse Paul Reichhaus-Erfurt gewählt.

Der nächste Bezirksrat soll in Erfurt abgehalten werden.

Ein sozialistisches Tagesblatt in Milwaukee.

Die plannmäßige Verleumdungsaktion, mit der die Gegner die neue Stadtverwaltung verfolgen, hat den Milwaukee Genossen die Notwendigkeit gezeigt, durch ein Tagesblatt zu sofortiger Widerlegung der Lügen gerüstet zu sein. Da das Geschäftshaus der bestehenden Wochenblätter bereits für eine Tageszeitung eingerichtet ist, auch schon Material vorhanden ist, galt es jetzt, das Verleumdungskapital aufzubringen. Sobald 100 000 Dollar in Anteilscheinen zu 10 Doll. gezeichnet sind, sollte der Vertrieb des Tagesblattes eröffnet werden. Die ständige Zunahme dieses Kapitals wurde sehr hübsch im Parteiorgan durch eine Arbeiteraufstellung dargestellt, die ein Thermometer hält und durch die Erhöhung der Anteilzahlen die Wärme des Arbeiterblutes ausdrückt. Jetzt waren es zwischen 1500 und 2000 Doll., die jede Woche aufkamen. Jetzt aber wurde dank einer Nierenversammlung eine mächtige Erhöhung der Zeichnungsliste erzielt, die in einer Woche von 57 490 auf 72 210 Doll., also um mehr als ein Viertel stieg. Damit ist die Herausgabe der Tageszeitung schon vom 1. Dezember an sichergestellt. Sie wird den Namen „Milwaukee Leader“ (Milw. Wegweiser) tragen und die erste sozialistische Tageszeitung großen Stils in den Vereinigten Staaten sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Versammlungsrecht in Hinterpommern.

Seitens der Parteilicheitung war zum 15. Oktober nachmittags eine Versammlung unter freiem Himmel in Rummelsburg in Pommern auf einem Acker vor der Stadt veranstaltet, zu welcher die polizeiliche Genehmigung erteilt war. Nach Eröffnung der Versammlung wurde dieselbe von dem Bürgermeister in Anwesenheit von drei Polizeibeamten ohne Angabe von Gründen aufgelöst und der Referent, Parteisekretär Horn-Stettin, sowie der Genosse Grünwald-Röllin verhaftet, nach Festhaltung ihrer Personalien wieder entlassen. Wegen der Auflösung und Verhaftung ist natürlich Beschwerde erhoben.

Der lange Arm der Jochenherren.

Aus Anlaß eines Beschlusses der Pfarre der Betrigemeinde in Dortmund, die sich verpflichtet, für Amtshandlungen keine Geldgeschenke mehr anzunehmen, hatte das Vochumer „Volksblatt“ bemerkt, daß die Pfarre beider Konfessionen in Verthe von der Verwaltung der Jochen Vorbringen pro Jahr 600 M. erhielten, wofür sie allerdings politische Ergebenheit leisten müßten. Einem Pfarrer, der bei der Gemeindevwahl nicht jochenfreundlich gewählt habe, sei „dies schöne Kaufgeld“ entzogen worden.

Dagegen hatte das Konfessorium in Münster Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des Vochumer „Volksblatts“, Genossen Pierenkamp, gestellt. Der evangelische Geistliche behauptete, daß die Jochen Vorbringen jährlich 1800 M. freiwillig in die Kirchkaasse zähle. Diese Zahlung sei aber nicht als persönliche Zuwendung zu betrachten. Ein katholischer Kaplan sagte dagegen aus, daß ihm, als er bei der Gemeindevwahl nicht den Jochenkandidaten gewählt habe, eine persönliche Zuwendung von 600 Mark pro Jahr, die er früher von der Jochenverwaltung erhalten habe, gestrichen worden sei. Er habe den Eindruck gehabt, daß als die Ursache seine Abstimmung bei der Wahl gegolten habe. Der Staatsanwalt mußte zwar zugeben, daß im letzten Falle nicht ganz lauter Verfahren worden sei, jedoch sei im ersten Falle der Beweis mangelhaft. Er beantragte eine Geldstrafe von 500 Mark. Der Verteidiger des als Nebenkläger zugelassenen Pfarrers glaubte bestonen zu müssen, daß hier wieder einmal eine von der Jochen in wohlwollender Weise gemachte Zuwendung für die Seelsorge von der sozialdemokratischen Presse heruntergeleitet und verhöhnt werde. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Rabyki, antwortete ihm zutreffend, daß dieser Fall im Gegenteil zeige, wie die Jochenverwaltungen alles und jedes dazu benutzten, um vermög ihrer wirtschaftlichen Macht auch sogar von einem katholischen Geistlichen verlangen, daß er gegen seine Ueberzeugung wähle. Darin liege gerade der Wert der Presse, daß sie Dinge, die vor der Öffentlichkeit nicht bestehen könnten, ans Licht stelle. Der Angeklagte habe seinen Jochen glauben müssen, daß der Fall des evangelischen Pfarrers genau so gelegen habe, wie bei dem katholischen Amtsoffizier, von dem er ganz bestimmt gewußt habe, daß er sich so zugehörig habe. Das Gericht kam zu einer Verurteilung zu 300 M. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

30 000 Mitglieder im Buchbinderverband.

Mit Abschluß des 3. Quartals zählt der Buchbinderverband diese für den Beruf ganz stichtliche Mitgliederzahl. Es ist noch gar nicht lange her — Inapp anderthalb Jahre —, daß der Buchbinderverband sein 25jähriges Jubiläum feiern konnte. Mit diesem Jubiläum zusammen konnte auch die Erreichung von 25 000 Mitgliedern festlich gewürdigt werden; die außerordentlich große Zunahme von 5000 Mitgliedern in dem kurzen Zeitraum ist ein nicht unbeachtliches Zeichen von der steigenden Wertschätzung, der sich der Verband bei seinen Berufsgenossen erfreut.

Die Entwicklungsgeschichte des Buchbinderverbandes ist die für die freigewerkschaftlichen Organisationen typische. Wie die „Buchbinderzeitung“ berichtet, konnte der Verband erst nach 15jährigem Bestehen im Jahre 1900 erstmalig 10 000 Mitglieder mustern. Doch dauerte es nochmals zwei weitere Jahre, ehe er sich dauernd einer Mitgliederzahl in dieser Höhe erfreuen konnte. Die üblichen Folgeerscheinungen größerer Lohnkämpfe — 1900 hatte der Verband solche in für seine Verhältnisse besonderer Maße zu führen —, die in der Regel den Organisationen einen außergewöhnlichen Mitgliederzufluß bringen, der aber zum Teil noch beendeter Bewegung wieder verschwindet; auch die ungünstige Konjunkturlage dieser Zeit bewirkte das. Um so rüstiger ging es in der Folgezeit vorwärts, denn schon im Jahre 1906, während der bekannten Ausföpfung in den Tarifstädten Berlin, Leipzig und Stuttgart, war das zweite Jahrtausend erreicht, und heute ist nunmehr das dritte vollendet. Die Entwicklung des Berufes macht es notwendig, daß die weitere Ausbreitung des Buchbinderverbandes in rascherer Folge vor sich geht als früher. Die letzte Berufs- und Betriebszählung ergab 72 379 Arbeiter und Arbeiterinnen. Inzwischen aber hat das Gewerbe eine größere Ausdehnung erfahren, und die Zahl der Berufszugehörigen ist wesentlich gestiegen.

Mit besonderem Erfolge betreibt der Buchbinderverband die Organisierung der Arbeiterinnen des Berufes. An der augenblicklichen Mitgliederzahl sind diese mit circa 14 450 beteiligt, stellen also nahezu die Hälfte der Mitglieder überhaupt, wobei noch zu beachten ist, daß erst seit 1891 durch Beschluß des in diesem Jahre stattgefundenen Verbandstages die Arbeiterinnen zum Verband zugelassen wurden. Die Entwicklung des Gewerbes bringt es mit sich, daß die Zahl der Arbeiterinnen in ihm schneller steigt als die Zahl der männlichen Personen. Bei der Berufszählung von 1882 z. B. entfielen von der vorhandenen Arbeiterzahl rund 25 Proz. auf Arbeiterinnen, 1895 bereits 32 Proz., 1907 aber 40,5 Proz. Voraussichtlich ergibt die nächste Berufszählung ein Ueberwiegen der weiblichen Berufsgenossen. Diese Voraussicht läßt es wohl verstehen, wenn der Buchbinderverband mit Eifer auf die Organisierung der Arbeiterinnen bedacht ist, um dadurch schweren Schädigungen des Gewerbes vorzubeugen.

Das Arbeitsfeld des Buchbinderverbandes ist noch groß; möge seine weitere Tätigkeit die erwarteten Erfolge bringen, zum Nutzen der Arbeiter und Arbeiterinnen des Berufes selbst.

Berlin und Umgegend.

Die Streiks in der Wäscheindustrie. Nachdem bei Wohl u. Sehmam an geistigen Lage noch zweimal verhandelt wurde, ist es gegen Abend endlich zu einer Einigung gekommen, so daß die Arbeiterinnen wie auch die Zuschneider sich mit dem Ergebnis einverstanden erklären konnten. Die Arbeit wird bei dieser Firma, nachdem der Streik drei Wochen gedauert hat, am Montag wieder aufgenommen. Die Affordäre der Näherinnen sind in den verschiedenen Positionen um 2 bis 3 Pf. das Duzend erhöht, die der Blätterinnen um 2 bis 5 Pf. Die Zeitlöhne der Arbeiterinnen sind um 1 M. bis 2,50 M., die der Zuschneider um 2 bis 3 M. die Woche erhöht. Die Streikenden werden sämtlich wieder eingestellt, irgendwelche Nachregelungen finden nicht statt. Ist somit die Angelegenheit bei Wohl u. Sehmam als endgültig geregelt anzusehen, so dauert andererseits der Streik sowohl bei der Firma Simon wie bei Blume unverändert fort, und diese Firmen werden auch solange als gesperrt gelten, bis sie sich zu einer annehmbaren Regelung der Verhältnisse bereit finden. Die Firma Blume erstreckte sich die letzten Tage noch eines arbeitswilligen Zuschneiders; dieser hat es jedoch jetzt auch vorgezogen, den Betrieb zu verlassen. Um Artismern vorzubeugen, sei hier erwähnt, daß das Grundstück, dessen Betreibern den Streikenden verboten wurde, der „Victoria, Café- und Hotel-Betriebsgesellschaft“ gehört.

Die Caséangestellten tagten am Donnerstag früh in den „Germaniasälen“. Redakteur Baumeyer referierte über die jetzige Lohnbewegung im Caséangewerbe, insbesondere über den Streik im Café Ragler. Bei Ragler liegt die Sache so, daß die wiederholt angebotenen und auch angenommenen Verhandlungen von dem Unternehmer immer wieder in die Länge gezogen wurden. Mitte September forderten die Kellner Abschaffung der Abgaben von 10,50 M. pro Mann und Monat an Ragler (für Reinigung der Geschäftsräume usw.), anständige Behandlung, Bezahlung der Kuschelkellner nach dem allgemeinen Berliner Modus und Anerkennung der Organisation. Alle diese Forderungen bewilligte Herr Ragler in mündlicher Verhandlung mit den Organisationsvertretern, nur wegen Anerkennung der Organisation erbat er sich Bedenkzeit, um mit dem Verein der Cafetiers Rücksprache nehmen zu können. Bis zum 14. Oktober, also vier Wochen, wartete die Organisation auf Antwort. An diesem Tage wurde den Kellnern durch den Geschäftsführer eröffnet, daß sie in Zukunft, auch die Kuschelkellner, für die Besoldung eines im Interesse des Geschäftes Sonnabends und Sonntags zu beschäftigenden 2. Geschäftsführers (Placeurs) je 1 M. pro Tag abzugeben hätten. Jetzt wurde die Organisationsleitung persönlich vorstellt, erhielt jedoch von Herrn Ragler die überreichte Karte zerrissen zurück. Nachdem so jede Verhandlung unmöglich gemacht war, stellten alle Kellner die Arbeit ein. Seitdem sucht Herr Ragler seinen Betrieb durch Arbeitswillige aufrechtzuerhalten. Geliefert werden diese Musterknaben von dem gelben Cafetiersverein, dem sogenannten „Schwimmenden Sarg“. Die am Sonnabend und Sonntag sofort einsetzende Flugblattverbreitung tat ihre Wirkung, scharenweise verließen die erbotenen Gäste das Café und Ragler mußte seine oberen Räumlichkeiten vorzeitig schließen. Am Montag erklärte Ragler sich schriftlich bereit, mit der Organisation zu verhandeln. Diese Vespredung fand am 17. Oktober im Weiszin anderer Cafetiers statt. Die Einigungsvorschläge scheiterten. Die Gehilfenvertreter schlugen schließlich vor, das Gewerbe gerichtlich als Einigungsamt anzugreifen. Darüber erbat sich Ragler Bedenkzeit bis Mittwochvormittag. Am Mittwoch, den 18. Oktober, teilte Ragler mit, daß er auch diesen Vorschlag ablehnen müsse. Diese unerhörte Stellungnahme scheint die Folge der Hebe des Sekretärs des Cafetiersvereins, eines gewissen Rolf Sommer, ehemals Mitarbeiter der „Brunnischen Wahrheit“, zu sein.

Seitens der Polizei findet Ragler die heftigste Unterstützung. Redner schilderte dann die Erfolge des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen. Es war daraus zu entnehmen, daß allein in diesem Sommer hier in Berlin ca. 75 000 M. Lohnerhöhung jährlich erzielt wurden. Dazu kommen noch Arbeitszeitverkürzungen, die durchschnittlich wöchentlich 10 Stunden betragen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige von über 800 Caséangestellten besuchte öffentliche Versammlung spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß der Cafetier Ragler jede friedliche Einigung, sogar das Anrufen des Gewerbegerichts, ablehnt. Sie erwartet, daß die Bewegung auch hier energisch und bis zu vollem Erfolge durchgeführt wird. Die Versammlung erklärt erneut ihre Bereitwilligkeit, Differenzen durch Verhandlungen zwischen ihrer Organisation und dem Verein der Cafetiers zu schlichten, sind aber andererseits fest entschlossen, Angriffe auf ihre Organisation mit allen ihnen gesetzlich zustehenden Mitteln zu bekämpfen.“

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß die imposante Versammlung.

Wächung, Gastwirtsgehilfen! Die Differenzen mit dem Lokal „Alte Berlin“, Blumenstr. 10, bestehen unverändert fort. — Herr Boag stellte am letzten Sonntag Nichtorganisierte unter Tarif ein; er scheint also die Verhandlungen mit der Organisation absichtlich zum Abbruch gebracht zu haben, um billigeren Arbeitskräfte einstellen zu können. — Mitglieder des Verbandes dürfen dort nicht in Arbeit treten.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin I.

Wächung, Emaille- und Porzellanmaler! Bei der Firma Gustav Raabe, Emaillewerk, Chaussee 88, haben die Kollegen Forderung auf Bezahlung des Minimallohnes gestellt. Die Kollegen sind daraufhin entlassen worden. Jeder Zugang ist fernzuhalten!

Verband der Porzellanarbeiter usw. Zastelle Berlin.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Buchdrucker.

In unserem Bericht über die Versammlung der Berliner Buchdrucker im Eispalast haben sich leider bei der Wiedergabe der russischen Rede eine Anzahl Fehler eingeschlichen, die wir nachstehend richtigstellen wollen: Es fehlt die Angabe, daß bei englischer Arbeitszeit, die in Berlin zum großen Teile üblich ist, die halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche nicht eintritt, daß bei Neueinführung der englischen Arbeitszeit diese sogar eine halbe Stunde länger sein wird als bisher. Das Lohaminimum steigt in Berlin nicht von 34,85 M. pro Woche auf 37,78 M., sondern nur von bisher 31,25 auf 34,88 M. Dies sowie die Tatsache, daß die halbstarbige Arbeitszeitverlängerung pro Tag und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch das Berechnen 79 Proz. aller Maschinenleger trifft, läßt die Erregung der Berliner Buchdrucker begreiflicher erscheinen.

Inzwischen werden auch die Berichte aus den Versammlungen an anderen Orten bekannt. In Breslau kam es zu keiner Verschlussfassung. In der Diskussion wurde das geringe Entgegenkommen der Prinzipale in der Frage der Arbeitszeit allseitig verurteilt. In Frankfurt a. M. wurde die Versammlung nach heftiger Debatte vertagt. Auch in Halle wurde heftige Kritik geübt, ohne daß es zu einem offiziellen Beschluß kam. Starke Mißstimmung machte sich auch in Hamburg geltend. Mehrere eingebrachte Resolutionen wurden jedoch abgelehnt. In Hannover faßte der Vorsitzende das Resultat der Diskussion dahin zusammen, daß die Gehilfenschaft nur da zufrieden sein könne, wo für sie Verbesserungen eingetretten seien; sie müsse aber über die eingetretenen Verschlechterungen ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben. Die Kölner Versammlung nahm eine Resolution an, in der sie bedauert, daß die Maschinenleger bei den diesmaligen Tarifverhandlungen Verschlechterungen der Arbeitszeit haben hinnehmen müssen. Im übrigen erklärte die Versammlung sich jedoch mit den erzielten materiellen Ergebnissen einverstanden. Heftigste Opposition fand der neue Tarif in München. Dort wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, welche die materiellen Zugeständnisse der Prinzipale im Angesicht der gestiegenen und weiter steigenden Lebensmittel- und Mietpreise für unzureichend erklärte. Die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Woche wurde für unzureichend erklärt und verlangt, daß eine Tarifrevision bestehende Arbeitsverhältnisse nicht verächtlicht. Die Versammlung verlangte, daß, wenn auch anderwärts Kollegen zu dem gleichen Urteil kämen, der Verbandsvorstand eine außerordentliche Generalversammlung einberufen möge, die weitere Schritte der Gehilfenschaft beschließen möge. In Posen sprach die Versammlung, indem sie die Nähe der Gehilfenvertreter anerkannte, ihr Bedauern darüber aus, daß die von der Gehilfenschaft aufgestellten Forderungen betreffs Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung nicht voll erfüllt worden sind, einem Teil der Gehilfenschaft sogar eine Verlängerung der Arbeitszeit gebracht hat. Die Stettiner Versammlung nahm eine Resolution an, in der über die materiellen Zugeständnisse Befriedigung ausgeprochen, andererseits aber bedauert wurde, daß in Puncto Arbeitszeit sich die Prinzipale so wenig entgegenkommend gezeigt haben. In Straßburg beschloß man, in einer neuen Bezirksversammlung weiter zu beraten. Ebenso beschloßen die Stuttgarter Buchdrucker eine Fortsetzung der Versammlung.

Zu einem rein ablehnenden Votum kamen also eigentlich nur München und Berlin. Es ist aber nicht zu verstehen, daß die Buchdrucker auch überall dort, wo sie wohl oder übel in den sauren Apfel bißen, dies nicht ohne Gesichter schneiden taten.

Mietzuschüsse an die städtischen Arbeiter Dresdens.

Durch die Tagespresse lief vor kurzem die Notiz, der Rat zu Dresden habe, um der Feuerung zu begegnen, beschloßen, den städtischen Arbeitern Mietzuschüsse zu gewähren. Damit nun diesem Ratsbeschlusse kein übertriebenes Lob gesendet wird, möchten wir zur Klarstellung der Sache anführen, daß dieser Ratsbeschlusse infolge einer Lohnbewegung der städtischen Arbeiter zustande gekommen ist. Wir wollen aber gleich von vornherein ausdrücklich erklären, daß die Arbeiter keine Mietzuschüsse, sondern Erhöhung aller Lohnsätze gefordert hatten. In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung am 24. April die Arbeiter die Arbeiteraussschüsse, die Einführung der täglich neunstündigen Arbeitszeit und um einen Lohnausfall zu vermeiden, Erhöhung der Löhne um 15 Proz. zu beantragen. Ein Mehrverdienst für die Arbeiter wäre dadurch tatsächlich nicht entstanden und auch für die Stadt hätten sich keine Mehrausgaben für Löhne erforderlich gemacht, denn die Lohnsumme wäre ja die gleiche geblieben, da die 15 Proz. Erhöhung gerade die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung ausglich. Die stark besuchte Versammlung schien ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben, denn bereits wenige Tage später wurde den Arbeiteraussschüssen amtlich eröffnet, daß der Rat die Ausarbeitung einer Vorlage beschloßen habe, wonach noch im „Laufe dieses Sommers“ eine mögliche Lohnerhöhung erfolgen solle. Die Vorarbeiten hierzu seien bereits in Angriff genommen und würden nach Möglichkeit beschleunigt werden. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung aber werde zunächst ausgeschrieben; sie solle bei der Reform der Allgemeinen Arbeiterordnung ihre Erledigung finden. Es verdrift der ganze Sommer, aber die Vorlage des Rates erschien nicht. Bis endlich am 20. September eine vom Gemeindefördererverband einberufene und überfüllte Versammlung ganz energisch Erledigung ihrer Anträge forderte. Schon am anderen Tage machte der Rat im Amtsblatt bekannt, daß er beschloßen habe, den städtischen Arbeitern Mietzuschüsse zu gewähren. Diese Mietzuschüsse sind ja an sich ganz gut und schön, wenn aber der Rat glaubt, damit die Forderungen der Arbeiter erledigt zu haben, so täuscht er sich. Die Arbeiter hatten für alle eine Lohnerhöhung verlangt. Die Mietzuschüsse aber erhalten nur Arbeiter mit Kindern unter 16 Jahren. Wer keine Kinder hat, erhält nichts, geht leer aus. Nach der eigenen Zusammenstellung des Rates sind es rund 1400 Personen, die nichts erhalten sollen! Das muß selbstverständlich böses Blut machen. Wenn auch zuzugeben ist, daß ein Familienvater höhere Ausgaben hat, so sind aber doch angesichts der hohen Lebensmittelpreise und der niedrigen Löhne der städtischen Arbeiter alle Arbeiter einer Zulage dringend bedürftig. Die Arbeiteraussschüsse haben deshalb erneut die Forderung gestellt, daß neben den Mietzuschüssen allen Arbeitern noch eine besondere Zulage von täglich 30 Pf. zu gewährt ist. Will die Stadt ihren Arbeitern wirklich helfen, so soll sie diesem Antrage zustimmen. Die Gewährung der Mietzuschüsse in ihrer jetzigen Gestalt ist nur eine Halbschritt und dazu angetan, einen Keil in die Arbeitererschaft zu treiben. Und das kann doch wohl nicht die Absicht des Rates gewesen sein!

Der Kampf der Metallarbeiter in Wazmen und Elberfeld, der nun schon 12 Wochen dauert, wird auf beiden Seiten mit besonderer Heftigkeit geführt. Die Unternehmer haben die Affordarbeiter, die ihre angefangenen Afforde bei Beginn des Streiks nicht fertiggestellt hatten, wegen Kontraktbruchs auf Zahlung von Schadenersatz verurteilt und auch bereits vor einigen Wochen am Gewerbegericht in Wazmen ein prinzipielles Urteil erzielt, wonach die Arbeiter zur Zahlung des Schadens verurteilt wurden. Die Unternehmer waren dagegen verurteilt worden, den einbehaltenen Lohn zu zahlen. Zwecks Feststellung der Höhe der beiderseitigen Forderungen ist dann vom Gericht ein Sachverständiger ernannt worden. In der letzten Sitzung lag von diesem ein Gutachten vor, auf Grund dessen 75 Arbeiter von drei Firmen an Lohn 208,20 M. zu fordern haben, während sie an den Unternehmer für entstandenen Schaden 10 685,49 M. zu zahlen haben, wenn der Streik beendet wird, oder 54 513,35 M., wenn der Streik „noch länger dauert“. Das Gericht hat sich dem Gutachten angeschlossen und demgemäß die Urteile gefällt. Die Arbeiter werden gegen die Urteile, die nach mehr als einer Seite unerschütterlich sind, Berufung einlegen, so daß sich die arbeitsrechtlichen Gerichte noch damit zu befassen haben werden. — Das Sprachrohr der Unternehmer, die „Warmer Zeitung“, teilt noch mit, daß die Arbeitgeber zum ersten Male versuchen werden, die Gewerkschaften, die hinter dem Streik stehen, wegen Beihilfe bezw. Begünstigung des Kontraktbruchs zur Zahlung ihres Schadens, soweit die Eingehung bei den Arbeitern selbst nicht möglich ist, heranzuziehen. Wenn die Klagen gegen die Gewerkschaften selbst aus juristischen Gründen nicht durchführbar sind, werden sie gegen die Vorstandsmitglieder gerichtet werden.“

Am demselben Tage, da diese Urteile gefällt wurden, haben die Streikenden der Pechschmiedens-Betriebe — diese kommen bei den Schadenersatzklagen nur in Frage — zu dem Streik erneut Stellung genommen, und, da die Unternehmer noch kein Entgegenkommen zeigten, mit großer Mehrheit beschloßen, im Streik zu verharren. Das Ende des Kampfes ist also noch nicht abzusehen; um so mehr muß der Zugang nach Wazmen und Elberfeld ferngehalten werden.

Reichstagsnachwahl in Konstanz-Überlingen.

Stichwahl zwischen Zentrum und Liberalen.

Konstanz, 19. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heute im Wahlkreise Konstanz-Überlingen stattgefundenen Reichstagsersatzwahl erhielten der Zentrumskandidat Freiherr von Rüppin 13 457, der liberale Kandidat Gärtner Schmid 12 370 und der sozialdemokratische Kandidat Schriftföhrer Großhans 3384 Stimmen. Es hat mithin Stichwahl stattgefunden zwischen dem Kandidaten des Zentrums und dem der Liberalen.

Bei der Hauptwahl im Jahre 1907 wurden für das Zentrum 14 327, die Liberalen 8596 und die Sozialdemokraten 2565 Stimmen abgegeben. Die Stimmen des Zentrums sind demnach gegen 1907 um 870 Stimmen zurückgegangen, während die Liberalen 3774 und die Sozialdemokratie 819 Stimmen gewannen.

Die Wahlbeteiligung war eine außerordentlich starke; sie betrug 90 Proz., während im Jahre 1907 nur 86 Proz. der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten.

Die Wahlbeteiligung war dermaßen stark, daß niemand geschleppt zu werden brauchte. Von 10 Uhr früh ab ging bereits alles zur Wahl. Auf dem Lande ist noch nie so zahlreich gewählt worden wie diesmal. Der Umstand, daß man mit der Stichwahl rechnete, hat anscheinend viele Wähler veranlaßt, gleich in der Hauptwahl für den liberalen Kandidaten zu stimmen. In Konstanz hat die Sozialdemokratie 300 Stimmen gewonnen, in anderen Industriorten ist ebenfalls ein verhältnismäßig starker Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Die Erbitterung gegen die verräterische Politik des Zentrums hat gleich einer Granate auch in diesen Zentrumsorten eingeschlagen und die Wähler in großen Massen nach links getrieben. Konstanz war seit 1890 unumstrittener Besitz des Zentrums. Herr Matthias Erzberger, der die größten Leistungen gemacht hat, den Kreis in den ersten Wahlgängen dem Zentrum zu erhalten, hat mitsamt seinen Getreuen ein klägliches Fiasko erlitten. Was bei der Hauptwahl so glänzend begonnen, muß bei der Stichwahl — die bereits auf den 27. Oktober festgesetzt ist — vollendet werden: Hinweg mit dem verräterischen Junker- und Pfaffenstum!

Letzte Nachrichten.

Bei einem Kellerbrande.

Der Donnerstag abends am Vesperanruf aus noch nicht ermittelter Ursache auskam, sind zwei Feuerwehrlente zu Schaden gekommen. Dort brannten größere Kohlenvorräte unter großer Qualmentwicklung. Der Angriff war infolgedessen sehr erdwert. Bei den Löscharbeiten, Fortschaffen und Umschaulen der Kohlen erkrankten die beiden Feuerwehrlente Frank und Hein von der 2. Kompanie der Feuerwehr unter Anzeichen von Rauchvergiftung schwer. Sie mußten nach ihrer Wohnung entlassen werden, wo sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Der Feuerwehrgang es dann, den Brand auf den Keller zu beschränken.

Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung gescheitert.

Konstantinopel, 19. Oktober. (B. L. W.) Die seit heute früh andauernden Verhandlungen zwischen der Majorität und der Opposition zum Zweck eines Einvernehmens über die Kabinettsfrage scheiterten angesichts des Verhaltens der Opposition, welche hartnäckig forderte, daß die Mitglieder des Kabinetts, die Minister des Krieges, der Finanzen, des Unterrichts, der Justiz und der öffentlichen Bauten aus dem jetzigen Kabinett anscheiden und daß der Scheik ul Islam zurücktrete, während der Großwesir dies rundweg ablehnte.

Gegen 4 Uhr begann die Kammerführung, die ziemlich bewegt verlief. Die Redner der Opposition hoben hervor, das Kabinett sei nicht ein Ministerium, wie es das Land unter den heutigen außerordentlichen Umständen brauche. Rizamwif wies die Behauptungen zurück, daß Europa die Türkei verurteilen wolle, weil sie ein Verfassungsstaat geworden sei. Die Verfassung der Türkei sei zur Komödie geworden. Das Land brauche ein Kabinett, welches nicht nur das Vertrauen der Kammer und der Nation, sondern auch das der Großmächte genieße. Niemand werde einem Kabinett vertrauen, dem die Minister des früheren Kabinetts angehörten.

Die Redner der Majorität betonten, der Augenblick sei nicht geeignet für Personenfragen, es handle sich

um Leben und Tod der Nation;

man müsse an die Vertreibung gegen den feigen Angriff Italiens denken. Sidki, ein Mitglied der Opposition, warf dem Kabinett vor, nur an die Mächte appelliert zu haben. Die Regierung müsse die Italiener ausweisen und die italienischen Establishments schließen. Der Großwesir erwiderte einzelnen Rednern der Opposition.

Reichstag.

192. Sitzung. Donnerstag, den 19. Oktober 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratliche: Delbrück.

Die Besprechung der Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.) Betr. Verträge gegen das

Vereins- und Versammlungsgesetz

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Der Staatssekretär erklärte gestern, eine Handhabe zum Eingreifen seitens der Reichsregierung auf dem Gebiet des Vereinsgesetzes sei nur dann gegeben, wenn zwischen ihr und dem betreffenden Staat eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit bestehe. Das ist nicht erschöpfend und irreführend. Die Reichsregierung ist auch zu einem Eingreifen zuständig, wenn in einem Bundesstaat tatsächlich ein systematischer Mißbrauch mit dem Vereinsgesetz getrieben wird (Lebhafte Zustimmung links). Der Staatssekretär sagte gestern, ein einzelstaatlicher Minister könne hier als Vertreter des Reichskanzlers und Mitglied des Bundesrates erscheinen, habe sich aber für seine bundesstaatliche Tätigkeit nicht zu verantworten, und da bezeichnet der Bericht (Sehr richtig! rechts.) Das steht im Widerspruch zum Artikel 9 der Reichsverfassung, wonach ein Vertreter einer Bundesregierung hier gehört werden muß, um die Ansichten seiner Regierung hier zu vertreten, auch wenn die Mehrheit des Bundesrates sie nicht teilt. (Zuruf des Staatssekretärs Delbrück.) Der Staatssekretär sagt, der Bericht sei unrichtig. Dann ist er aber wohl damit einverstanden, daß der betreffende Vertreter des betreffenden Bundesstaates hier anwesend ist und sich verantwortet. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist der springende Punkt und hundertmal ist es auch geschehen. Es ist ja die größte Errungenschaft des Reichvereinsgesetzes, daß Mißbräuche des Vereinsgesetzes hier zur kompetenten Beurteilung kommen (Sehr richtig! links.) und wir lassen uns diese Kompetenz nicht nehmen und die Zuständigkeit des Reichstages auf keinen Fall abgeben. (Sehr richtig! links.) Herr Gröber hat über das Gesetz als ein klares Gespöttel. Aber so lange das Zentrum hier ausschlaggebende Partei war, hat sie auf dem Gebiet des Vereinsgesetzes überhaupt nichts geleistet. Und was leistet denn das Zentrum in Preußen gegenüber der dort herrschenden Landratsokratie. (Große Heiterkeit.) Was hat das Zentrum denn in Bayern geleistet. Fragen Sie doch Ihre Antiklostervereinsräder von der äußersten Linken. (Erneute Heiterkeit.) Seder inf Reichs noch in den Einzelstaaten hat das Zentrum etwas für ein Vereinsgesetz getan. Wir sind stolz darauf, daß wir das Reichvereinsgesetz erreicht haben, und daß wir nicht mehr erreicht haben, daran ist die tatsächliche Haltung des Zentrums schuld. Der beste Beweis dafür, daß das Gesetz gut ist, liegt doch darin, daß in den anderen Bundesstaaten bei seiner Anwendung Schwierigkeiten sich nicht ergeben. Herr Gröber erinnere ich an seine eigene Fähigkeit zur Gesetzesmacherei, die sich in der Lex Gröber zeigte, dem Diätengesetz, dem unfinnigsten Gesetz, das jemals ein Parlament beschloß hat. Zwei Mängel wirft man dem Reichvereinsgesetz vor, die Bestimmungen über die Polizeistunde und daß man nicht wisse, welche Versammlungen zu überwachen sind. Nur die öffentlichen sind zu überwachen, und wir haben uns bemüht, den Begriff der öffentlichen Versammlung festzustellen. Bezüglich der Polizeistunde wird darüber gesagt, daß die preussische Verwaltungsbehörde in einzelnen Gegenständen prinzipiell keine Verlängerung der Polizeistunde für liberale und sozialdemokratische Versammlungen oder solche des Deutschen Bauernbundes gewährt. Ich glaube, daß auch der Staatssekretär sich mit seinen Ausführungen über schändliche Anwendung des Gesetzes dagegen gerichtet hat. Weiter sagt man, daß tatsächliche Auflosungen von Versammlungen nach dem Eintritt der Polizeistunde stattfinden. Das verstößt gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes. Bei der Beratung haben die Sozialdemokraten den Antrag gestellt, die Polizeistunde dürfe keine Anwendung auf

Versammlungen und Vereine finden. Wir haben diesen Antrag als völlig überflüssig abgelehnt, weil dadurch die Frage des Ausschusses von Getränken mit dem Versammlungsgesetz verquittet wird. Hier liegt kein Mangel des Gesetzes vor und wir müssen verlangen, daß von den Landeszentralbehörden noch vor den Wahlen Bestimmungen getroffen werden, die dem Unfug, der hier mit der Anwendung des Gesetzes getrieben wird, ein Ende machen. (Lebhafte Zustimmung links.) Durch solche Anwendung kann das Gesetz völlig illusorisch gemacht werden. Aber wie gesagt, das ist kein Mangel des Gesetzes und die sozialdemokratische Interpellation spricht mit vollem Recht von großen Verstößen gegen das Gesetz.

Mit den Versammlungen unter freiem Himmel ist es in den Städten zwar etwas besser geworden, auf dem Lande aber viel schlimmer. Ich könnte aus meiner Mappe manch bezeichnendes Beispiel vortragen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auch empörende.) Bewiß, auch empörende, doch will ich die Zahl der Beispiele nicht noch vermehren. Dem systematischen Mißbrauch muß die Zentralinstanz entgegenzutreten. Das Saalatreiben, bei dem Hinterwomern in erster Linie steht, ist eine politische Unanständigkeit, ein Mangel an politischer Reife, etwas vor dem Auslande geradezu Deprimierendes. Der Staatssekretär sagte, wenn es bisher nicht gelungen ist, das Gesetz überall richtig anzuwenden, so würde es wohl auch weiter nicht gelingen. Das ist ja die

Proklamierung einer vollständigen Resortanarchie.

ein offenes sich bragen vor der Landratsokratie. Wenn von der Polizei offen gesagt wird, ein Gastwirt, der seinen Saal für eine sozialdemokratische Versammlung hergibt und mit der Sozialdemokratie politisiert, ist selbst Sozialdemokrat, und wenn ein solcher in jeder Weise schikaniert wird, so muß das ja geradezu die Gastwirte zu Sozialdemokraten züchten. Derartige Schikanen gegen das Gastwirtsverberbe können zu keinem guten Ende führen. Dagegen müßte auch die Staatsregierung vorgehen. Bei der Beratung des Gesetzes hat der gegenwärtige Reichskanzler erklärt, den Gastwirten dürften aus dem Vergeben ihrer Säle wirtschaftliche Nachteile nicht erwachsen. Das machen aber die Landräte und Amtsvorsteher aus diesem Versprechen?

Das Zentrum macht zurzeit ja sehr in Monarchismus. Das Wort des Abg. Pichler fordert die Gastwirte auf, den Verächtern des Staates, der Krone und der Autorität ihre Säle zu verweigern. Das verlangt dieselbe Partei, die zehn Jahre hindurch mit den Verächtern der Autorität im politischen Kontinuität gelebt hat. (Stürmische Heiterkeit.) Und jetzt überdienten Sie (zum Zentrum) die Ostelbier. O über diese Pharisäer. (Stürmische Zustimmung links.) Mit Recht sagt der „Vorwärts“ in einer Polemik gegen seine ehemaligen Antiklosterräder, daß die schwarze Polizei die Saalatreiberbereien noch besser versteht, als die blaue Polizei. Und dann denke man an die Brutalität, mit der das bayerische Zentrum die Koalitionsfreiheit der Eisenbahner vergewaltigt! Das stellt wahrhaftig alle konservativen Leistungen in den Schatten. (Lebhafte Zustimmung links.) Und Freimünnen hat man unsere notwendige Zustimmung zum Sprachenparagrafen zum schweren Verbrechen angerechnet. Jetzt bekommt das Zentrum wegen seiner Haltung in der elask-lothringischen Frage dieselben Vorwürfe von den Opponenten-Schwadronen zu hören. (Stürmische Heiterkeit.) Damals warf uns das Zentrum Vorkensindhaft vor. Jetzt aber schweigt es dazu, daß die polnischen Geistlichen geradezu unter Polizeiaufsicht gestellt werden. (Hört! hört! links.) Die polnischen Geistlichen sollen nicht agitieren, weil ihre Agitation dem Zentrum unangenehm wird; aber die Zentrumgeistlichen, die dürfen natürlich agitieren!

Ich will aber meine Ausführungen mit einer heiteren Note schließen. (Heiterkeit im Zentrum.) Das Organ der sächsischen Regierung hat festgestellt, daß trotz der ohne Dr. Dertels hoher Erlaubnis von der sächsischen Regierung genehmigten sozialdemokratischen Umzüge der Staat Sachsen und die Stadt Dresden unversehrt dastehen. (Sehr gut! links.) Eine solche Haltung lobe ich mir. (Zuruf bei den Antilemten: Sie loben also die konservative sächsische Regierung?) Warum nicht? Ich kann die Rechte nur auffordern, sich diese vernünftige Haltung konservativer sächsischer Minister, eines konservativen Dresdener Oberbürgermeisters zu eigen zu machen. (Sehr gut! links.) Und besonders zu

wünschen ist, daß der preussische Vorstaat diesem verständigen sächsischen Beispiel folgt. (Lebhafte anhaltender Weisfall links.)

Abg. Schwabach (nat.) ersucht um Abstellung der berechtigten Beschwerden der lokalen Linauer, Maßuren und Wenden.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es stimmt nicht, daß die Bundesratsmitglieder verpflichtet sind, Rede und Antwort über die Handlungen ihrer betr. Regierungen hier im Reichstag zu stehen. Die Verfassung schreibt nur vor, daß sie gehört werden müssen — auch, wenn die betr. Regierung im Bundesrat in der Minorität geblieben ist und eine andere Stellung als der Bundesrat einnimmt — die Verfassung fermt also nur ein Rederecht, keine Redepflicht der einzelstaatlichen Bundesratsvertreter. — Der Reichskanzler als solcher kann keinem einzelstaatlichen Minister irgendwelche Anweisungen geben. (Zuruf: Er ist doch gleichzeitig preussischer Ministerpräsident!) Das ist nur eine zufällige Personalunion. (Große Heiterkeit.) — Redner macht sodann lange juristische Ausführungen über die Frage der Polizeistunde. Die Anwendung der Polizeistunde auf politische Versammlungen sei nicht geschwibrig, aber allerdings dem Geist und Willen des Gesetzes zuwiderlaufend. (Heiterkeit und Zuruf links.)

Abg. Legien (Soz.):

Die theoretischen Ausführungen des Staatssekretärs sind ja ganz schön, nur wäre es wünschenswert, sie auch in die Praxis zu überlehen. Herr Dr. Müller-Meiningen hat ein großes Loblied auf das Reichvereinsgesetz gesungen und uns erklärt, er sei besonders stolz darauf, dabei mitgewirkt zu haben. Daß in ihm ein Fortschritt enthalten sei, haben auch wir bei der Schaffung des Gesetzes anerkannt, wir wäuden uns dagegen, daß Bestimmungen hineingekommen sind, die noch reaktionärer sind als die im preussischen Vereinsgesetz, nämlich der Sprachenparagraf und das Verbot der Mitgliedschaft von jugendlichen Personen unter achtzehn Jahren in politischen Vereinen. Diese beiden Dinge kannte selbst das preussische Vereinsgesetz nicht, und diese Dinge sind von der liberalen Partei in das angeblich liberale Reichvereinsgesetz hineingebracht worden. Herr Müller-Meiningen hat ja selbst gezeigt, daß das Gesetz Mängel hat. Er hat sich über den Mißbrauch der Bestimmungen über die Polizeistunde beklagt. Wir hatten beantragt, gesetzlich festzulegen, daß diese Bestimmungen auf Versammlungen und Vereine nicht anwendbar seien. Er beklagt sich, daß überwachende Beamte polemisch in die Verhandlungen eingegriffen haben; wir hatten beantragt, dies durch eine ausdrückliche Bestimmung im Gesetz auszu schließen. Herr Müller-Meiningen schiebt alles auf die Mängel in der Ausführung, aber in dem Gesetz selbst sind Bestimmungen enthalten, welche die Möglichkeit der reaktionären Auslegung seitens der Verwaltungsbehörde geben. Wir haben dringend gewarnt, ein Gesetz zu schaffen, welches der preussischen Regierung die Möglichkeit solcher reaktionären Auslegung gibt und heute sehen wir, daß gerade in dem Bezirk der preussischen Regierung die Vorgänge sich vollziehen, über die wir zu klagen haben. Das ist doppelt auffallend, weil der Reichskanzler gleichzeitig preussischer Ministerpräsident ist, es also sehr einfach hätte, mit dem preussischen Ministerpräsidenten ernsthafte Rücksprache zu nehmen über die Handhabung des Reichvereinsgesetzes. Die Vertreter der konservativen Parteien erklären es für wünschenswert, daß der Reichstag mit solchen Interpellationen verschont bliebe. Auch wir haben diesen Wunsch; daß es nicht geschieht, ist nicht unsere Schuld, sondern die der Polizeibeamten, die das Gesetz nicht kennen oder nicht lernen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und des preussischen Ministers des Innern, der Anweisungen gibt, die notwendig zu mißbräuchlicher Anwendung des Gesetzes führen müssen. Dahin gehört auch der Erlaß vom 16. April 1910. Der Staatssekretär hat es allerdings fertig gebracht, auch diesen Erlaß zu verteidigen. Freilich schränkte er das ein, indem er ausführte, daß auf seine Anfrage hin der preussische Minister des Innern die Behörden so informiert hat, daß eine mißbräuchliche Anwendung nicht mehr eintreten solle. Der Staatssekretär sagte, auch nach diesem Erlaß sei es möglich, Einzelfälle zu prüfen und zu entscheiden. Darauf aber kommt es nicht an, sondern darauf,

ob dieser Erlaß überhaupt gesetzlich zulässig war, und dieser Erlaß war ungesetzlich (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten, weil seine Anweisungen dem § 7 des Reichvereinsgesetzes widersprechen. Denn dieser Paragraph macht die

Kleines feuilleton.

Caruso.

Bei Lebet noch

Bei Lebet noch . . .

Und ob er lebt! — Mittwoch fanden die Leute zu Hunderten in langen Reihen am das Opernhaus herum, von Schulleuten bewacht (zu zweien angetreten), stundenlang in der Kälte, um Willetts! Willetts! — Händler, Messenger-Boys, Dienstmänner, um Willetts! Dieser Caruso ist ein Symbol.

Ob er so viel kann, daß dieser Spektakel berechtigt ist, sei dahingestellt, nein, es ist ganz gleichgültig, denn die Leute geben nur des Spektakels halber hin. Diese Vegetation hat mit Kunst so viel zu tun, wie ein Landrat mit liberaler Politik.

Da leben in Deutschland, sagen wir, 100 Künstler, Musiker, Maler, Literaten, die ungeheures leisten und noch mehr leisten würden, wenn sie anerkannt, also bezahlt würden. Wer kennt sie? — Die Kollegen, die kleinen Fachzeits, eine Zeitschrift nennt ihren Namen — aus.

Ja, aber Caruso. Das ist nicht der Sänger, der Künstler, der Musiker, — das ist das Phänomen, der Mann mit dem hohen Cis, das Raib mit drei Weinen, der Kerl mit dem Millionen Einkommen. Speziell das letzte zieht immer: dafür bekommt er nun 10 000 Mark!!

Es imponiert, und das ist schließlich die Hauptsache. Dieser Mann schluckt Millionen — niemand machte ihm einen Vorwurf, denn er muß bereitwilligerweise die Konjunktur aus — und bei uns zerquälten sich starke Talente (und vielleicht größere) die Köpfe mit der intensiven Frage: wann essen wir heute Mittag? — Dieser Artikel erscheint alljährlich, wenn der Göttliche schmettert. Es ist immerhin möglich, daß nach seinem Tode die Begeisterung nachlassen wird. K. T.

Eine slawische Rundburg in Potsdam. Es ist den Beauftragten des Potsdamer Museumsvereins vor einiger Zeit gelungen, in Potsdam die Reste einer slawischen Burg aufzudecken. Damit ist eine kulturgeschichtlich interessante Tatsache festgestellt. Unterhalb der Heiligengeistkirche, hart am Havelufer, fanden im Sommer bei dem niedrigen Wasserstand spielerische Kinder Leinwandstücke. Dieser Fund veranlaßte zu Nachgrabungen, die ein überraschendes Resultat zeigten. In geringer Tiefe stieß man auf eine Wallenbaukonstruktion, die sich später als architektonisch ausgebildete Wallkonstruktion ergab und sich gleichlaufend mit dem Ufer im Halbkreis ausdehnte. Dieser Wallbau, der einer dreifachen Wallanlage gleicht, zeigt symmetrische Anlage und ist aus Kalksteinen gefertigt, die übereinandergeschichtet lagen. Eine Lage Steine bedeckte diese Polsterung. Als Baumaterial hatten die ersten Burginsassen — wie festgestellt Slawen — Fichten und teilweise Eichen verwendet. Die bloßgelegte Anlage ist offenbar der Teil der Rundburg, der sich am Wasser hinzog. Mehrere stabil-meter Urnen- und Gefäßreste aus slawischer Herkunft und Ornamentik wurden gefunden. Nicht weniger als 160 verschiedene Verzierungen waren auf den alten Kulturresten vorhanden. Man hat es bei der neu entdeckten Wallburg mit den Anfängen der Potsdamer Geschichte zu tun, die bis ins dritte nachchristliche Jahrhundert

zurückreichen. Die Potsdamer Slawenburg, aus der noch wertvolle geschichtliche Folgerungen zu ziehen sind, wurden vom Direktor des Museums für Völkerkunde Prof. Schuchardt und von Prof. Göge befragt und als slawische Kulturanlage begutachtet, die bis in die Karolingerzeit hinein ihre Bedeutung beibehalten hat. Die Untersuchungen werden im Interesse der Geschichte Potsdams fortgesetzt, man erwartet vom Stadtparlament die Bewilligung eines Ausgrabungsfonds. Am Mittwoch wurde an der Ausgrabungsstelle ein vorgeschichtlicher Knochenpfeil gefunden.

Der Krieg im Sande. Der erste Tag des tripolitanischen Feldzuges wird niemals von den jungen Soldaten vergessen werden, die am Donnerstag zum erstenmal in die Wüste hinausgeschickt wurden und hier die Hindernisse und Entbehrungen kennen lernten, die ihrer noch harren. Mit diesen Worten beginnt der in Tripolis weilende englische Korrespondent Percival Phillips eine feisende Schilderung der ungewöhnlichen Verhältnisse, unter denen die italienischen Soldaten im Wüstenlande ihre Pflicht erfüllen sollen. Die ersten, die die Eigenart dieses Krieges spüren sollten, waren die Mannschaften des 84. Regiments aus Florenz, kräftige, prächtig gewachsene Soldaten, die ausgesandt wurden, um die am äußersten Südrand der Oase bebrängten Matrosen zu unterstützen. Guten Rutes stapften sie bis über die Knöchel tief durch den Staub der weißen Straße, die von der Stadt durch den Hamenji-Borot führt, wo die Türken unter freiem Himmel ihr Hausgerät verstäuerten und sich zur Rückkehr in ihr Vaterland rüsteten. Vorbei an dem großen mohammedanischen Friedhof mit seinen verwahrlosten Gräbern führt der Weg durch einen Palmenhain hinaus an die Grenze des bewohnbaren Landes. Mit dem Morgengrauen begannen die Truppen sich in unregelmäßigen Schlangenlinien längs der ersten Sanddünen vorwärts zu arbeiten. Hier fand ich sie dann eifrig grabend, immer noch in ihren schweren Tuchuniformen, ohne Schutz vor der glühend herniederbrennenden Sonne und von Myriaden zudringlicher Fliegen eingehüllt. Unausgesetzt füllten sie lächerlich kleine Feldflaschen aus den großen Blechgeschüßen, die geduldig Oasen von der nächsten Wasserstelle herbeschleppten. Im Regimente von Florenz wühlte der wilde Durst und helle Wassernot. Mit bangen Besorgungen muß man an die künftige Sterblichkeitsziffer denken, wenn diese Soldaten einige Wochen lang unter solchen Bedingungen diesem Klima preisgegeben werden. Ich sah Offiziere, die aus den öffentlichen Brunnen inmitten einer arabischen Menge gierig Wasser tranken, ich sah Soldaten sofort nach der Landung rohes Obst essen und eisgekühltes Bier trinken, ohne daß der sanitäre Stab die Reute warnte. Die prächtige Manneszucht und Marschdisziplin ist kein Abwehrmittel gegen Krankheitskeime, die überall an dieser ungesunden Küste lauern. Einige der Reute lagen vollkommen erschöpft im Schatten der Palmen. Die Wehrzahl suchte, als die 4 Fuß hohen Gräben mit Sandhaken fertiggestellt waren, diesen Standort durch Palmbätter und durch ihre eigenen Uniformrüde vor der tropischen Sonnenglut zu schützen.

Sechs Schritte weiter und ich stehe in der Wüste. Einige 800 Meter vor mir haben inmitten des brennenden Sandes acht Mann mit einem Sergeanten als Vorposten einen kleinen Hügel besetzt, von dem aus der Blick weitestweit nach Süden schweifen kann. Ein Offizier erlaubt mir, den Posten zu besuchen. Die

Reise geht durch losen, heißen Sand, es ist, als wären die Füße bleiswer geworden. Acere türkische Patronenladungen ringum erzählen von dem jüngsten Angriff der Türken, und hier liegen auch Hochgeschirre und manche anderen Erinnerungen an das sächsische Lager, das hier aufgeschlagen wurde, nachdem die Garnison die Stadt geräumt hatte. Der Anblick dieser eben toten Wüste genügt, um jede Begeisterung in einem menschlichen Herzen zu erdröseln. So weit das Auge reicht, nur kahle weißlich schimmernde Sanddünen, die hier und da vom Winde erhört und erniedrigt werden. Fern am Horizont ein kleiner purpurner Fleck, der fast wie eine Wolke aussieht: das sind die fernen Garianberge, die Felsenbarriere, hinter der die größere, die große Wüste liegt. In einer Sandfurche auf dem Hügelkamm lauern in ihren schweren zugeknöpften Uniformrüden die Aufrepposten und starren auf dies Bild der Trostlosigkeit hinaus. Nirgends ist ein Baum sichtbar, nirgends ein grüner Fleck. Nur im Südosten gewahrt man ein großes, weißes Gebäude, das Haus, in dem die Türken eine landwirtschaftliche Schule zu errichten versuchten, um die Araber zu erziehen. Aber alles war abhängig von einem artesischen Brunnen, und der trocknete aus. Irigendwo an der Grenzlinie dieses toten Horizontes sind die Türken, die lieber der erdarmungslos glühenden Sonne trohen wollen, als sich ergeben. . . .

Notizen.

— Zu Adele Sandrocks Gastspiel im Neuen Königl. Opernhaus am 1., 2. und 3. November (als Hamlet) erhalten die Gewerkschafter und Mitglieder der Freien und Neuen Freien Volksbühne Eintrittskarten zu besonders ermäßigten Preisen von Freitag, den 20. Oktober, vormittags 9 Uhr, ab bei Paul Horst im Gewerkschaftshaus.

— Theaterchronik. Im Theater der Königl. Hochschule wird Sonntag, den 22. Oktober, abends 7½ Uhr, als Gastspiel Berliner Künstler unter Leitung von J. Lück, der „Japanfreier“ gegeben.

— Musikchronik. Der Jentzenartag Franz Liszts wird Sonntag, den 22. Oktober, abends 8½ Uhr, im Charlottenburger Schillerpark durch einen Lied-Abend begangen.

— Ein neuer Mensch. In der Pariser Akademie der Wissenschaften legte Dr. Henri Martin einen neuen, im Departement der Charente gefundenen Menschenschädel vor, der an Alter alle andern bisher aufgefundenen Schädel übertrifft. Martin stützt sich für diese Schätzung auf die alle anderen Schädel an Stärke übertreffende Ausbildung des Gebisses und der Augenvölbung. Auch das Skelett scheint gut erhalten. Daneben wurden auch ganz primitive Steinwerkzeuge aufgedeckt.

— Die Zahl der drahtlosen Depeschen, die vom 1. Oktober 1910 bis zum 1. Oktober 1911 von der britischen Reichspost befördert sind, zeigt das rasche Anwachsen dieses Verkehrsmittels. Von der englischen Küste nach Schiffe hin wurden 2640, von Schiffen auf das Land 34 161 Telegramme geschickt, fast 8000 mehr als im vorausgegangenen Jahr. Im ganzen wurde die Genehmigung für 107 Landstationen erteilt. Eine interessante Erweiterung des von der drahtlosen Telegraphie unspannten Erdgebietes ist jetzt durch Errichtung einer Station auf der Insel Spitzbergen geschaffen worden.

Genehmigung eines Aufzuges von der Prüfung der kolonen Verhältnisse durch die Polizeibehörde abhängig. Nicht der Minister des Innern hat sie zu prüfen, er kann sie auch gar nicht prüfen. Trotzdem sagt er, daß Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen in der Regel nicht zu genehmigen sind, weil, abgesehen davon, daß sie den Verkehr beeinträchtigen und beunruhigend wirken, das unbotmäßige Auftreten der Teilnehmer die öffentliche Sicherheit zu gefährden scheint. Also ohne eine Abmahnung davon zu haben, ob jemals bei einem polizeilich genehmigten Aufzuge derartige Vorkommnisse stattgefunden hätten, stellt der preussische Minister des Innern Behauptungen auf, für die ihm jeder Beweis fehlt und die natürlich auf die nachgeordneten Behörden wirken. Vielleicht gibt uns der Kollege Cuno Auskunft darüber, ob der ursprünglich in Hagen von ihm genehmigte Aufzug von ihm auch verboten worden wäre, wenn dieser Erlaß nicht gekommen wäre. Zu den zahlreichen angeführten Fällen will ich nicht noch viele hinzufügen. Nur einen will ich erwähnen, in welchem eine

effektante Rechtsverletzung

vorliegt, die unter Aufsicht des Regierungspräsidenten und des Oberpräsidenten, also der höheren Instanzen, erfolgt ist, an die uns der Staatssekretär rät, uns mit Befehlen zu wenden. Die Polizeibehörde von Bitterfeld verlangte am 3. März d. J. von dem Bevollmächtigten des Fabrikarbeiterverbandes, er solle binnen acht Tagen ein Mitgliederverzeichnis einreichen, widrigenfalls eine Strafe von 10 M. eingeleitet werde. Das Verlangen der Polizeibehörde war ungesetzlich, denn das Reichsvereinsgesetz kennt die Einreichung eines Mitgliederzeichnisses nicht mehr. Der Regierungspräsident wies die Beschwerde zurück mit der Begründung, daß der Verein ein politischer sei, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke. Auch eine weitere Beschwerde an den Oberpräsidenten wurde abschlägig beschieden, wobei der Oberpräsident sich auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts berief, das im Jahre 1900, also acht Jahre vor dem Erlaß des Reichsvereinsgesetzes, gefällt wurde. Der Oberpräsident erklärte den Fabrikarbeiterverband in seinem Bescheid auch deswegen für politisch, weil er seine Versammlungen in einem Lokal abhalte, das auch dem sozialdemokratischen Wahlverein zur Verfügung stände. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Das war ein Oberpräsident und nicht ein Amtsverwalter. Am 3. August schrieb die Polizeibehörde, nach Erzielung der Beschwerde würde die festgesetzte Strafe von zehn Mark eingetrieben werden, weil das Mitgliederverzeichnis nicht binnen acht Tagen eingereicht sei. Dagegen wurde Beschwerde beim Amtsgericht eingeleitet, aber die Polizeibehörde erklärte den Antrag auf gerichtliche Entscheidung für unzulässig, weil die Straffverfolgung auf Grund des § 132 des Landesverwaltungsgesetzes erfolgt sei und tatsächlich wurde am 25. September die Strafe zwangsweise eingetrieben. Die Polizeibehörde stellt also eine ungesetzliche Forderung an den Bevollmächtigten des Fabrikarbeiterverbandes und zwingt ihn als er ihr nicht Folge leistet, eine Strafe zu zahlen. Wir haben diese Dinge bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes vorangelesen und den damaligen Staatssekretär und jetzigen Reichszentraler interpelliert, wie es mit der Verwaltungspraxis und der Anwendung des Landesverwaltungsgesetzes sein würde, und in sehr klarer Weise hat der gegenwärtige Reichszentraler damals erklärt, daß jedes schikanöse Eingreifen der Polizeibehörde vermieden werden solle und daß die Bestimmungen der Landesgesetzgebung befolgt seien, soweit sie im Reichsvereinsgesetz selbst nicht ausdrücklich aufrechterhalten werden. Trotzdem wird jetzt eine derartige Strafe auf Grund des § 132 des preussischen Landesverwaltungsgesetzes zwangsweise eingetrieben, lediglich deswegen, weil der Betreffende eine ungesetzliche Forderung der Polizei nicht erfüllt hat. Mit diesem Vorgang sollte sich der Staatsanwalt beschäftigen. (Lebhaft. Zustimmung v. d. Soz.) Unter Anwendung von Gewalt und Drohung hat die Polizeibehörde einem Dritten, der Staatskasse einen widerrechtlichen Vermögensvorteil verschafft; das ist der

Tatbestand der Erpressung.

und es wäre wünschenswert, daß der preussische Justizminister, der die Staatsanwälte anweist, gegen Arbeiter, die einen Arbeitskollegen ihrer Organisation zuführen wollen, wegen Erpressung vorzugehen, auch hier die Staatsanwaltschaft zum Vorgehen veranlaßt. (Lebhaft. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube aber nicht, daß er dieser Anregung folgen wird; vielleicht aber kann der Reichszentraler den preussischen Ministerpräsidenten veranlassen, dafür zu sorgen, daß dem Mann, dem widerrechtlich die 10 Mark abgenommen sind, dieselben zurückgezahlt werden. Das könnte auf dem Verwaltungswege sehr einfach geschehen.

Der Staatssekretär sagte, ein Teil der vorgetragenen Fälle sei erledigt, weil keine Beschwerde geführt sei. Auch ich bin der Meinung, daß in jedem Fall Beschwerde geführt werden soll. Aber es ist erklärlich, daß das oft unterbleibt. Man muß damit rechnen, daß mit dem widerrechtlichen Eingreifen der Polizeibehörde in vielen Fällen der Zweck der Versammlung vereitelt ist und daß die Arbeiter, die täglich ihren Lebensunterhalt erwerben müssen, sich nicht leicht in langdauernde Verfahren einlassen, wenn der Zweck der Versammlung doch einmal vereitelt ist. Weiter kommt hinzu, daß die Beschwerden nichts nützen. So sollte in der Nähe von Mendenburg am vorigen Sonnabend eine Versammlung stattfinden. Da ein Lokal für die Sozialdemokratie nicht zu haben war, wurde in dem Ort auf einem eingeregneten Grundstück ein Zelt aufgeschlagen. Der Amtsverwalter gab statt der Beweise über die Anmeldung ein Verbot der Versammlung. Der Anmelder wurde vorzeitig bei dem Landrat und dieser erklärte, er sollte die Beschwerde schriftlich einreichen. Darum wurde telegraphisch Beschwerde beim Minister des Innern eingeleitet und telegraphisch kam die Antwort, der Regierungspräsident würde einen Bescheid erteilen und dieser Bescheid ging dahin, die Beschwerde würde an den Landrat abgegeben. (Große Heiterkeit.) Da hat der Staatssekretär das Beschwerdeverfahren, das er uns empfiehlt.

Es läßt der Willkür der Polizei völlig freie Hand.

Die oberen Instanzen verlangen und wachen und monatelang bleibt es bei dem Bescheid der unteren Behörden. Ein anderer Fall aus dem Kreise Labiau: Eine Versammlung wird verboten und auf die eingelegte Beschwerde entscheidet in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht, daß sie zu Unrecht verboten ist. Nun wird eine neue Versammlung unter denselben Umständen angemeldet, der Amtsverwalter verbietet sie wiederum und wiederum entscheidet das Oberverwaltungsgericht in letzter Instanz, daß das Verbot zu Unrecht erfolgt sei. Nunmehr wird unter den gleichen Umständen die Versammlung zum drittenmal angemeldet und wiederum wird sie von demselben Amtsverwalter verboten. Da hat der Herr Staatssekretär das Beschwerdeverfahren. Er soll dafür sorgen, daß der Ministerpräsident die Behörden in Preußen anweist, gesetzlich zu verfahren, dann brauchen wir das Beschwerdeverfahren nicht. (Lebhaft. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Weiter sagte der Staatssekretär, die Bestimmungen des Gesetzes seien nicht so einfach, aber hoffentlich werde die Judikatur Klarheit schaffen. In den unklaren Bestimmungen ist ausschließlich die Regierung schuld, vor allem der gegenwärtige Reichszentraler, der durch seinen Widerstand die Liberalen und Rationalisten zwang, diesen Bestimmungen zuzustimmen. (Lebhaft. Zustimmung links.) Wollten wir warten, bis die Judikatur Klarheit geschaffen hat, so hätten wir es erleben, daß wir so viele Auslegungen des Reichsvereinsgesetzes erhalten, als wir Oberlandesgerichte haben. Der Staatssekretär wies eine Beeinflussung der Gerichte von sich. Die Verlangen wir auch nicht von ihm. Wohl aber können wir verlangen, daß, wenn das Vereinsgesetz von den Gerichten falsch ausgelegt wird, er vor den Reichstag tritt und eine andere Fassung des Gesetzes beantragt. (Lebhaft. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und solche Änderungen sind vor allem notwendig bei den Bestimmungen von der Überwachung der Versammlungen.

Dr. Junz meinte, das Gesetz kennt nicht eine Überwachung, sondern nur die Anwesenheit von Beamten. Das ist ein Streit um

Worte. Intelligente Beamte lernen ja in den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Versammlungen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), aber hingehört werden sie zum Zweck der Überwachung. Der Staatssekretär erklärte, es müsse der Polizeibehörde vorbehalten bleiben, zu entscheiden, ob es sich um eine öffentliche oder um eine geschlossene Versammlung handelt. Aber das Vereinsgesetz bestimmt ausdrücklich, daß die Polizei nur in aussergewöhnlichen Fällen die Versammlungen Beamte entlassenden dürfe. Da ist von einer geschlossenen Versammlung gar nicht die Rede. In eine solche darf die Polizei Beamte nicht entsenden.

Charakteristisch für des Staatssekretärs Auffassung von den Reichsvereinsgesetz ist seine Erklärung, daß die Polizei zu beurteilen hat, was eine öffentliche Versammlung ist. Die Auslegung des § 8, 3 durch den Staatssekretär ist auch falsch. Es kommt bei den Gewerkschaftsversammlungen laut § 8, 3 nicht auf die Teilnehmer, sondern auf den Zweck der Versammlung an. Die Kommission hat im guten Glauben und infolge der Erklärung des damaligen Staatssekretärs v. Bethmann Hollweg, daß Gewerkschaftsversammlungen nicht überwacht werden, von einer Festlegung dieser Zusicherung durch Gesetz Abstand genommen. Jetzt wird das umgedreht; unter Aufsicht des Staatssekretärs werden die Gewerkschaftsversammlungen als öffentlich erklärt und überwacht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlegung des Staatssekretärs über die Frage der Polizeistunde ist falsch. Landesgesetzliche Vorschriften können nicht dadurch, daß das Strafgesetzbuch Verstrafung für ihre Verletzung festsetzt, reichsrechtliche Kraft erlangen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Erklärung des Staatssekretärs, daß zwar nicht wegen der Polizeistunde eine Versammlung aufgelöst werden kann, aber nach § 305 des Strafgesetzbuchs die Versammelten bestraft und sogar hinausgeworfen werden können, weil die Polizeistunde überschritten ist, ist die ganze Frage ja ein Streit um Worte. Wenn die Leute hinausgeworfen werden, ist doch die Versammlung zu Ende — oder soll vielleicht der hinauswerfende Polizeibeamte die Versammlung darstellen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber so liegen die Dinge gar nicht, denn § 305 des Strafgesetzbuchs spricht nur von Schauplatz oder Versammlungsorten, wer aber eine Versammlung abhält, hat das Hausrecht im Saal, der dann kein Schauplatz mehr ist, sondern ein Versammlungsort. Die Rechtslage ist absolut einfach, der Staatssekretär braucht gar nicht die Judikatur abzuwarten. Aber wir müssen nach den Erklärungen des Staatssekretärs schon annehmen, daß man der Polizei gar nicht die Finger beschneiden will. Die Polizei könnte höchstens dem Gastwirt verbieten, noch der Polizeistunde noch etwas auszuschenken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß, nach Dr. Höffel, die sozialdemokratischen Jugendvereine die Jugend von der bürgerlichen Gesellschaft fernhalten, ist doch keine Verletzung des Reichsvereinsgesetzes, abgesehen davon, daß er keinerlei Beweis dafür hat vorbringen können.

Vorläufig steht die Sozialdemokratie noch auf dem Boden des allgemeinen Rechts, daher ist der Erlaß des preussischen Ministers des Innern, der sich lediglich gegen die sozialdemokratischen Jugendvereine wendet, völlig ungesetzlich. Insbesondere ungesetzlich ist nach Aufforderung des Ministers des Innern in diesem Erlaß, die Jugendkommissionen allgemein als Vereine anzusehen. Der Reichszentraler darf insbesondere als preussischer Ministerpräsident solche Ungeheuerlichkeiten nicht dulden. Ueber die

kulturelle Bedeutung unserer Jugendbewegung

will ich hier nicht sprechen, ich würde doch nur tauben Ohren predigen. Aber wir müssen verlangen, daß bei Bekämpfung unserer Jugendbewegung nicht die gesetzlichen Bahnen verlassen werden. Geht es doch, wie bei diesem Erlaß des preussischen Ministers des Innern, so können Sie sich nicht wundern, wenn auf der Gegenseite das ungesetzliche Beispiel Nachahmung findet. — Herr Delbrück meinte, der Reichszentraler könne nur einen moralischen Druck auf die Bundesstaaten ausüben. Ja wenn dieser moralische Druck nur ausgedrückt würde. Wenn der Ministerpräsident in Preußen nur das ansähen würde, was er hier im Reichstag vertritt. Oder sollte wirklich das preussische Verwaltungssystem so jammervoll sein, daß der höchste preussische Beamte nicht in der Lage wäre auf die unteren Beamten einzuwirken. Dann lassen Sie sich befragen mit diesem vielgerühmten preussischen Verwaltungssystem. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hoffen, daß diese fortgesetzten Interpellationen schließlich doch den Erfolg haben werden, daß dieser moralische Druck in Preußen ausgeübt wird, denn auch wir können nur wünschen, daß wir von solchen Verhandlungen in Zukunft verhandelt werden können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Z.): Es ist ein Irrtum des Herrn Staatssekretärs, daß die landesrechtlichen Bestimmungen über die Polizeistunde auf Grund des § 305 des Reichsstrafgesetzbuchs erlassen werden. Das geschieht vielmehr auf Grund von Landesgesetzen. (Sehr richtig!) Die feine Unterscheidung des Staatssekretärs zwischen vereinspolizeilichen und schauplatzpolizeilichen Misdatsen haben die Sache nur unklar gemacht. Wie soll sich ein Gendarm, wie soll sich die Bevölkerung darin zurechtfinden! Wir müssen verlangen, daß die Regierungen sich darüber verständigen, daß für Wahlversammlungen die Bestimmungen über die Polizeistunde nicht in Betracht kommen dürfen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dove (fortsch. Sp.): Der Staatssekretär hat den Reichszentraler heute gewissermaßen nur hingestellt als langgezogenen Paragrafen. (Große Heiterkeit.) Das ist er aber nicht, sondern er hat die Aufgabe, den Reichsgedanken zu vertreten gegenüber den Bundesstaaten. (Sehr richtig! links.) Wir müssen verlangen, daß die Reichsgerichte ausgeführt werden in dem Sinne, wie sie erlassen worden sind. (Bravo! links.)

Abg. Leber (Soz.):

Ich muß noch einmal auf das Verbot der Aufführung des Weiserischen „Jesus“ durch einen zu diesem Zwecke gebildeten Verein in Eisenach zurückkommen, da der Herr Staatssekretär darauf nicht eingegangen ist. Man hat bei diesem Verbot zurückgegriffen auf eine Verordnung aus dem Jahre 1854, die schon Professor Abbt als eine Rechtsbeugung des Gesetzes bezeichnet hat, ohne daß er dafür bestraft worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben natürlich im Sachverhalt den Landtag der Regierung über dieses Verbot interpelliert. Man räumt dem Departementchef des Innern nach, daß er ein liberaler Mann sei und erwartete von ihm eine Aufhebung des Verbots. Aber als die Landesinstanz und der erweiterte Kirchenrat sich dagegen wandten, daß Jesus auf die Bühne gesetzt werde, erklärte auch das Ministerium des Innern das Verbot für gerechtfertigt, und trotz des darauf einsehenden einmütigen Protestes der gesamten Bevölkerung wurde das Verbot aufrecht erhalten. Auch ein nationalliberales Blatt betonte damals, daß das Reichsvereinsgesetz Vereinen hinsichtlich ihrer Veranstaltungen volle Freiheit gewähre. Aber man ging so weit zu drohen, daß wenn die Aufführung doch stattfände, man Polizei vor dem Theater aufstellen und

die Vereinsmitglieder mit Gewalt an dem Besuch der Vorstellung hindern werde.

(Hört! hört!) Dieser Fall beweist, wie einzelne Bundesstaaten sich über das Reichsvereinsgesetz hinwegsetzen, er zeigt, daß in einem Staate wie Sachsen-Weimar, wo einst Goethe Minister war, sich heute die Reaktion genau so breit macht, wie in Preußen. Daher muß durch das Reich klar festgestellt werden, was eigentlich Rechtens ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Staatssekretär Dr. Delbrück: Meine juristischen Darlegungen hat Herr Dove nicht widerlegt. Er wird auch nicht nachweisen können, daß der Reichszentraler nicht versucht hätte, von seinen Befugnissen Gebrauch zu machen.

Abg. Dove: Gewiß nicht, aber ich wünsche mir eben einen Reichszentraler, der das mit Erfolg tut. (Sehr gut! links.)

Damit schließt die Beantwortung. Zu den Interpellationen über die Maul- und Klauenseuche erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück, daß er den Zeitpunkt der Beant-

wortung noch mit dem Reichszentraler vereinbaren müsse. Es folgt die erste Lesung des Gesetzes betreffend die

Versicherung der Privatangestellten.

Staatssekretär Delbrück: Die Vorlegung dieses bedeutungsvollen Gesetzes noch kurz vor dem Schluß der Legislaturperiode entspricht einem einheitlichen Wunsche des Reichstags. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, es noch zu verabschieden. Die Schwierigkeit des Gesetzes liegt darin, daß wir hier Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung der Versicherungspflicht unterwerfen wollen, die bisher der Versicherungspflicht grundsätzlich nicht unterworfen waren. Die ganzen Versicherungsgeetze sind lediglich auf die Lohnarbeiter zugeschnitten. Nunmehr tritt die Aufgabe an uns heran, für die große Zahl derjenigen Angestellten eine Versicherung zu schaffen, die im privaten Erwerbleben eine beamtenähnliche Stellung einnehmen und die wir uns in den letzten Jahrzehnten als Privatbeamte zu bezeichnen gewöhnt haben. Einzelne verständige, weitblickende Prinzipale haben bereits Versicherungsanstalten für diese Kategorie geschaffen. Der Gesetzgebung liegt es nun ob, die aus privater Initiative hervorgegangenen Anstalten zu verallgemeinern, gerade so, wie vor einem Menschenalter die Arbeiterversicherungsgeetze auf die Schöpfungen der Privatinitiative anknapften.

Es handelt sich hier um eine Kategorie, deren Mitgliederzahl auf ungefähr zwei Millionen zu veranschlagen ist. Etwa 500 000 Privatangestellte entbehren zurzeit noch jeder staatlichen Versicherung, während die übrigen mehr oder minder an der jetzigen Regelung in Betracht kommen.

Nun erhebt sich als erste Frage, ob die Versicherung eine Zwangsversicherung sein soll oder nicht. Nach sorgfältigen Erwägungen sind die Verbündeten Regierungen zu einer Bejahung dieser Frage gelangt. Einmal ist bei dieser Frage zu bedenken, daß die Zahl der Unselbständigen gegenüber der Zahl der Selbständigen in ständigem Steigen begriffen ist. (Hört! hört! v. d. Sozialdemokraten.) Weitens der größte Teil der Privatangestellten besteht aus dauernd Unselbständigen. (Hört! hört!) Ferner ist zu beachten, daß die jungen und die günstig gestellten Privatangestellten im allgemeinen geringe Neigung zeigen, sich zu versichern, so daß eine freiwillige Versicherung Gefahr läuft, auf die älteren und die ungünstiger gestellten Mitglieder dieser Schicht beschränkt zu werden.

Wir haben weiter erwogen, ob es sich empfehle, den Zwang auf alle Kategorien auszuweiten. Auch hier sind wir im allgemeinen zu einer Bejahung gelangt. Allerdings ist zu bedenken, daß die Privatbeamtenchaft vom Vermeister bis zum Generaldirektor reicht. Die oberen Zehntausend, sozusagen der Privatbeamtenchaft, die heute mit Einkommen von über 5000 M., halten wir für unbedenklich, von der Versicherungspflicht zu befreien. Wer ein Einkommen in dieser Höhe besitzt, wird im allgemeinen instande sein, gegen Krankheiten usw. selbständig Vorkehrungen zu treffen.

Redner erörtert sodann ausführlich die Frage, ob es sich empfehlen läßt, zwar einen staatlichen Zwang zur Versicherung festzusetzen, aber die Versicherung selbst Privatgesellschaften zu überlassen, etwa in der Form, daß generell bestimmt wird: „Jeder Privatbeamte hat einer Versicherung anzugehören“, dem Einzelnen jedoch die Wahl dieser Versicherung überlassen bleibt. Redner erklärt schließlich, daß die Frage entschieden verneint werden müsse. Eine allgemeine, staatliche Versicherung der Privatbeamten mit ausgiebiger Beteiligung der Versicherten an der Selbstverwaltung erschien als die gebotene Form. — Der Gedanke, die Landesversicherungsanstalten zu Trägern der Privatbeamtenversicherung zu machen, hatte zunächst etwas Verlockendes; die Schwierigkeiten aber, die sich ihm entgegenstellten, waren so groß, daß er aufgegeben werden mußte. Wir schlagen Ihnen eine besondere Reichskasse mit möglichst kleinem bürokratischem Apparat vor. Die Frage, ob unsere wirtschaftlichen Verhältnisse es und gestatten, derartige Leistungen, wie sie dies Gesetz mit sich bringt, der Produktion des deutschen Volkes aufzuerlegen, in dem Augenblick, wo die Reichsversicherungsordnung mit ihren erheblichen Mehraufwendungen in Kraft tritt, hat der Reichstag einstimmig bejaht. Und auch ich glaube, daß wir diesen Schritt tun können, da unsere wirtschaftliche Entwicklung seit Jahren nicht rückwärts, sondern vorwärts schreitet, und da erfahrungsgemäß die moralische und wirtschaftliche, die sittliche und technische Leistungsfähigkeit der erwerbstätigen Bevölkerung sich um so mehr steigert, als sie eine gesicherte und gute soziale Position hat. (Bravo!)

Die Weiterberatung wird auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Eine inzwischen eingegangene Interpellation Ullrich (fortsch. Sp.) über die Feuerung und den Futtermangel wird für Montag zurückgestellt.

Schluß 3/4 Uhr.

Zur englischen Einigungsaktion.

Genosse Sasse-London, der über die Einigungsaktion in der englischen Sozialdemokratie eine andere Auffassung hat als unser Londoner Korrespondent, ersucht uns um Aufnahme folgender Ausführungen:

Die Donnerstag-Nummer des „Vorwärts“ enthält einen Angriff seines Londoner Berichterstatters gegen einen von mir herübergehenden und in mehreren Parteiblättern erschienenen Artikel über die sogenannte sozialistische Einigungskonferenz von Manchester. Da die internationale Bewegung ein Interesse daran hat, über die wirkliche Sachlage unterrichtet zu sein, möchte ich im folgenden meinen Standpunkt rethorisch darlegen.

Hätte die S. D. P. offen und ehrlich erklärt, daß sie mit ihrer Aktion keinen anderen Zweck verfolgte, als sich mit den zerstreuten Anhängern von Grayson und Blatchford zu vereinigen, dann hätte man gegen ein so bescheidenes Unternehmen an sich wenig einzuwenden können, wenn man auch sowohl im Interesse der S. D. P. wie der Gesamtbewegung seine Bedenken dagegen haben konnte. Denn woraus es der S. D. P. gebracht, um sie vor der Ersparnis in unersetzlichem Sentimentum zu bewahren, ist nicht die Eifersucht von imperialistischen Wirtsköpfen und imperialistischen Eigenbröckeln, sondern die enge, lebendige Verbindung mit den wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeitermassen. Unter der sozialistischen Vereinigung in England versteht man und hat man stets verstanden die Vereinigung der S. D. P. mit der I. L. P. Das ist das Problem, und ein anderes gibt es nicht. Diese beiden sozialistischen Organisationen vereinigt gäben die Vereinigte Sozialistische Partei Englands. Was die zerstückelten, keineswegs zahl- oder mitgliederreichen „unabhängigen“ lokalen Organisationen tun oder lassen, spielt dabei eine ganz untergeordnete Rolle, und alle Permutationen, Kombinationen und Variationen dieser verschiedenenartigen Elemente, sei es mit der S. D. P., sei es mit der I. L. P., machen noch keine Vereinigte Sozialistische Partei.

Das Vorgehen der S. D. P. erscheint aber in einem noch viel ungünstigeren Lichte, wenn man weiß, daß sie unter dem Vorwand einer Einigungsaktion den Versuch unternahm, die I. L. P., d. i. die einzige sozialistische Partei, die bei einer Vereinigung wirklich in Betracht käme, zu sprengen. Das ist eine schwere Anschuldigung. Allein die Tatsachen reden eine deutliche Sprache. Wenn eine Partei einen ehrlichen Versuch machen will, sich mit einer Bruderpartei zu vereinigen, dann wendet sie sich einfach an den Vorstand dieser Partei und überläßt es ihm und den regulären Parteinstanzen, korporativ, als Partei, zum Vorschlag Stellung zu nehmen. So hat auch die S. D. P. bei ihren früheren Versuchen zur Herstellung der Einigkeit gehandelt. Erst als sie einsehen mußte, daß die Frage des Verhältnisses der beiden Parteien und der eventuellen neuen Partei zur Arbeiterpartei der Vereinigung mit der I. L. P. ein unüberwindliches Hindernis entgegengestellt, entschloß sie sich zu dem in der Parteigeschichte beispiellosen Schritt, alle Ortsgruppen der I. L. P. separat zur Einigungskonferenz einzuladen. Da die S. D. P. genau wußte und wissen mußte, daß die Vereinigung mit der I. L. P. als solcher jetzt ebenso hoffnungslos war wie früher, so hatte dieses Vorgehen nur den einen Zweck,

gewisse Ortsgruppen der I. L. P., die in der Frage der Arbeiterpartei dem Standpunkt der S. D. P. zuneigen, zu ihrer Partei in Gegensatz zu bringen, sie zum Ausscheiden aus der I. L. P. und zum Anschluß an die S. D. P. oder die neue „gemeinigte“ Partei zu veranlassen. Das scheint mir ein Vorgehen, das einer sozialistischen Partei unwürdig ist. Wenn die I. L. P. gegen dieses Mandat keinen Protest erhoben hat, so zeigt das ihre große Toleranz gegenüber der schwersten Provokation. Vermutlich wollte sie auch den Schein vermeiden, als zweifle sie an der Loyalität ihrer Ortsgruppen.

Wäre das Mandat der S. D. P. erfolgreich gewesen, dann wäre die sozialistische Bewegung in England schwer geschädigt worden. Wäre es ihr gelungen, der I. L. P. jene Elemente zu entreißen, die sich Tag und Nacht abmühen, die Arbeiterpartei in Klassenbewußtere Bahnen zu lenken, dann hätte sie damit die Arbeiterpartei der ungehinderten Kontrolle der Opportunisten ausgeliefert, einen Bruderkampf zwischen ohnmächtigen Sozialisten auf der einen Seite und zurückgebliebenen Arbeitermassen auf der anderen Seite entfesselt, sie hätte die politische Entwicklung des englischen Proletariats um viele Jahre zurückgeworfen. Zum Glück ist der Versuch der S. D. P. mißlungen. Von den nahezu 500 Ortsgruppen der I. L. P. haben sich ganze 41 an der „Einigungskonferenz“ vertreten lassen, und die Debatten haben den deutlichen Beweis erbracht, daß dies Elemente sind, die die I. L. P. und die Arbeiterpartei ohne Schaden für die Sache des Sozialismus entbehren können. Es sind Elemente, die, wenn, was ja gar nicht sicher ist, die „Einigung“ wirklich zustande kommt, der „neuen Partei“ sehr bald unangenehm zu schaffen machen werden, Leute, die von Sozialreform nichts wissen wollen und die parlamentarische Affäre des Proletariats in der „furchtlosen Obskuration“ erschöpfen sehen.

Noch nie hat sich den englischen Sozialisten eine so herrliche Gelegenheit geboten, die Arbeiterschaft in sozialistische Bahnen zu drängen, wie gerade jetzt. Ein neuer Geist scheint die ganze englische Arbeiterklasse ergriffen zu haben, die Indifferenz, die Saumseligkeit von Jahrzehnten wird mit einem Male abgeschüttelt, Gewerkschaften, die in sozialen Friedensillusionen aufgewachsen sind, unternehmen gewaltige revolutionäre Klassenkämpfe, die die ganze bürgerliche Gesellschaft erzittern lassen. Diese Tatkraft des sozialen Lebens drängen mit elementarem Gewalt zur Hervorkehrung auch des politischen Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Schon äußert sich die größte Spannung zwischen der

Regierung und der Arbeiterpartei in den heftigsten Angriffen von Arbeiterabgeordneten und des „Labour Leader“, in den Radikalkämpfen der Arbeiterpartei gegen Liberale, in den gereizten Reden der Minister. Das wäre für die S. D. P. der rechte Augenblick gewesen, sich, wenn auch sehr verspätet, den revolutionären sozialistischen Elementen der Arbeiterpartei anzuschließen und in lokaler Zusammenarbeit mit ihnen die Arbeiterpartei ein für allemal unter eine entschiedene sozialistische Kontrolle zu bringen. Statt dessen gibt sie sich unter dem Deckmantel von Einigungsbestrebungen mit kleinlichen Zerplitterungsversuchen ab, anstatt die Einheit des politisch organisierten Proletariats unter sozialistischer Leitung herbeizuführen, häßt und verewigt sie den Sektenscharakter der Bewegung.

Die Arbeiterpartei ist der S. D. P. nicht gut genug; sie will nicht in einer „nichtsozialistischen“ Partei „aufgehen“. Diese Aussage wird mit jeder Wiederholung nur sinnloser. Die Arbeiterpartei besteht Mann für Mann aus denselben organisierten Arbeitern, Glied für Glied aus denselben Gewerkschaften, die in den letzten Monaten die Freude und der Stolz der internationalen Arbeiterbewegung geworden sind, nur daß sie außerdem noch die sozialistischen Organisationen, die ihr beitreten wollen, unter statutarischem Ausschluß jeder bürgerlichen Organisation und jeder nichtsozialistischen politischen Arbeiterorganisation, umfaßt. Bei einer sozialistischen Partei, für die der Klassenkampf nicht eine bloße Redensart ist, die vom Marxismus mehr gelernt hat als ein paar Phrasen, die man gedankenlos herunterleiert, darf hier die Frage gar nicht aufkommen, ob sie sich einem solchen Verbandsanschlüssen soll. Sie gehört sozusagen von Geburt hinein. Hier Rhodus, hier saltus! Hier hat eine sozialdemokratische Organisation ihre Kunst zu zeigen, nicht in der begeistertsten Annahme herzerfreuender Resolutionen in reifemest angepriesenen Sonderzusammenkünften. Wer die Hoffnung aufgibt, eine Organisation wie die heutige englische Arbeiterpartei von innen heraus in sozialistische Bahnen zu leiten, der verkennt seinen eigenen Bankrott, der verzweifelt am Sozialismus selber.

Die S. D. P. hat sich wieder einmal unfähig erwiesen, von ihren besseren theoretischen Traditionen zu profitieren, sie hat die in ihr enthaltenen prächtigen sozialistischen Elemente von der lebendigen organischen Bewegung des englischen Proletariats ausgeschaltet und sich für weitere Jahre zu einer negativen, wenn nicht destruktiven Rolle in der Arbeiterbewegung verurteilt. So bleibt die Hoffnung für die Zukunft der Arbeiterbewegung, die Zukunft

des Sozialismus in England bei den vorwärtsstrebenden Elementen der I. L. P., die behindert durch mangelhafte theoretische Schulung, durch die verkehrten Seitensprünge der aufstrebenden Sozialisten und durch den verzweifeltsten Widerstand der Opportunisten in den eigenen Reihen, die Arbeiterpartei zu einer definitiven sozialistischen Partei zu machen suchen. Eine schwere Aufgabe, die die S. D. P. hätte zu einer leichten machen können. Aber sie saugen immer neue Nahrung aus dem fruchtbaren Boden der organisierten Arbeiterklasse selber, an der sie festhalten, und ihr gesunder Klasseninstinkt hilft ihnen über alle Klippen fort. Schon sind sie nahe daran, die I. L. P. und ihre parlamentarischen Vertreter zu beherrschen, und wenn das erreicht ist, dann werden sie mit unwiderstehlicher Wucht die ganze Arbeiterpartei mit sich reißen.

Marktpreise von Berlin am 18. Oktober 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Marktpreise (Kleinhandel), 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Speiseobstweizen, 35,00—50,00. Weizen 40,00—80,00. Kartoffeln 7,00—14,00. 1 Kilogramm Mischfleisch, von der Seele 1,00—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,00. Butter 2,40—3,40. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Rote 1,20—2,80. Zander 1,40—3,00. Hechte 1,20 bis 2,20. Barsch 0,80—2,00. Saftig 1,40—3,00. Heil 0,80—1,60. 60 Stück Kresse 2,40—3,00.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	18.10.	17.10.		18.10.	17.10.
Remel, Mühl	73	+1	Saale, Großh.	40	-2
Regel, Jüterburg	-50	-4	Saale, Spandau ¹⁾	12	-2
Reichel, Thon	2	-4	Kathen ¹⁾	-3	-3
Oder, Ratibor	94	0	Spreew., Ebersberg ¹⁾	85	0
„ „ „ „	29	-1	„ „ „ „	85	0
„ „ „ „	44	-1	„ „ „ „	71	-6
„ „ „ „	-33	+1	„ „ „ „	140	-3
„ „ „ „	-55	+1	„ „ „ „	380	-16
„ „ „ „	-37	-1	„ „ „ „	164	-6
„ „ „ „	-70	+6	„ „ „ „	134	-7
„ „ „ „	-190	-5	„ „ „ „	20	-1
„ „ „ „	18	-2	„ „ „ „	82	-2
„ „ „ „	27	-1	„ „ „ „	10	+1

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall, -¹⁾ Unterpegel.

Unsere Leistungsfähigkeit ist sprichwörtlich!

Zum Herbst bieten wir wieder Hervorragendes!



**MARKE
CONDOR**



**CONDOR
PATENT**

Besonders preiswert:

FUR DAMEN

- Feine Chromleder-Schnürstiefel Lackkappen, moderne breite Form..... 650
- Boxcalf.-Schnür-u.Knopfstiefel unerreicht in Qualität und Preiswürdigkeit.... 790
- Feine Boxcalf- oder Chevreau-Schnürstiefel Derbyschnitt, Lackkappe, elegante Modelform 1050
- Unser „Orig. Goodyear-Welt“-Fabrikat in Boxcalf, Lack oder Chevreau, mit modernen Wildledereinsätzen 1250

FUR HERREN

- Schnürstiefel, Chromleder mit Lackkappen elegante Form, extra preiswert..... 750
- Schnürstiefel, echt Boxcalf, modern breit, oder fein Chevreau, Lackt., eleg. schlanke Form 1050
- Zugstiefel, vorschiffamessiger Millitärstiefel Boxleder 750 Boxcalf 1080 f. Chevreau 1250
- Unser „Orig. Goodyear-Welt“-Fabrikat in Boxcalf, Chevreau, Lack, feinste Ausstattung..... 1650, 1450 1250

Für empfindliche Füße:

- Damen - Chromleder - Schnallenstiefel, breite bequeme Form..... 600
- in Damen - Boxcalf - Schnürstiefel mit echtem Lammfellfutter 1250
- Herren - Boxleder - Schnallenstiefel, Doppelsohlen, warm gefüttert 1090
- Herren - Boxcalf - Schnallenstiefel, Doppelsohlen, echt Lammfellfutter..... 1550

Unsere Spezialität:

- CONDOR-PATENT**
Herren-Schnürstiefel, ohne zu schnüren der bequemste, dabei eleganteste Herrenstiefel
1650 1450 1250 1150

- Mädchen - Schnürstiefel fein Chromleder mit Lackkappen, Derbyschnitt, modern, breit
Größe 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38
425 475 525 575 625 725

- Knaben - Schnürstiefel, solides Boxleder moderne, bequeme Form
Größe 36-37 630 Größe 38-39 660 Größe 40 690

Besichtigen Sie unsere sehenswerte Ausstellung von Kamelhaarschuhen!
NEU! Echte Kamelhaarschuhe nach Professor Dr. Jäger NEU!

CONRAD TACK & Cie

Schuhfabrik

- 130 Verkaufsstellen!
Davon in Berlin u. Umgegend:
C. Spittelmarkt 15
C. Rosenthaler Strasse 14
W. Potsdamer Strasse 50
W. Schillstrasse 19
NW. Turmstrasse 41
NW. Wilhelmstrasse 22
NW. Beusselstrasse 29
N. Friedrichstrasse 127
N. Mühlentorstrasse 3
N. Reinkendorfer Str. 23

- N. Brunnstrasse nur 37
N. Danziger Strasse 1
O. Androsstrasse 50
O. Frankfurter Allee 125
SO. Oranienstrasse 22
SO. Oranienstrasse 2a
SO. Wrangelstrasse 43
SW. Friedrichstr. 240-242
Charlottenburg: nur Wilhelmstrasse 57, 125-123
Rixdorf: Burgstrasse 30-31
Potsdam: Brandenburger Strasse 54

BURG
b. Magdeburg

**Neueste
Herbstpreisliste
gratis und frei.**

**Neueste
Herbstpreisliste
gratis und frei.**

Stadtverordneten-Versammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michaelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Das Andenken des verstorbenen Stadtd. Kemp (A. L.) wird die Versammlung in der üblichen Weise.

Städtische Nachrichtenamt

erforderlichen etatsmäßigen Stellen — 1 Magistratssekretär, 1 Maschinenschreiberin, 1 Diener — ist am 8. Juni einem Ausschuss überwiesen worden, der die Annahme des Magistratsantrages mit der Maßgabe empfohlen hat, daß in dem Amt auch eine journalistisch befähigte Persönlichkeit beschäftigt werden soll.

Ueber die Petition der Pförtner, Kassendiener und Zeichendiener bei den städtischen Ferienanstalten und bei der Anstalt für Epileptische Subjungen um Festsetzung einer anderen Lohnordnung berichtet Stadtd. Bruns (Soz.). Der Petitionsausschuss empfiehlt einstimmig, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Ohne Diskussion wird demgemäß beschloffen.

In der Ausschussberatung sind die Vorentwürfe zum Neubau von Gemeindepflichtschulen

in der Malplaquet-, Schönfließer und Finnländischen Straße sowie einer einfachen Gemeindepflichtschule in der Gothenburger Straße, ferner die speziellen Entwürfe für den Neubau von Gemeindepflichtschulen in der Ofener-, Dunder- und Lütticher Straße genehmigt und die Anschlagüberschreitungen bei 11 städtischen Bauten (Friedrichsdenkmal, Gymnasium in der Bohumer Straße, 6 Gemeindepflichtschulen, Volksbadeanstalt Gerichtsstraße, Torgebäude des Zentralfriedhofs in Friedrichstraße, Postgebäude in Buch, Untersuchungsamt an der Fischerbrücke) mit zusammen rund 200 000 M. zur nachträglichen Genehmigung empfohlen worden.

Sämtliche Entwürfe werden gutgeheißen und die Anschlagüberschreitungen nachträglich genehmigt.

Am 8. Oktober hat die sozialdemokratische Fraktion den folgenden Antrag Dr. Krons eingebracht:

Die Versammlung beschließt, durch einen Ausschuss von 10 Mitgliedern Maßregeln erwägen zu lassen, um den Mißständen abzuhelfen, die sich bei der bisher üblichen Ferienfestsetzung bemerkbar machen.

Stadtd. Dr. Krons: Alljährlich, wenn wir aus den Ferien zurückkommen, bekommen wir eine Reihe von Vorlagen, die die nachträgliche Genehmigung der Versammlung erbitten. Das ist auch in diesem Jahre der Fall gewesen. Es hat sich dabei nicht bloß um Annahme von Verordnungen gehandelt, die uns ja nur sehr angenehm sein können; es ist diesmal z. B. auch die Vergütung von 4000 M. für die Instandsetzung eines Försterhauses in der Wühlbeide uns erst nachträglich zur Genehmigung unterbreitet worden. Es kann sich aber auch um ernste Dinge handeln: beim ersten

Schießerlaß des Herrn von Jagow

waren wir gerade im Begriff, auseinanderzugehen, beim zweiten waren wir überhaupt nicht da. Ueber die Wichtigkeit dieser Erlasse kann man ja schließlich verschiedener Meinung sein; aber ich rechne auf die ungeteilte Zustimmung sämtlicher Kollegen, wenn ich daran erinnere, daß der Magistrat sich im vorigen Jahre dem Kriegsminister gegenüber betriebs der Verhandlungen über den Verkauf des Tempelhofer Feldes wiederholt direkt auf die Ferien bezog und darauf, daß deswegen die Verhandlungen zurzeit nicht weiter gefördert werden könnten. Das Kriegsministerium bekam dadurch die höchst bedenkliche Möglichkeit, zu sagen: mit einer Körperschaft, die uns aus beratigen Gründen im Stich läßt, konnten wir zu einem gedeihlichen Abschluß nicht gelangen. Nach unserer Geschäftsordnung sind Sitzungen innerhalb der Ferien durchaus zulässig und möglich; Tatsache aber ist, daß der Magistrat davon auch bei einer so wichtigen Sache keinen Gebrauch gemacht hat. Unter diesen Umständen haben wir Ausschussberatung zur Prüfung der Sache vorgeschlagen. Man könnte ja von den Ferien ganz absehen und Anfang Juli durch den Vorsitz erklären lassen, daß vorwiegend in den beiden nächsten Monaten keine Sitzungen stattfinden oder nur Gegenstände von besonderer Bedeutung verhandelt werden würden. Die Ferien abschaffen, hat an sich kein Bedenken, da heute Ferienreisen zu jeder Jahreszeit vorgenommen werden; aber da man zu einem solchen Beschluß heute nicht kommen wird, ist Ausschussberatung vorgeschlagen.

Stadtd. Cassel (A. L.) ist mit letzterem Antrage einverstanden, spricht sich aber gegen die Abschaffung der Ferien aus. Dagegen werde zu erwägen sein, ob nicht die Bestimmung der Geschäftsordnung, daß schon der Widerspruch von 10 Mitgliedern gegen die Abhaltung einer Feriensitzung genügt, zu ändern sein werde.

Stadtd. Mommsen (Fr. Fr.) hat nichts gegen Ausschussberatung, hält aber die Nachteile einer Veränderung oder Aufhebung der Ferien für schwerwiegender als die Vorteile.

Vorsitzer Michaelis: Die Möglichkeit einer außerordentlichen Sitzung in den Ferien hat immer bestanden.

Antragsteller Dr. Krons: Ich habe ja selbst auf diese Möglichkeit hingewiesen; aber gerade der Vorfall mit dem Tempelhofer Feld gibt mir zu meinem Antrage Veranlassung. Es ist gleichgültig, ob das Kriegsministerium nur Scheinmandate gegen uns gemacht hat oder nicht, wir dürfen diesem Kontrahenten auch nicht den Schein der Berechtigung zu seiner Behauptung geben. Die Einsetzung eines Ausschusses von 10 Mitgliedern wird beschloffen.

Mit dem Ausschuss der Berliner Turngauve E. M. soll ein Vertrag abgeschlossen werden, wonach das dem Ausschuss gehörige Spielgelände im Grünwald bei Schlags auf 10 Jahre gegen eine jährliche Entschädigung von 1500 M. für die Schulschüler von April bis September wochentags bis 7 Uhr abends zur Verfügung gestellt wird.

Die Versammlung stimmt dem Vertragsabschluss zu. Die Bestimmungen über den

Unterricht in den Berliner Hilfsschulen

sollen in einigen Punkten auf Verlangen des Unterrichtsministers abgeändert werden. Der Satz in § 1, daß die Hilfsschulen für Kinder aller Religionsgemeinschaften bestimmt sind, hat das besondere Mißfallen des Ministers erregt, der entgegen der Magistratsauffassung die Berliner Gemeindepflichtschulen für durchweg konfessionell erklärt.

Nach den Beschlüssen aus dem Dezember 1910 sollte die Pflichtstundenzahl der Lehrer an den Hilfsschulen derjenigen der Volksschullehrer gleichsetzen; ein Antrag, sie für die Hilfsschullehrer um höchstens zwei zu verringern, war abgelehnt worden. Der Minister verlangt jetzt diese Ermäßigung; der Magistrat will sie nunmehr zugestehen. Dagegen lehnt er nach wie vor ab, die Funktionszulagen während der Probezeit dem Hilfsschullehrer zu zahlen, wenn dieser den Volksschulunterricht zu erteilen verhindert ist.

Stadtd. Dr. Rosenfeld (Soz.): Wir wollen die und hier gebotene Gelegenheit benutzen, Fehler in der Vorlage zu beseitigen, deren Beseitigung und in der ersten Beratung nicht gelungen ist. In unseren Beschlüssen zu § 1 will der Kultusminister den Vertum

vermiehen sehen, als ob die Berliner Gemeindepflichtschulen etwa simultan seien. Er möchte am liebsten auch die schwach begabten Kinder in konfessionelle Schulen bringen, und dagegen müssen wir uns wenden. Man sagt sich in pädagogischen Kreisen allgemein, daß die Hervorhebung des konfessionellen Charakters der Schulen bei den Schwachbegabten ganz besonders schädlich angebracht ist. Bemerkenswert ist in der Erklärung des Unterrichtsministers, daß die Berliner Volksschulen konfessionellen Charakter haben; er spricht damit etwas aus, was wir immer beauptet, die Liberalen aber immer bestritten haben. Wir haben in Preußen überhaupt nur noch 2 oder 3 Proz. Simultanschulen. Der Magistrat scheint ja selbst an dem simultanen Charakter zu zweifeln. Weiter stellt der Unterrichtsminister zu den Bestimmungen über die Lehrkräfte zwei Forderungen auf, die wir schon bei der früheren Gelegenheit erhoben haben; wir befinden uns also hier in der besten Gesellschaft. Nach unseren früheren Beschlüssen sollen die Lehrer dieselbe Pflichtstundenzahl haben wie die Gemeindepflichtlehrer; wir haben uns damals dagegen gewehrt und erreichten auch im Ausschuss unser Ziel, aber im Plenum kam es noch einer zweifelhaften Abstimmung, wobei wir vergeblich die Wiederholung verlangten, zur Ablehnung. Jetzt kommt uns hier der Kultusminister zu Hilfe.

Die Tätigkeit dieser Lehrer ist schon an sich eine andere als die der Gemeindepflichtlehrer; andererseits aber haben viele dieser Herren wohlverdienene Rechte, die ihnen genommen werden würden, wenn der damalige Beschluß in Kraft treten sollte. Das Amt des Lehrers an den Hilfsschulen ist anstrengend und ausreibend, weit mehr als der Unterricht an den Normalschulen; er ist auch nicht mit dem Stufenplan des Unterrichts selbst zu Ende, denn diese Lehrer sollen auch in den Kinderhorten mithelfen. Bedauerlich ist es, daß es erst des Unterrichtsministers bedurfte, um den Magistrat von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen. In dem anderen Punkte, in der

Entziehung der Amtszulage der Lehrer

für den Fall ihrer Behinderung will der Magistrat nicht nachgeben. Wir stimmen auch hier durchaus mit dem Unterrichtsminister überein. Es ist doch nicht gerechtfertigt, daß diesen Lehrern innerhalb der Probezeit die Funktionszulage etwa im Falle einer Krankheit entzogen wird; das ist eine durchaus unbillige Härte.

Mit der Annahme beider Anträge sind aber natürlich noch keineswegs alle berechtigten Wünsche erfüllt. So sind bezüglich der Pensionabilität der Zulage andere Kommunen viel weiter gegangen; von 171 preussischen Orten, die solche Schulen haben, haben 94 diese Pensionberechtigung anerkannt.

Stadtschulrat Dr. Hilker: Bis 1875 galten unsere Gemeindepflichtschulen als konfessionelle. Später wurden auf Veranbarung des Stadtschulrats Verträge in dieser Beziehung von der Schulaufsichtsbehörde abgeschlossen gemacht und ein Teil der Schulen als Simultanschulen anerkannt; 1895 wurden diese Zustände durch gewisse Umstände zurückgezogen. Die Frage ist niemals zum Austrag gebracht worden. Man könnte ja selbst in einem Verwaltungsstreitverfahren auf Grund des Schulunterhaltungs-gesetzes die Sache klären, aber der Ausgang ist zweifelhaft und wir befinden uns bei den gegenwärtigen Verhältnissen immerhin wohl. Der Minister will ja auch seinerseits die Frage nicht zum Austrag bringen. Im Punkte der besonderen Belastung der Lehrer sind die Meinungen in der Schulverwaltung sehr geteilt; der Magistrat hat aber geglaubt, entgegenkommen zu sollen. In der Remunerationfrage glaubt er aber den Wunsch des Ministers abzulehnen zu müssen.

Stadtd. Dr. Anauer (A. L.) bedauert die Stellungnahme des Ministers zu § 1, die sich ungewissheit auf ultramontane Einflüsse zurückführen.

Überbürgermeister Ritscher bleibt dabei, daß die Belastung der Hilfsschullehrer nicht größer sei als die der Normalschullehrer. Die Hilfsschulen seien doch schwächer besetzt. Diese Lehrer erhielten ja für ihre Leistung ohnehin die Zulage von 300 M. Wenn sie verhindert seien, die Leistung zu prästieren, könnten sie in diesem Fall während der Probezeit doch nicht die Zulage beziehen, da man doch den Vertreter bezahlen müsse.

Stadtd. Dr. Rosenfeld: Der Stadtschulrat hat lediglich bestätigt, daß zurzeit in Berlin keine Simultanschule besteht. Die Liberalen aber behaupten nach wie vor, daß wir in Berlin die Simultanschule hätten, und nur das habe ich bestritten. An die Hilfsschullehrer wird tatsächlich die Anforderung gestellt, sich auch außerhalb des Unterrichts um diese Kinder zu kümmern; siehe § 6, Ziffer 3. Damit rechtfertigt sich unser Antrag. Wenn der Wegfall der Funktionen den Wegfall der Funktionszulagen notwendig zur Folge haben sollen, muß auch der Gehalt fortfallen, wenn der Beamte keinen Dienst tut. (Lebhafte Widerspruch.)

Stadtd. Dr. Anauer sieht in der Konfessionalitätsfrage einen baldigen Konflikt zwischen Berlin und dem Kultusministerium voraus.

Dem Magistrat springt dann unter Polemik gegen seinen Fraktionsgenossen der Stadtd. Cassel bei.

Damit schließt die Beratung. Nach einer nochmaligen Auseinandersetzung zwischen Dr. Ritter und Dr. Rosenfeld legt Stadtd. Cassel dagegen Verwahrung ein, daß diese beiden Redner das Wort nach Schluß der Debatte als Antragsteller erhalten hätten, was nach der Geschäftsordnung nur bei selbständigen Anträgen zulässig sei.

In der sich entwickelnden Geschäftsordnungsdebatte stellen sich Stadtd. Rosenow (A. L.) und Bruns auf die Seite Cassels, während der Vorsitz und Stadtd. Körte (Fr. Fr.) entgegengelegter Meinung sind.

Die Vorlage wird angenommen. Schluß 10 Uhr.

Eine Notstands-Aktion der Victoria zu Berlin.

Die Victoria zu Berlin macht wieder einmal in Beamtenfürsorge oder, wie sie es nennt, Wohlfahrtsvereinigungen für ihre Beamten. Die Lebensmittellieferung hatte in einigen der Direktion ergebenden Angestellten die angenehme Hoffnung erweckt, sich auf billige Weise eine gewisse Popularität unter den Beamten zu verschaffen, indem sie die Direktion — natürlich unter Wahrung alleruntertänigster Formen — zur Gewährung einer Teuerungszulage zu veranlassen suchten. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation ist ja so traurig, daß selbst diese treuegebenen Seelen einen Erfolg ihrer Aktion für ungewissheit hielten, besonders da die Victoria eine der wenigen deutschen Großinstitute ist, das bei der seit Jahren anhaltenden Steigerung sämtlicher Lebensbedürfnisse noch keine Teuerungszulage gewährt hat. Über Seine Majestät von Kapitals Gnaden beliebt auch jetzt noch, hartleibig zu sein. Solche Teuerungszulagen führten, — so meinte der Herr Generaldirektor — nur zu einer Steigerung der Ansprüche, auf welche die Angestellten auch nach Beilegung der Teuerung nicht wieder verzichten würden. Statt dessen erbot er sich in außerordentlich hochherziger Weise, den Angestellten den Bezug von Naturalien zu erleichtern. Und so geschah's. Folgende drei Verfügungen erblinden das Licht der Welt:

Generalverfügungen.

I. Wie im Vorjahre, so können auch in diesem Jahre Kartoffeln durch unsere Konsumvereinigungen bezogen werden. Der Preis stellt sich auf 4,15 M. für den Zentner frei Haus. Bestellungen, die nicht unter 1 1/2 Zentner betragen dürfen, sind auf den bekannten gelben Bestellzetteln durch die Listenführer einzureichen.

Aus besonderem Entgegenkommen wollen wir für diejenigen verheirateten Beamten, welche ein Gehalt bis zu 3000 M. beziehen, einen Teil der Kosten selbst übernehmen; über den Umfang, in welchem wir das in jedem einzelnen Falle tun wollen, behalten wir uns, nach Eingang der Bestellungen, die Entscheidung vor.

Wir erwarten aber als ganz selbstverständlich, daß mit der von uns gebotenen Vergünstigung keinerlei Mißbrauch getrieben wird; insbesondere warnen wir dringend vor dem Weiterverkauf dieser wie jeder anderen durch uns bezogenen Ware; denn wir müssen im allgemeinen Geschäftsinteresse gerade als Versicherungsgesellschaft unbedingt dafür sorgen, daß durch unsere Beamten den Kleinhändlern nicht Konkurrenz gemacht wird. Wir würden in jedem und zu Kenntnis kommenden Falle unbedingt die Enklaffung des Schuldigen aussprechen müssen.

Berlin, den 23. September 1911.

Victoria zu Berlin. gez. O. Gerstenberg.

II. Im Anschluß an die Generalverfügung vom 23. September 1911 betr. Kartoffelbestellung wird bekannt gegeben, daß die Bestellungen bis Montag, den 2. Oktober cr., eingereicht werden müssen. Geliefert werden folgende Winterkartoffelsorten: Rote Daber und Magnum bonum.

Die Bezahlung kann in vier Raten stattfinden, die vom Gehalt in Abzug gebracht werden. Berlin, den 29. September 1911.

Victoria zu Berlin. gez. Gerstenberg.

III. Hiermit geben wir bekannt, daß wir denjenigen verheirateten Beamten, die einschließlich Wohnungsgeldzuschuß ein Gehalt bis zu 3000 M. beziehen und sich nicht im Abhängigkeitsverhältnis befinden, die von ihnen bestellten Kartoffeln unentgeltlich liefern werden. Dasselbe gilt für die unverheirateten Beamten, welche mit Eltern und Geschwistern einen gemeinsamen Haushalt führen und zu dessen Unterhalt in der Hauptsache durch ihr Gehalt beitragen. Berlin, den 9. Oktober 1911.

Victoria zu Berlin. gez. O. Gerstenberg.

Zur Erläuterung sei gesagt, daß bekanntlich der Preis von 4,15 M. pro Zentner Kartoffeln selbst für die Zeit hoher Kartoffelpreise kein allzu billiger war. Daher konnte dieser Preis keinen Angestellten verführen, Kartoffeln aus dieser Quelle zu bestellen, wenn er nicht gerade auf unentgeltliche Lieferung rechnen konnte. Es liefen auch nur sehr wenig Bestellungen ein: bei 3000 Beamten nur 2000 Zentner. In diesen geringen Bestellungen sah Herr Direktor Gerstenberg einen Mangel an Vertrauen zur hohen Direktion und verfügte, daß die artigen Kinder, die schon bestellt hatten, die Kartoffeln jetzt sogar umsonst haben sollten. Die anderen Angestellten wurden dadurch bestraft, daß nun Bestellungen nicht mehr entgegengenommen wurden.

Das war die Notstandsaktion der Victoria.

Nun eine Frage an die Angestellten: Soll die Spekulation der Direktion auf die mangelnde Einsicht ihrer Angestellten wirklich Erfolg haben? Wollen sich die Angestellten wirklich mit einem Linien — pardon — „Kartoffelgericht“ abpeifen lassen, während andere Versicherungsgesellschaften längst Teuerungszulagen gewährt haben? Wir hoffen, daß ihre Antwort ein lautes und klares „Nein!“ sein wird. Sie müssen diese Art Wohlfahrtsvereinigungen als ungeeignet einstimmig ablehnen. Die patriarchalischen Zeiten bei der Victoria sind vorbei. Heute finden selbst die wohlgekleideten Beamten, wenn sie mit Wünschen für die gesamte Kollegenchaft an die Direktion herantreten, kein Gehör mehr. Wer bestellt, darf sich über das Almosen nicht beklagen. Die Angestellten mögen endlich fordern lernen.

Darum hinein in die Gewerkschaft: den Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Während wir dies geschrieben haben, ist uns eine neue Verfügung auf den Tisch geflogen, die das Kartoffelgeschick recht wirkungsvoll ergänzt.

Die neueste soziale Tat wird folgendermaßen verkündet:

Jedem nicht gekündigten, verheirateten Beamten, der einschließlich Wohnungsgeldzuschuß ein Gehalt bis zu 3000 M. bezieht, liefern wir auf Wunsch im Monat Oktober cr. 1 Pfund Kaffee und 2 Pfund Zucker, und in den Monaten November und Dezember cr. je 2 Pfund Kaffee und 4 Pfund Zucker unentgeltlich, jedoch nur für den eigenen Bedarf. Berlin, den 18. Oktober 1911.

Victoria zu Berlin. gez. Gerstenberg.

Wir raten der Direktion, auf dem nun einmal so erfolgreich beschrittenen Wege fortzufahren und den Angestellten das Gehalt nur noch in Naturalien, vielleicht auch in Suppenmarken, Stiefelwische, Limonaden usw. zu verabsorgen. Freilich darf dabei auch nicht übersehen werden, für die notwendige Schlaglosigkeit zu sorgen. Es eröffnen sich ungeahnte Perspektiven nach dieser Richtung hin.

Wir hoffen aber, daß die Angestellten diese eigenartigen Maßnahmen der Direktion als das erkennen, was sie sind: eine Verhöhnung ihrer Menschenwürde.

Von dem Arbeitswilligen-Häuptling Hintze.

Zur Zeit der Moskiter Unruhen teilte der Zigarrenhändler Strebnj als Redner in einer Versammlung der Demokratischen Vereinigung in Berlin Anfang Oktober 1910 mit, er habe der Polizei Mitteilung gemacht, wo sich der wegen Entziehung der Militärpflicht verfolgte Hing aufhalte. Der Polizeiwachmeister, dem diese Anzeige gemacht wurde, habe den Hing, auf dem er so notierte, gerissen, als er hörte, daß es sich um den berüchtigten Arbeitswilligenhäuptling von Moabit handelte. Diese Mitteilung wiederholte der Genosse Weber aus Königsberg in einem Referat, das er am 6. November 1910 in Danzig über: „Die Mutmaßungen in Moabit“ hielt. Außer wegen einiger anderer Stellen dieser Rede stellte der Berliner Polizeipräsident gegen Weber auch Strafanklage wegen Verleumdung des Polizeibeamten durch die angeführte Stelle. Durch sie sollte dem Polizeiwachmeister Ränig der Vorwurf schwerster Pflichtvernachlässigung zugunsten des Hing gemacht sein.

Die Anklage kam am Dienstag vor der Danziger Strafkammer zur Verhandlung.

Der Wachmeister Ränig erklärte als Zeuge, auf alle Einzelheiten des Besuches, bei dem Strebnj an einem Sonntag im September ihm über Hing Mitteilungen machte, könne er sich nicht mehr genau erinnern. Strebnj habe einen Mann namens Hing teilnehmen lassen wollen. Dessen Wohnung gab er aber nicht an, sondern sagte: „Die wissen Sie besser als ich, der wird doch gesucht.“ R. will erwidert haben, daß er das nicht wisse. Er habe sich aber einige Notizen gemacht, um die Sache im Auge zu behalten. Strebnj habe eine Adresse angegeben, die der Beamte später als nicht richtig festgestellt hat. Strebnj habe gemeint, der Hing solle sich in Moabit aufhalten. R. will ihm darauf erwidert

Haben, wenn er keine bestimmten Angaben machen könne, solle er sich an das zuständige Revier wenden. Beim Hinabgehen sagte er dann: „Das ist ein Streifbrevier, er ist bei Kupfer u. Co.“ Künnig fährt dann fort: „Hinsie hat sich nicht der Militärpflicht entzogen, wie ich später feststellte. Es lag kein Grund vor, ihn zu verhaften. Er ist übrigens, wie ich feststellte, mit Strebnung sehr eng befreundet. Nach etwa acht Tagen verhandelte ich mit Hinsie in meinem Bureau wegen einer Militärstrafe. Da sagte er mir, daß er sich lange bei Strebnung aufhielt. — Ein Richter fragte den Zeugen, ob Hinsie der Polizei Dienste geleistet hat? — Künnig: Darüber kann ich nichts sagen! Ich habe festgestellt, daß Hinsie tatsächlich in unserem Revier gewohnt hat und sich ordnungsgemäß zur Stammrolle meldete. Der Bestimmungsbefehl sollte ihm wohl nicht ordnungsgemäß zugestellt sein. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge noch: Den Zettel mit den Notizen habe er zusammengeknüllt und in den Papierkorb geworfen. Das tat er deshalb, weil er bei Kupfer keine Amtshandlungen vornehmen durfte. Hätte er bestimmte Angaben gehabt, so hätte er die Sache an das zuständige Revier weiter gegeben. — Rechtsanwalt Haase richtet an Künnig die Anfrage, wie er festgestellt habe, daß dem Hinsie der Bestimmungsbefehl nicht richtig zugestellt wurde. — Künnig: Darüber verweigere ich die Aussage. — Rechtsanwalt Haase: Woher wissen Sie dann, daß er, als Strebnung bei Ihnen war, nicht von der Militärbehörde verfolgt wurde. — Künnig: Darüber kann die Militärbehörde ausfragen, ich weiß darüber nichts.“

Zeuge Zigarettenhändler Strebnung: Hinsie ist mir vor mehreren Jahren bekannt geworden. Er war mir Geld schuldig und ging dann längere Zeit aus Berlin fort. Aus den Zeitungen las ich, daß er sich mit der Vermittlung von Arbeitswilligen beschäftigte. Er kam dann auch in mein Geschäft und rühmte sich, daß die Militärbehörde und die Polizei ihn suchten. Die Polizei könne ihm jetzt aber doch nichts anhaben. Etwas später traf ich H. auf der Straße und ersuchte ihn um mein Geld. Er antwortete mir mit der berühmten Antwort Götz von Berlichingen. Am nächsten Sonntag, am 2. Oktober, ging ich auf das Polizeibureau und fragte den Beamten, ob ein gewisser Friedrich Hinsie wegen Verletzung der Militärpflicht gesucht würde. Die Wohnung konnte ich nicht angeben. Wohl aber sagte ich, daß er bei seinem Stiefvater in der Auguststraße gemeldet gewesen sei. Auf meine Frage, ob ich Bescheid erhalte, verneinte der Beamte und erklärte: Sie haben ja gesagt, wo er wohnt. Ich erwiderte, das sei nicht der Fall. Ich habe nur gesagt, wo Hinsie gemeldet war. Dann fuhr ich fort: Sünden tun Sie ihn auf dem Kohlenhof bei Kupfer u. Co. in Ruabit. Darauf gerief der Beamte den Zettel, auf dem er meine Angaben notiert hatte und warf ihn in den Papierkorb. Mich ärgerte dieses Verhalten. Sonst wird doch Wert darauf gelegt, daß der Bürger die Polizei unterstützt. Deshalb brachte ich den Vorfall in der demokratischen Versammlung zur Sprache. Meine Angaben gingen wörtlich in die Berliner Presse über. Der Zeuge bekennt sich entschieden, ein Freund Hinsies zu sein. Den Wortlaut seiner Unterhaltung auf der Polizei hat er noch am Nachmittag des gleichen Tages notiert. Die Notizen überreicht er dem Gericht, das sie verlesen ließ. Zeuge beruft sich für die Wahrheit seiner Angaben darauf, daß das Berliner Polizeipräsidium gegen ihn trotz ihrer großen Verbreitung durch die Presse nicht vorgegangen ist.

Der Staatsanwaltschaftsrat Rubide fand trotz dieses Beweisergebnisses in der Wiedergabe der Mitteilung über den Vorgang im Polizeibureau eine so schwere Verletzung des Beamtenrechts, daß er dafür allein zwei Wochen Gefängnis forderte. Weber sollte ferner Berliner Polizeibeamte als verurteilte Elemente bezeichnet und gesagt haben, daß schon Weineide von Beamten geschworen seien. Deshalb verlangte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis oder 300 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis.

Belanntlich hatte das Leipziger Gericht wegen Unauffindbarkeit desselben Hinsie, dessen Aufenthalt im Streifbrevierlager von Kupfer u. Co. von Strebnung der Polizei gemeldet war, und der nach Aussage des Wachmeisters auf der Polizei eine Unterredung hatte, einen Steckbrief gegen Hinsie erlassen.

Aus Industrie und Handel.

Zum Handelsvertrag mit Japan.

In der Volksbelastung der Lebensmittel und der sonstigen notwendigen Bedürfnisse des Arbeiters haben die bürgerlichen Parteien niemals Grenzen gekannt und daß man sich nicht scheut, alle Steuerlasten den drei Millionen des Volkes aufzubürden, hat der schwarze blaue Mod durch die Reichsfinanzreform wieder bewiesen. Wenn es sich aber nun schon einmal um einen Zoll handelt, der allein von den Reichern zu tragen ist, da sind die Herren vorsichtiger. Da in dem deutsch-japanischen Handelsvertrage, der demnächst den Reichstag beschäftigen wird, der Zoll auf japanische Seidengewebe (sogenannte Fongos oder Habutais) eine große Rolle spielt, haben wir einmal auf Grund der amtlichen Wertangaben berechnet, wie hoch die Zollbelastung der einzelnen Textilprodukte ist; da zeigt sich denn folgendes:

Baumwollgewebe	16—26 Proz.
Wollene Gewebe	14—18 „
Leinene Gewebe	15—16 „
Halbleinene Gewebe	11,7 „
Ganzleinene Gewebe	9,1 „
Japanische seidene Gewebe	6,2 „

Also gerade die Baumwollgewebe, die die Volksmassen für ihre Bekleidung brauchen, sind am allerhöchsten belastet, während der Luxusartikel Seide mit viel geringeren Zöllen wegfommt und die japanischen Gewebe nur mit 300 M. per 100 Kilo d. h. 0,2 Proz. vom Wert belastet sind. Es handelt sich hier übrigens um Waren, die zu Schandbühnen hergestellt werden. Nach den amtlichen japanischen Mitteilungen betrug im Jahre 1908 der durchschnittliche Tageslohn eines Webers 0,44 Yen = 0,89 Mark, einer Weberin, die hauptsächlich in Frage kommt, sogar nur 0,24 Yen = 0,49 Mark! bei einer Arbeitszeit von 14 Stunden ohne Pausen, so daß ein Stundenlohn von sage und schreie 0,4 und 3,5 Pfennigen herauskommt!

Soziales.

Der Krankenkassenschwindel vor dem Reichsgericht.

Der Rechtsstreit der Ortskrankenkasse Koblenz mit ihrem Mandanten Werker beschäftigte gestern das Reichsgericht. W. soll im Jahre 1904 bei den Vorstandswahlen Wahlagitatorien betrieben haben. Im Januar 1905 wurde von dem Vorstand der Ortskrankenkasse beschlossen, daß Dienstentlassung stattfinden könnte, wenn ein Angestellter bei den Mitgliederversammlungen betriebe und wenn dies gerichtlich festgestellt sei. Auf Grund dieser Bestimmung war W. durch Mitteilung eines Beschlusses am 28. April 1908 entlassen worden. Die Aufsichtsbehörde hob diesen Beschl. auf. Alsdann hat die Ortskrankenkasse Koblenz Klage auf Aufhebung des Beschlusses der Aufsichtsbehörde erhoben. Das Landgericht Koblenz wies die Klage ab, weil überhaupt nicht gerichtlich festgestellt worden sei, daß W. Wahlagitatorien betrieben habe. Das Ober-

landesgericht Köln erkannte gleichfalls auf Abweisung der Ortskrankenkasse. Das Gericht hat verneint, daß die von W. vorgenommenen Handlungen einer Agitation gleichkämen. — Die von der Ortskrankenkasse gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Köln eingeleitete Revision hatte keinen Erfolg. Der III. Zivilsenat des Reichsgerichts hat die Revision zurückgewiesen. (Mitteilungen: III. 528/10.)

Unberechtigter Entlassung aus einer Kochschule.

Die Witwe Luise Wehrendt unterhält in der Lindenstr. 102 eine Koch- und Haushaltungsschule, worin Damen jeden Alters für ein Lehrgeld von 100 M. in zwei bis drei Monaten in der Kunst des Kochens unterwiesen werden. Die Schülerinnen haben neben dem Lehrgeld die Pension (Wohnung und Verpflegung) mit 2 M. pro Tag zu bezahlen. Eine Schülerin K. klagte nun gestern gegen die Inhaberin dieses Instituts vor dem Gewerbegericht. Sie war am 1. August zur Erkennung der feinen Küche zu der Beklagten gekommen. Der Lehrcursus sollte zwei Monate, also bis zum 30. September, währen. Doch am 16. September wurde der Lehrcursus dadurch plötzlich beendet, daß Besagte die Klägerin und noch eine andere der Damen entließ. Die Klägerin forderte deshalb von der bereits gezahlten Pension für die letzten 14 Tage ihrer Lehrzeit, die sie nicht absolvieren durfte, den entsprechenden Betrag mit 28 M. sowie die Hälfte des Lehrgeldes (50 M.) zurück. Im gestrigen Termin begründete der Vertreter der Beklagten die vorzeitige Lösung damit, daß gegen letztere eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft mit der Behauptung erstattet worden sei, daß verdorbenes Fleisch und andere Waren verarbeitet und verkauft worden seien. In dem Verfahren wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz gegen die Beklagte habe sich die Anklage auf die Klägerin und die andere mit ihr entlassene Schülerin als Zeugen berufen. Die Beklagte habe somit annehmen müssen, daß die Anzeige von diesen beiden ausgegangen sei. Es könne ihr deshalb nicht zugemutet werden, die beiden Damen noch weiter in ihrem Betriebe zu behalten. Zur Rückzahlung der von der Klägerin geforderten Beträge habe sich die Beklagte unter diesen Umständen nicht für verpflichtet. Die Klägerin bestritt, die Anzeige erstattet zu haben. Sie benannte auch die Urheberin der Anzeige.

Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsassessors Dreher erklärte, daraus, daß die Klägerin als Zeugin gegen ihren Arbeitgeber ausgesagt muß, kann kein Grund zur vorzeitigen Beendigung des Lehrverhältnisses hergeleitet werden. Die Beklagte ist somit schuld, daß der Lehrcursus nicht beendet werden konnte. Da der Hauptwert bei einem Lehrverhältnis stets auf die letzte Zeit gelegt werden muß, denn in der ersten Zeit werden doch die Schülerinnen nur mit Nebenarbeiten beschäftigt, so kann die Summe des Lehrgeldes nicht entsprechend der Dauer des Lehrverhältnisses geteilt werden, sondern es muß ein etwas höherer Betrag auf die letzten 14 Tage gerechnet werden. 30 M. hat das Gericht für angemessen gehalten, dazu kommt die Pensionsvergütung mit 28 M., so daß der Klägerin 58 M. zuzustehen würden. Die Parteien verglichen sich daraufhin auf diese Summe.

Der soziale Aufstieg des Proletariats.

Zu den blädesten Bluffs der Volksfeinde gehört die Behauptung, die soziale Lage der Arbeiter habe sich unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsweise unmerklich gehoben. Die Logik solcher Tatsachenkonstatierung soll sein, daß die Arbeiterkraft der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gar nicht bedürfe, um vorwärts zu kommen.

Daß die Arbeiter heute ein etwas besseres Leben führen als wie früher, glaubt man mit dem Hinweis auf die gestiegenen Löhne genügend dargetan zu haben. Dagegen ist zunächst einzuwenden, daß der absolute Lohn nicht bestimmend ist für die Konsumkraft ihrer Empfänger. Die fortgeschrittene Verteuerung der Lebenshaltung, in der Hauptsache eine Wirkung unserer volksfeindlichen agrarischen Wirtschaftspolitik, hat die Kaufkraft des Geldes erheblich vermindert. Wir wollen jedoch einmal unterstellen, die Verteuerung der Lebenshaltung bleibe hinter der Lohnsteigerung zurück, so daß tatsächlich im allgemeinen die Konsumkraft der breiten Masse sich gehoben habe. Dann ist doch klar: diese Hebung ist aber nur durch die moderne Arbeiterbewegung erzielt worden; die Gewerkschaften mußten in heißen, langen, অপেরেইচন Kämpfen dem Kapital Lohnsteigerungen abtropfen. Der Aufstieg beweist jedoch an sich nichts für und nichts gegen den Sozialismus. Das langsame und sehr bescheidene Aufwärtsschreiten der sozialen Leiter schließt eine relative Verschlechterung nicht aus. Nicht die absolute Konsumkraft, sondern das Verhältnis dieser zur Produktivität der Arbeit ist das Entscheidende. Wächst der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage stärker als die Konsumkraft der Arbeiter, so hat deren soziale Position sich verschlechtert und der Ausbeutungsgrad ist gewachsen. Daß tatsächlich die Ausbeutung zugenommen hat, der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage größer geworden ist, lehrt schon ein flüchtiger Blick auf die Bewegung der Zinsrate für Leihgeld. Trotz der Masse des zuströmenden Kapitals tritt in den Diskontsätzen eher die Tendenz der Steigerung als die der Senkung in die Erscheinung. Die Erklärung für diese Erscheinungen liegt in der rapid steigenden Produktivität der Arbeit.

In der Eisen- und Stahlindustrie hat die Einführung mannigfaltiger Maschinen und neuer Betriebsmethoden die Erzeugung ganz gewaltig gesteigert. Der Puddelofen ähnelt in seiner Beschaffenheit am ehesten dem Handbetrieb. Bei der Stahlerzeugung in der Bessemerbirne gelangt in steigendem Maße maschinelle Kraft zur Verwendung. Nach Berechnungen von Hammerer, in einer Abhandlung im 132. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, stellen sich die Kohlen- und Lohnkosten für Birnenstahl auf 4,70 M. pro Tonne gegen 13 M. für Puddelstahl. Nachdem im Siemens-Martin-Ofenbetrieb Lademaschinen eingeführt waren, fielen die Lohnkosten um 50 Proz. Eine ganze Kategorie von Arbeitern (Ladern) war überflüssig. — Eine Hochofenanlage bedurfte ursprünglich 228 Arbeiter mit einem Lohnaufwand von 0,91 M. pro Tonne Roheisen. Als man schräge Aufzüge zur Beförderung der Erze und Brennstoffe in den Ofen eingebaut hatte, gebrauchte man nur noch 82 Arbeiter; der Lohnaufwand pro Tonne fiel von 1,29 M. auf 0,82 M. Für den Blodtransport in einem Eisen- und Stahlwerk waren früher 23 Arbeiter erforderlich; nach Einführung von sinnvoll konstruierten Hebeanlagen waren 16 Mann überflüssig. Die Lohnkosten fielen von 0,78 M. auf 0,24 M. für dieselbe Leistung.

Rechnliche Veränderungen kann man auf fast allen Gebieten der Industrie konstatieren. Was die Umwälzungen in der Eisenindustrie bedeuten, wie stark sie hier die Produktionskosten ermäßigten, dafür fehlen allerdings genaue Berechnungen und Angaben, aber die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Arbeiterzahl und Erzeugung gibt davon doch eine ganz gute Vorstellung. Auf dem in Düsseldorf abgehaltenen 100. Eisenhüttenkongress berordnete ein Fachmann, daß die Erzeugung der rheinisch-westfälischen Hüttenwerke in den letzten zehn Jahren um das Doppelte gestiegen sei, obwohl die Zahl der beschäftigten Arbeiter nur um 33 Proz. zugenommen habe. Dabei müsse jedoch noch berücksichtigt werden, daß die Arbeiterzunahme zum größten Teil auf die Ausdehnung der Weiterverarbeitung entfiel. Die Steigerung der Produktivität ist demnach viel bedeutender, als sie in den angeführten Zahlen meßbar wird. Und besonders in den letzten Jahren haben neue Betriebskombinationen die sachlichen und manuellen Vorkosten ganz enorm ermäßigt. Dazu gehört die Erzeugung zweier Schmelzprozesse, indem das flüssige Eisen aus dem Hochofen sofort in die Weiterverarbeitung übergeführt wird, zunächst in den Wäskler, der als Reservoir dient.

Die Kupferrückführung der Gichtgase und der Fortschritt im Siebereiverfahren haben ebenfalls enorme Ersparungen ermöglicht gemacht. Das sehr komplizierte und kostspielige Schmelzen von Eisenbahnspeichenrädern ist z. B. vollständig überflüssig geworden. Die Räder werden nun gegossen und sind leichter wie die geschmiedeten zu verarbeiten. Zu diesem Kapitel gehört auch die Gewinnung von Nebenenergieprodukten bei der Kokserzeugung usw. Einen weiteren

gewaltigen Fortschritt im Güttenverfahren bedeutet die Ausbeutung der billigen Minetteerze, die man früher wegen ihres hohen Schwefelgehaltes nicht verhütten konnte. Alle diese Veränderungen und Verbesserungen haben die Selbstkosten für Eisen und Stahl ganz gewaltig sinken lassen. Es ist daher erklärlich, daß auch die Verkaufspreise nachgeben. Trotz gestiegener Verkaufspreise kann daher die Gewinnrate für das Kapital gestiegen sein. Daß sie gestiegen ist, ergibt sich auch unzweifelhaft aus der größeren Kapitalsumme, die auf den Kopf der Arbeiter entfällt, bei Stabilisierung und Erhöhung der Dividendenhöhe. Das geradezu sprunghafte Wachsen des Kapitals sei an einem Beispiel aus der Großindustrie illustriert. Vor zehn Jahren hatte die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft an Aktienkapital und Obligationen rund 70 Millionen Mark investiert. Nachdem sie sich dem Lachener Hüttenverein und dem Schalker Gruben- und Hüttenverein angeschlossen hatte, war das Kapital auf 332 Millionen Mark gewachsen. In derselben Zeit stieg die Zahl der Arbeiter des Gesamtunternehmens von rund 19 000 auf rund 44 000. Die auf den einzelnen Arbeiter entfallende Kapitalsumme war von 3700 auf 7500 M. gestiegen. Der Arbeiter muß jetzt für eine doppelte so hohe Summe Profit erarbeiten als wie damals. Der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage ist zweifellos gestiegen. Trotz Lohnsteigerung hat sich relativ die Lage der Arbeiter verschlechtert!

Aus der Frauenbewegung.

Pionierarbeit für Frauen.

Aus hohem, höherem und höchstem Grunde hat man in der letzten Zeit oft die Mahnung gehört, die Frauen sollten sich um den Kochtopf kümmern. Nun hat man die Beförderung, Kochtopfbetrachtungen, Küchenphilosophie hat das Volk rebellisch gemacht. Auf dem Umwege über die Küche sind nun Millionen Menschen, vor allem auch die Frauen, zur Politik gekommen. Die von der Weisheit der Feuerung behandelten haben beim Fortschreiten nach der Uebel Ursachen die agrarische Wirtschaftspolitik als den bösen Feind erkannt. Mander trägt Kopf, mancher bisher Harmoniebüselige mag wohl erst durch die Klagen seiner Frau, die mit dem Haushaltungsgeld nicht mehr zurechtkommen konnte, gewissermaßen mit der Nase auf die Schandenquelle gestoßen worden sein. Nun haben die denkenden Menschen erkannt, daß ihnen die fluchwürdige Zoll- und Steuerpolitik von der Kumpel: Junker, Pfaffen und Scharfmacher beschert wurde, daß sie in der Hauptsache die furchtbar schmerzenden Lebensmittelmäcker verschuldet. Es liegt bittere Ironie darin: gerade aus der Küche, vom Kochtopf kommen die stärksten Impulse zu dem jetzt überall bemerkbaren Aufwachen des Volkes gegen die verdrängerische Wirtschaftspolitik der herrschenden Sippen. Erst durch eine solche Belastungsprobe, wie die nun so unerträglich herrschende Steuerung, kam endlich auch der größeren Masse die Erkenntnis von der Gemeinshaftlichkeit unserer Zoll- und Steuerpolitik. Die jetzige Gelegenheit zur Aufklärung dürfen besonders die Frauen nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Sie leiden als Hausfrauen, Mutter und gewerbliche Arbeiterinnen doppelt und dreifach unter der Fuchtel des Lebensmittelmäckers. Aber sie können nicht als Geschehmacher dem Unheil steuern, sie können ja nicht einmal als Wählerinnen auf die Zusammenkunft der gesetzgebenden Körperschaft einwirken. Aber die Mütter darbenenden Kinder, die von Sorgen gequälten Hausfrauen, und alle denkenden Frauen können doch Pionierarbeit leisten. Und das zu tun, ist ihre unabwendbare Pflicht. Sie sollen und müssen selbstverständlich zunächst dafür sorgen, daß ihre eigenen Männer, Söhne und Brüder bei den nächsten Wahlen keine falschen Stimmzettel abgeben. Aber sie können noch viel mehr tun! Es gibt noch so viele dumme, indifferente Männer, die auch heute noch nicht wissen, daß die furchtbare Steuerung eine Folge der Wirtschaftspolitik der von ihnen gewählten Abgeordneten ist. Und die Frauen dieser Männer, der kleinen Beamten, Gewerbetreibenden, und leider noch vieler Arbeiter, sind im allgemeinen ebenso, wenn nicht noch einschüchter als wie ihre konservativ, nationalliberal und ultramontan wählenden Herren der Schöpfung. Diese Frauen müssen unsere Genossinnen bearbeiten: im Hause, beim Einholen, auf der Arbeitsstelle, kurzum überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet. Diesen Leidensgenossinnen müssen sie erzählen, daß sie bei jedem Pfund Zucker 7 Pf., bei jedem Pfund Butter 20 Pf., bei jedem Liter Petroleum 6 Pf., bei jedem Pfund Kaffee 40 Pf., bei jedem 6-Pfund-Brot 15—20 Pf. indirekter Steuern entrichten müssen, daß in dem Preise fast eines jeden Nahrungs- und Genußmittels eine Steuer enthalten ist. Und darauf müssen sie aufmerksam machen, daß reiche Leute systematisch dem Staat um Steuern betrügen, auf der einen Seite unermessliche Reichtümer aufgespeichert werden können, während die große Masse Not leidet, Unterernährung ein gewaltiges Hindernis zu verdrängen droht. Das wird die bisher Indifferenten aufpassen, und sie können dort, wohin unsere Presse bisher noch nicht vordringen konnte, bei ihren Männern mit ihrer Aufklärungsarbeit einsetzen. So kann gerade jetzt eine hervorragende wichtige Agitation außerhalb der Öffentlichkeit, in aller Stille betrieben werden. Die Früchte davon können sich schon bei der nächsten Wahl zeigen. Genossinnen, nütze die Stunde!

Die Forderung des Frauenwahlrechts in Holland.

Zu der Petition, die am 19. September, dem roten Dienstag, durch die große Wahlrechtsdemonstration im Haag der holländischen Regierung überbracht wurde, sind nachträglich noch mehrere Listen eingegangen, und dadurch ist die Gesamtzahl der Unterschriften auf 317 520 gestiegen. Der Parteisekretär hat nun feststellen lassen, wie viele Unterschriften von Männern und wie viele von Frauen herkommen. Das ist für 311 317 Unterschriften gelungen, und unter diesen waren 114 810 weibliche Namen. Ueber ein Drittel aller Unterschriften sind also von den Frauen gekommen, ein Zeichen dafür, wie weit die holländischen Frauen bereits den Wert des allgemeinen Wahlrechts, bei dem kein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht werden darf, erkannt haben. Wenn die gesetzgebenden Körperschaften endlich einmal die Reform des Wahlrechts vornehmen, werden sie eingedenk sein müssen, daß es nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen sind, die das allgemeine gleiche Wahlrecht fordern.

Lesebende.

Oberschönebeck. Am Montag, den 23. Oktober, wird für unseren Ort 1. ein Frauenlesebend abgehalten. Der Tag des nächsten Lesebends wird noch an dieser Stelle bekannt gemacht.

Die Bezirksleitung.

Verfammlungen.

Verband der Tapezierer. Die Vierteljahrsversammlung der Filiale Berlin fand am Mittwochabend im Gewerkschaftshause statt. Den Bericht des Vorstandes erstattete J. H. W. Das dritte Quartal sei im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern wirtschaftlich günstiger für die Verhältnisse im Beruf gewesen und brachte ziemlich reiche Arbeitsergebnisse. Traglich sei es aber, wie es im Winter ausfallen wird, besonders im Hinblick auf die allgemeine Lage und die wachsende Steuerung. — Die Fluktuation im Mitgliedsbestand war im dritten Quartal außerordentlich groß; der Bestand von 1923 (darunter 81 Männerinnen) ist aber ziemlich unverändert geblieben und nur eine geringe Erhöhung ist zu verzeichnen. Der Vorsitzende betonte, daß das Vertrauensmännerheft besser ausgebildet und die Verbindung der Gesellschafter der einzelnen Betriebe mit der Ortsverwaltung durch tüchtige Vertrauensleute gefestigt werden müßte; die Vertrauensmänner dürften nie versäumen, die andauernden Sitzungen zu besuchen. In der Bezirkszeit fanden 3 Mitgliederversammlungen, 2 Versammlungen der Magazinpollerer, eine Männerinnenversammlung, 3 Vertrauensmännerführungen, 5 Sitzungen der Schlichtungskommission und elf Sitzungen der Ortsverwaltung statt. In der Richtzweckkommission gab es reiche Arbeit, manche Differenz zwischen Gehilfen und Unternehmern bot große Schwierigkeiten; erledigt wurden für die

Leberbrände 22, für die Polsterbranche 18 Differenzen. — Der Vorsitzende machte zum Schluss seines Berichts auf die Notwendigkeit einer regeren Agitation unter den Näherinnen aufmerksam. Den Kassenericht für das dritte Quartal erstattete der Kassierer Sgillinski. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von 23.800,48 M. am Schlusse des zweiten Quartals. Die Einnahmen im dritten Quartal betrugen 6851,48 M., die Ausgaben 3467,91 M., mithin ist ein Bestand von 27.074,03 M. vorhanden. An Unterstützungen wurden aus der Lokalkasse gezahlt: An Reisende 61,50 Mark, an zwei Gemahregelte 4,50 M., für Lohnbewegungen 36,70

Mark, in Kostfällen 45 M. — Die Hauptkasse zeigt in Einnahmen und Ausgaben eine Bilanz von 12.645,50 M. Aus der Hauptkasse wurden an Unterstützungen gezahlt: An Reisende 180 M., an Arbeitslose 1556,50 M., an Kranke 918,75 M., in Sterbefällen 200 M., bei Lohnbewegungen 75 M., an Gemahregelte 23,50 M. Eine Diskussion über die Berichte wurde nicht beliebt, und die Versammlung schritt zum nächsten Punkt der Tagesordnung, die Wahlen für verschiedene Posten betreffend. Zum Beisitzer der Ortsverwaltung wurde Ernst Neumann gewählt, als ordentliches Mitglied der Schlichterkommission Karl Baltosee, als

Erfahreute für diese Kommission Janz und Paslat, als Mitglied zur Hauptverwaltung Richard Bönicke.

Eingegangene Druckschriften.

Einfuhrereinsprüche. Kritische Betrachtung mit besonderer Berücksichtigung der Getreideeinfuhrereinsprüche. Von Dr. Friedrich Beckmann. Karlsruhe 1911. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag. 220 S.
Heinrich von Kleist in seinen Briefen. Eine Charakteristik seines Lebens und Schaffens. Herausgegeben von Ernst Schur. Schillerbuchhandlung, Charlottenburg. 2 M., geb. 3 M.

Todes-Anzeigen

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
Sektion der Patzer.
Den Mitgliedern sowie dem Gefangenverein der Patzer zur Nachricht, daß das Mitglied
August Imm
am 18. d. Mts. im Alter von 72 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Stens-Gemeinde in Nordend aus statt.
140/13
Um rege Beteiligung erucht
Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Marie Kuhn
geb. Bönke
nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Dies seligen Heilbetraut an der trauernde Gatte
Hermann Kuhn
und Kinder.
Die Beerdigung findet heute, Freitag, 20. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Lützen-Kirchhofes am Färberbinnenweg aus statt. 3042

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Mittwoch, den 18. Oktober, ist unser Mitglied
August Hoffmann
verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Friedhofes, Bürgerei, Hermannstraße, aus statt.
64/8
Die Ortsverwaltung.

Statt jeder besonderen Meldung.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter
Luise Müller
geb. Baumann
am 18., früh 7 Uhr, plötzlich und unerwartet an Herzlähmung sanft entschlafen ist. 1161b
Im Namen der Hinterbliebenen
Paul Weber, Mariendorf.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Heilig-Kreuz-Gemeinde vom Trarnerhaule, Mariendorf, Rurfürststr. 45, III, aus statt.

Verband der Sattler und Portefeullier.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Portefeullier
Max Prescher
(Bericht C. G. Große)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Büchsen-Kirchhofes, Hohenzollern-Platz, aus statt.
108/2
Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß am Montag meine liebe Frau, unsere gute Tochter 1155b
Helene Sucker geb. Günther
nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Um stille Beileid bitten
Richard Sucker,
Max Günther nebst Frau.
Beerdigung: Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde.

Am Dienstag verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser Vater, Onkel, Schwager, Großvater und Schwiegervater, der Schlichter
Emil Bugdrowitz
im Alter von 56 Jahren.
Wwe. Bugdrowitz nebst Söhnen.
Beerdigung: Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Sebastian-Kirchhofes in Mariendorf, Humboldtstraße, aus.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau
Luise Wienbrak geb. Lohor
an Lungenleiden gestorben ist.
Dies seligen Heilbetraut an
Der trauernde Gatte
Wilhelm Wienbrak.
Beerdigung: Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichs-Kirchhofes, Kastendorfer Weg, aus. 1153b

Nach langem schweren Leiden verschied am Mittwoch, d. 18. d. M., unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut
Berta Hanschke
Hofstr. 34.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am 21. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. 1156b

Dankfagung.
Für die überaus große Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden von Verwandten und Bekannten bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Gatten 1155b
August Berner
sowie für die eindrucksvollen Worte des Herrn Stadtvorordneten Banasse sagen wir unseren innigen Dank.
Auguste Berner und Kinder.

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Braut
Berta Hanschke
am Mittwoch, den 18. Oktober, sanft entschlafen ist. 1157b
Dies seligen Heilbetraut an
Der trauernde Bekannte
Max Helge,
Berlin N., Schönwalder Str. 8.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gefangen-Quartett meinen innigen Dank.
3032
Frida Plettke.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters, des Zimmermanns
Wilhelm Werner
sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Herren Beamten und Kollegen des städtischen Vieh- und Schlachthofes und dem Verbands der Staats- und Gemeindearbeiter unseren herzlichsten Dank.
Sittwe Werner nebst Sohn.

Hermann Fischers
billigste Särge
Urbanstr. 111, früher Rigbort. Tel. 252/5
Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Beinleiden.
Dr. med. Fackelmanns Spezialinstitut
Zimmerstr. 78. 9-12, 3-6.
Mittwoch u. Sonntag 9-12.

Zeppelin's „Schwaben“
Stationiert in der neuen großen Doppel-Ballonhalle
in **Johannisthal**
Die Beobachtung der Aufstiegs- und Landungs-Manöver, sowie die Befichtigung des Luftschiffes in der Halle täglich von 9-5 Uhr.
Preise der Plätze:
Mk. 0,30; Mk. 0,50; Mk. 1,-; Mk. 2. Letzterer Platz ist von dem 50 Pf. und 1 Mk.-Platz gegen entsprechende Zuzahlung zugänglich.
Luft-Verkehrs-Gesellschaft m. b. H., Unter den Linden 5/Ga (Bristol).
Tel.: Amt I, 11578/79.

Ratenzahlung ohne Preisaufschlag!
Von Unten Auf
Ein neues Buch der Freiheit
Gesammelt und gestaltet von **Dr. Franz Diederich**
Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken
Preis: 2 Bände gebunden 6 M.
Dem oft geäußerten Verlangen nach einer Neuausgabe der Gedichtsammlung „Buch der Freiheit“ hat unser Parteiverlag Rechnung getragen. Er hat für einen verhältnismäßig billigen Preis bei vorzüglicher Ausstattung eine Ausgabe veranstaltet, die allseitige Zustimmung gefunden hat. „Neue Zeit“, „Fränkische Tagespost“, „Hamburger Echo“, „Vorwärts“, „Dresdener Volkszeitung“, „Die Gewerkschaft“ u. a. haben in ausführlichen Besprechungen Inhalt und Ausstattung des Werkes lobend und anerkennend hervorgehoben.
Um unseren Abonnenten die Anschaffung des Werkes zu erleichtern, liefern wir es in **wöchentlichen Ratenzahlungen ohne Preisaufschlag.** Bestellungen nehmen alle Botenfrauen und die Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Das Werk wird sofort geliefert. 247/6
Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69 (Laden).

Das
Volkshaus Charlottenburg
Rosinenstraße 3
bietet Vereinen und Gesellschaften drei Säle, vier Kegelbahnen; insbesondere einen kleinen Saal mit Bühne für Hochzeiten und Familien-Festlichkeiten. Guter Mittagstisch inklusive Bier 70 Pfennig.
Oskar Schade, Oekonom.

Konsumgenossenschaft von Königs-Wusterhausen und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz am 30. Juni 1911.

Weschelkonten 94	Rentkonten 300,—
Einzahlungskonto 500,—	Sparfassenkonto 3207,50
Andenkonto 3054,51	Referendarkonto 225,99
Guthaben bei der Groß-Einkaufsgesellschaft 47,80	Geschäftskonten 3172,—
Kassakonto 13,89	Referendarkonto 950,90
Warenkonto 5638,97	Reingewinn 1278,25
	9334,64

Mitgliederbewegung.
Mitgliederstand am 1. Juli 1910 205
Neu eingetreten 61
266
Freiwillig ausgeschieden 5
Wegen Verlegung des Wohnortes 8
Ausgeschlossen 2
15
Mitgliederstand am 1. Juli 1911 251

Geschäftsguthaben.
Das Geschäftsguthaben betrug am 1. Juli 1910 3719,— M.
und am 1. Juli 1911 3172,— M.
Abnahme 547,— M.

Kassensumme.
Die Kassensumme betrug am 1. Juli 1910 4100,— M.
und am 1. Juli 1911 5020,— M.
Zunahme 920,— M.

Königs-Wusterhausen, den 20. August 1911. 107/18
Der Vorstand: **Willy Pfeiffer, Otto Friedland, Wlth. Buchwalder.**
Für den Aufsichtsrat: **Karl Klose.**

172 Wagg. Weiskohl,
111 Wagg. Rothohl,
211 Wagg. Spritze u. unverselene
Kartoffeln offerieren sehr billig
Gebr. Muskat, Breslau,
Tel. 4832 Vermitt. erhält gute Proo.
Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots u. Ulster
und Anzüge in neu
sowie speziell
verfertigte, auf Seide gearbeitete
Garberobe, von 4672 L.
Kavaliere getragen,
sagt neu, für jede Figur passend,
die jeil Bauart angeht sind in
großer Auswahl reich zu staunend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Hochbahnhafion Kottbusser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf
Hausnummer zu achten.

Erfahrener Künstler erstellt nach doppelt fördernder Methode sehr erfolgreich
Violinunterricht.
Eingelunterricht per Stunde 1.25,
1/2 Stunde 1 M., 2 Schüler zusammen per Stunde 1.50. Näheres unter Postlagerkarte 457, Briefpostamt Berlin.

Kranken-
Fabr.-u. Ruhestühle
verstellb. Keilkis. usw.
Preisl. 1908 gr. frk.
R. Jaekel,
Berlin, Markgrafen-
straße 20, München, Dinnarstr. 6

Möbel
Liefert auf **Teilzahlung**
bequem
bei kleinster Anzahlung in
bekanntester Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Günstige Gelegenheit!
Mehrere gut erhaltene Bilder aus
der Zeit der
Revolution 1848
preiswert zu verkaufen.
Geil. Anfragen unter **M 14 008**
an Haasenstein u. Vogler, A.-G.,
Leipzig, erbeten. 182/17

Berufskleidung
für jedes Gewerbe in solidester Qualität.
Sehr billige Preise. Größte Auswahl.
Kaufhaus FR. HAHN Alexanderplatz
Landsberger
Straße 60/63.

Max Bornstein, Kommanditgesellschaft
Spandauer Straße 57, Hof links I. Etage
 stellen von heute an nachfolgende einzelne Lager-Posten:
 Einen Posten hochmoderne reinwoll engl. Kostüm-Stoffe,
 Einen Posten franz. Seiden-Gaze für Ueberkleider u. Blusen,
 Einen Posten neueste franz. Besatz-Borden u. Spachtel-Einsätze,
 Einen Posten schwarze engl. Kleider-Velvets, prima Qualität,
 und wiederum einen größeren Posten Reester (Muster-Coupons)
 in schwarz u. coul. Seide, Sammet u. Seal-Peluchen für Mäntel
ganz bedeutend unter den sonstigen Engros-Preisen zum Detail-Verkauf.
 1151b
 Zuverlässige Kostüm- und Mäntel-Schneider weisen wir nach.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden
 Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Gänse! **Gänse!**
 sowie **Gänse-Artikel** täglich frisch und in großer Auswahl.
 Gänsestückenfleisch a Pfd. 40 Pl., Gänseleberwürstchen a Stck. 10 Pl.,
 Ia Gänseeschmalz, garantiert rein, a Pfd. 1,20 M. 150/10
H. Schlack- und Salamiwurst a Pfd. 1,20 M. usw.
Hermann Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95,
 Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. II. Zentral-Markthalle Stand 26.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 20. Oktober 1911:
 Anfang 7 1/2 Uhr.
R. Oprenhaus, Der Evangelmann.
R. Schauspielhaus, Genesische.
Deutsches, Dämlet.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus, Die Hochzeit von Valeri.
Gaberland, Spezialitäten.
Jirkus Busch, Gala-Vorstellung.
Jirkus Schumann, Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania, Taubenstraße 48/49.
 Geheimnisse der belebten Natur.
Urania, Invalidenstr. 57-62.
 Sonne und Planeten.
Neues R. Operntheater, Im Musikantklub.
 Kammerstücke, Gemälde.
 Festung, Glaube und Heimat.
 Neues Schauspielhaus, Däml.
 Neues Operetten, Die moderne Eva.
Reichens, Ein Walzer von Chopin.
Königgrätzer Straße, Spielereien einer Kaiserin.
Romische Oper, Die feurige Sulanne.
 Entschieden, Der Großfürst.
Schiller, O. Hoff und Scherz.
Schiller, Charlottenburg, Der Pfarrer von Kirchfeld.
Neues Volkstheater, In Behandlung.
Berliner, Summestudenten.
Neues, Die Näherin.
Metropol, Die Nacht von Berlin.
 Kleines, Papa.
 Wesen, Die Dame in Rot.
Trianon, Rein Baby.
Thalia, Polnische Wirtschaft.
Luise, Die Nacht der Liebe.
 Kofe, Kant.
Cafino, Der seltsame Holländer.
Wäntergarten, Spezialitäten.
Apollo, Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Solgt, Die Blumenspieler.
Neues Caprice, Robi Krach, Nr. 14.
Walhalla, Kessel, das hat eingeschlagen!
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Welle-Milance, Der Sittenapfel.
Intimes, Schön Gelesenchen. — Liebesabenteuer.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama, Neu: Wanderungen im Berg. Letzte Woche: Konstantinopel.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Abends 8 Uhr: **Geheimnisse der belebten Natur.**
 Invalidenstr. 57-62
 Prof. Schwahn 8 Uhr:
Sonne und Planeten.
Reichens-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
 Schwan in 3 Akt u. 4. Act u. Baré.
 Für die deutsche Bühne bearbeitet von
 Sollen-Baerck.
 Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von
 Jul. Freund, Musik von B. Hoffänder.
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
 Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
 Abends 8 Uhr:
Das Weltstadt-Programm.
 Experimental-Psychologie
Leo Erichsen.
 Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.
 New Yorker Varietée Gesellschaft
 u. s. w.

Herrnfeld Theater
 Noch nie dagewesener
 Lacherfolg!
Das Kind der Firma
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in den
 Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Casians Panoptikum.
Corso-Varieté.
 Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
 U. s. w.
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
 Entree 50 Pf.

PASSAGE :: ::
PANOPTIKUM
 Die wilden Lebend!
Heul-Derwische
 aus Ceylon
 mit ihren fanatischen Produktionen.
 Merino, der lebende Amboß. A.G.A., die schwebende Jungfrau.
 Alles ohne Extra-Entree.

Roach's Theater.
 Direktion: Robert Oll.
 Berlin N., Brunnenstraße 15.
Der Brandstifter.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Ehren- und Vorzugskarten gültig!
 Sonnabend: **Die Räuber.**
 Statistiken werden hierzu verlangt!
 Wiederzeit abends von 6 Uhr ab.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Sonntag, den 22. Oktober, in den Pharus-Sälen (großer Saal), Müllerstr. 142:
Gr. Konzertabend
 ausgeführt vom
Berliner Sinfonie-Orchester. Maximilian Fischer.
Konzertsängerin Elsa Burmester. Cello — Harmonium.
Nach dem Großen Ball. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Anfang 6 Uhr :: Eintritt 50 Pf.
 Kinder zahlen 25 Pfennig und werden Eintrittskarten für diese an der Kontrolle verausgabt. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. Programm am Eingang gratis.
Das Komitee.

SPORT PALAST
 Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr
Eröffnungsfeier des Winzerfestes
 in den feenhaft ausgeschmückten Gesamträumen
Premiere der Original-Revue mit Gesang und Tanz
„Winzerträume“
 Bunter Teil — Sport und Humor. Im Saal der Winzer: Die lustigen Dorfmusikanten, Café, Bar. Im ganzen Hause: Frischer Mont, Stimmung, Humor, Behaglichkeit. Eintritt 1 M., Sperrsitze (1. Reihe) 2 M. Bestellte Tische können nur bis 8 1/2 Uhr reserviert werden. Sonntag und folgende Tage: Winzerfest. — Heute findet wegen der Proben zum Winterfest keine Vorstellung statt. Die Eisbahn bleibt mit Doppelkonzert eröffnet — Eintritt 50 Pf.
 Morgen bis 7 1/2 Uhr geschlossen.

Grösster Eispalast der Welt
 Sämtliche Freikarten sind während des Winzerfestes aufgehoben.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands
 Verwaltung Berlin.
 Sonnabend, den 21. Oktober 1911,
 im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 15:
Herbstfest
 zur Feier des 30 jährigen Bestehens
 unter Mitwirkung des Neuen Tonkünstler-Orchesters,
 Direktion: F. Hoffelder,
 des Mandolinen-Klubs „Sompser Avant“,
 Dirigent: Herr Grundmann,
 des Herrn Franzell, Mitglied des Herrnfeld-Theaters,
 Lieder zur Laute,
 des Herrn R. Schäfer, Violinist, und anderer.
 Beginn 8 1/2 Uhr. Eintritt mit Tanz 75 Pf.
 20/12 Das Komitee.

CLOU
BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstraße 52 x Zimmerstraße 90/91.
 Freitag, den 20. und
 Sonnabend, den 21. d. Mts.:
Gastspiel Johann Strauß
 von
 aus Wien mit seiner Kapelle.
 Musik: d. 2. Garderegiment zu Fuß
 Oberm Graf.
 Anfang 8 Uhr. **!!Doppel-Konzert!!** Anfang 8 Uhr

Zirkus Mouliet
 Rummelsburg,
 Alt-Vorhoagen, in der Grubbi-
 kirche. Gede Wühlshirake,
 Hochbahn-Haltstelle.
 Heute Freitag, den 20. Oktober,
 abends 8 Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorst.
 sowie bis auf weiteres das große
 zirkusfische Weltstadtprogramm.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

Welle-Milance-Theater.
 Rootität: **Der Sittenapfel.**
 Stürmischer Lacherfolg!
 Abends 8 1/2 Uhr:

Ausstellung Nordland
 Kurfürstendamm 151
 nahe Bahnhof Halensee und Charlottenburg.
 Geöffnet ab 10 Uhr vorm.
125 Polarbewohner
 bei Arbeit, Sport und Spiel.
 Rentierherde, Polarbären.
 Eintritt für Ausstellungsgang. 50 Pf.
 Verfrachten:
 Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
 Sonntags 12, 3, 4 1/2, 6, 7, 9 Uhr.
 Letzte Hauptvorführung abends 8 Uhr
 Eintrittspreis 30 Pf.

Voigt-Theater.
 Gesundbrunnen, Bobstraße 58.
 Freitag, den 20. Oktober 1911:
Die Himmelsleiter.
 Gelangspöhe in 4 Akten v. G. Mann-
 hecht. Musik von G. Steffens.
 Aufführungs-Dn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Kreuzberg-Festsäle.
 SW., Kreuzbergstr. 48.
 Jeden Freitag:
Hoffmanns Sänger.
 Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
 Cafépartout u. Vorzugs-
 karten gültig.
 Nach der Vorstellung:
 Drei Tanzkränzen.
 Jeden Mittwoch:
Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
 für Vereine Sonnabende noch zu verg.

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena
 Mittags von 12 Uhr bis 2 Uhr
Korso bei Musik.
 Nachmittags:
Militärkonzert und
 Produktionen v. Solofußern.
 Abends um 21.6. Male:
 Das grandiose Eisskizett
Montreal.
 Die kleine Charlotte
 mit ihrer Novität:
Der Lichtertanz
 und die übrig. erstklass.
 Kunstausproduktionen,
 Restaurant L. Ranges.
 Bis 6 Uhr u. nach 10 1/2 Uhr
 habe Kassenpreise.
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.
 Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Zirkus A. Schumann.
 Heute abend 8 Uhr:
Letzte Aufführung des Deutschen Theaters
Die Orestie.
 Morgen Sonnabend:
Soirée High-Life.
Auserwählt. Programm.
 Aufführung der großen Fecrie:
1000 Jahre
 auf dem
Meeresgrunde

Zirkus Busch
 Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Prolongiert! Prolongiert!
D. beld. Affenmenschen
 „Max und Moritz“.
 Der sensationelle Säurenkampf
 (Dresseur M. Ganzer).
 Herr E. Schumann Orig.-Dress.
Gebr. Marianis, Clowns
 Quadrille internationale.
 Um 9 1/2 Uhr ca. zum 7. Male:
 U20 Origin.-Ausstattungs-
 stück des
Zirkus Busch
 in 5 Bildern.
 Vorher das gr. Galaprogramm!

Volks-Theater.
 Richard, Hermannstr. 20.
 Sonntag, 22/10: **Der jüngste Reitan-
 nant.** Gelangspöhe in 4 Akten
 von Jacobson.
 Montag, 23/10: **Um fremde Schuld.**
 Schauspiel in 4 Akten von Hans
 Eiben.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
 die japan. Mimo-
 dramatischerin mit
 ihrer Truppe i. ihr.
Mime. Sato,
 Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
 15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser in ihren
Putzi Cassani Parodien
 und das
gr. Oktober-Progr.
 14 Spezialitäten.

Rekenhallen-Theater.
 Stettiner Sänger
 Mayne, Britten, Seidel,
 Horst, Schröder, Schubert
 Gröning A. u. R. Schröder.
 Anfang
 montags
 8 Uhr.
 Sonntags
 7 1/2

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena
 Mittags von 12 Uhr bis 2 Uhr
Korso bei Musik.
 Nachmittags:
Militärkonzert und
 Produktionen v. Solofußern.
 Abends um 21.6. Male:
 Das grandiose Eisskizett
Montreal.
 Die kleine Charlotte
 mit ihrer Novität:
Der Lichtertanz
 und die übrig. erstklass.
 Kunstausproduktionen,
 Restaurant L. Ranges.
 Bis 6 Uhr u. nach 10 1/2 Uhr
 habe Kassenpreise.
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.
 Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Schiller-Theater O. Ballner-
 Theater
 Freitag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.

Schiller-Theater Charlotten-
 burg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Antigone.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Antigone.

Berliner Theater.
 8 Uhr:
Summestudenten.

Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Spielereien einer Kaiserin.

Neues Theater.
 Nur noch 8 Vorstellungen. Gastspiel
 Hansi Nesso. Anf. 8 Uhr.
Die Näherin.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Die Dame in Rot.**
 Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Luise-Theater.
 Heute und folgende Tage:
Die Nacht der Liebe.
 Sonnabend 4 Uhr: **Was Hans
 u. Effel im Rauberwald erlebten.**
Friedrich-Wilhelmstadt.
Schauspielhaus.
 Zum ersten Male:
Die Hochzeit von Valeri.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Abends 8 Uhr:
**Kein oder: Genie und
 Leidenschaft.**
 Sonnabend 4 Uhr: **1001 Nacht.**
 8 Uhr: **Das Glück des Lebens.**
 Sonntag 3 Uhr: **Referentent.**

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Der Rauchsclub „Gemütlichkeit“ veranstaltet am Sonnabend, den 28. d. M., in Herolds Festsaal, Marienb., Chausseest. 283, ein Herbstvergnügen.

In Rudow bei Johannisthal werden uns trotz langjähriger Bemühungen alle Saalkolale verteuert und stehen uns nur die Lokale von Kasse und Palm zur Verfügung, alle anderen Lokale sind daher streng zu meiden.

In Köpenick hat das Lokal Gesellschaftshaus, Grünauer Str. 31, den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber G. Wehle stellt uns sein Lokal zu den altbekannten Bedingungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Urania-Vorstellung. Sonntag, den 22. Oktober: „Lebende Tierbilder von nah und fern“. Eröffnung des Puppentheaters nachmittags 1 Uhr, Beginn der Vorstellung nachmittags 2 Uhr. Billets a 60 Pf. einschließlich Garderobe sind noch in geringer Anzahl beim Kassierer Gustav Schmidt, Kirchb. Str. 14, zu haben.

Rummelsburg. Am Sonnabend, den 21. Oktober, findet im Café Bellevue (großer Saal) an Stelle des diesjährigen Stiftungsfestes eine Familienfeierlichkeit für die Wahlvereinsmitglieder, bestehend in Tanz, Vorträgen und unter Mitwirkung eines Ritzersklubbs statt. Anfang 9 Uhr, Eintritt inkl. Tanz 25 Pf. Da der Ueberblick einer guten Sache dient und gleichzeitig ein recht vergnügtes Beisammensein zu erwarten steht, so wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.

Das Komitee.

Friedrichshagen. Morgen, Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Verdes Festsaal, Friedrichstr. 112: 21. Stiftungsfest, bestehend in Künstler-Konzert, Gesang und Rezitationen (Herr Fritz Alten vom Neuen Schauspielhaus). Hieran anschließend Ball. Billets a 30 Pf. sind in den Bezirkslokale zu haben.

Friedrichshagen. Heute, Freitagabend: Wichtige Flugblätterverbreitung. Am Sonntagvormittag 8 Uhr soll eine allgemeine Hausagitation vorgenommen werden, wozu die Genossen die noch ausstehenden Hauslisten unbedingt mitbringen wollen.

Alt-Gröden. Am Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Petermann, Terrassenrestaurant, Rudower Str. 54: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Bericht der Parteifunktionäre und Gemeindevorsteher. 5. Vereinsangelegenheiten — Verschiedenes. Der Vorstand.

Stonken. Am Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Kasienbericht vom dritten Quartal; Bericht vom Jenaer Parteitag; Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Eine Schuldebatte war in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten das Hauptstück der Verhandlungen. Die Organisation der Hilfsschulen für schwachbegabte Gemeindschulkinder, die im vorigen Winter von den Gemeindeführern beschlossen wurde, hat nicht in allen Punkten den Beifall der staatlichen Aufsichtsbehörde gefunden. Der Unterrichtsminister meint, daß die Gemeindschulen Berlins nicht als simultan anzusehen seien, und daß daher auch die Hilfsschulen nicht simultan sein könnten. Außerdem bemängelt er, daß die Interessen der Hilfsschullehrer, deren Tätigkeit besonders schwierig ist, nicht genügend gewahrt worden sind. Auf eine formelle Betonung des Simultankarakters der Hilfsschulen will der Magistrat verzichten, aber er erklärt mit erforderlicher Bestimmtheit, daß er sich zur Einrichtung tatsächlich konfessioneller Hilfsschulen nicht herbeilassen werde. Bezüglich der Beschränkung der Pflichtstundenzahl der Hilfsschullehrer will er sich der besseren Einsicht des Ministers fügen, dagegen lehnt er ab, den probeweise beschäftigten Hilfsschullehrern ihre Amtszulage auch bei Krankheit zu gewähren. Gestern wurde dem Magistrat und der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit von unserem Genossen Rosenfeld vorgehalten, daß die Sozialdemokratische Fraktion beschlossen worden ist, deren Forderung von Freisinnigen niedergesetzt zu werden. Wiedermal hat es erst eines Eingreifens der staatlichen Aufsichtsbehörde bedurft, den Magistrat auch nur teilweise zur Einsicht zu bringen. Dabei ist es von besonderem Reiz, daß diesmal der Minister in die Lage gekommen ist, gegenüber dem Berliner Stadtfreisinn den Sozialdemokraten Recht zu geben. Unser Redner unterstrich das Pitante dieser Situation nach Gebühr, im übrigen aber wandte er sich scharf gegen den Versuch der Regierung, die Volksschule Berlins zu einer konfessionellen zu stempeln. Für den Magistrat sprachen Stadtschulrat Fischer und dann noch der Oberbürgermeister. Gegen die Zumutung, den auf Probe beschäftigten Hilfsschullehrern auch bei Erkrankung die Amtszulage zu zahlen, wehrte Oberbürgermeister Kirchner sich mit all der Hartnäckigkeit, die auch in kleinen Dingen ihn nicht verläßt. Stadtschulrat Fischer fiel auf durch die Erklärung, daß der Unterrichtsminister in der Betonung der Konfessionalität der Volksschule gegenüber der Stadt Berlin „eine milde Praxis wälten lasse“. In die Debatte griff zuletzt auch noch Stadtverordneter Cassel ein, um des Magistrats ablehnende Haltung in der Frage der Amtszulage zu verteidigen. Den Schluß machte ein Geschäftsordnungsgreiff zwischen dem Vorsteher Mischelet und seinem Stellvertreter Cassel. Dann wurden nach der Vorlage des Magistrats die von ihm beantragten Änderungen angenommen, aber ein Antrag des Dr. Ritter bezüglich der Weiterzahlung der Amtszulage und ebenso ein gleichartiger Antrag der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Frische Fische, gute Fische.

Der Spittelmarkt seligen Angedenkens ist aus der altberliner Verlenkung zu neuem Leben emporgestiegen. Nur die ältere lebende Generation kann sich noch erinnern, daß hier — in der Nähe des Bereichs der heute ziemlich bedeutungslosen Fischeverteilung — die durch ihre böse Junge berühmten Berliner Fischweiber an zwei Wochentagen ihre Netze auswerfen — in hölzerne Bottiche und Wannen hinein, wo die Kaltblüter unter freiem Himmel auf ebener Erde lustig ihrem rumhulose Ende entgegen schwammen. Der tote Handelsfisch war Anno dazumal, als die Spree noch reichen Fischgehalt aufwies, in Berlin etwas Unbekanntes, und gar Seefische fanden

sich nur in Delikatessläden. Nun spannen sich über dem modernen Berliner Fischmarkt sieben hochgewölbte Dächer, Frau Verolina höchstselbst hat das Protektorat übernommen und tausende, bei denen Schmalhans Küchenmeister ist, strömen nach den weiten Verkaufshallen. Selten genug bietet sich der Anlaß, der Berliner Stadtverwaltung zu einem vollen Erfolg zu gratulieren. Hier kann man es wohl ohne Optimismus tun. Und nur der elle Weigelemaad, daß die guten bürgerlichen Fische erst durch die „faulen agrarischen Fische“ den Weg zum Massentransport nach der Weltstadt gefunden haben, ist nicht zu verwirren. Man muß beinahe Siebenmeilenstiefel anziehen, um das neuartige Bild des Fischverkaufs an verschiedenen Stellen hintereinander in sich aufzunehmen und beim Beobachten des hungrigen Großstadtmagens nicht zu spät zu kommen. Schon vor 8 Uhr standen gestern die Käufer in der Wedding-Markthalle in drei und vier Reihen. Mit dem Glockenschlag kam Zuzug von allen Seiten. Man steht früh auf, um nicht das Nachsehen zu haben. Der Stand könnte in dieser ausgesprochenen Arbeitergegend etwas größer sein. Auch die Fischvorräte waren hier bedeutend kleiner als in der Böttcherstraße, wo schon um halb neun Uhr der Handel äußerst flott ging. Da diese Markthalle sonst außer Betrieb gefest ist, steht genügend Raum zur Verfügung. Den größten Andrang konnten wir im Osten, in der Andreasstraße in zehnter Stunde beobachten. Hier findet der Verkauf bei gutem Wetter auf dem ausgedehnten Markthallenhofe statt, nur bei schlechter Witterung im Innern der Halle. Die Menschen standen in Reihen von 8 bis 10 Personen, darunter wohl auch manche Neugierige. Das planlose Gedränge erschwerte den Verkauf. Viele gingen wieder fort, weil sie keine Zeit hatten, eine halbe Stunde und mehr zu warten. Bieleicht ist es möglich, drinnen und draußen gleichzeitig Verkaufsplätze einzurichten oder bei gutem Wetter, das ja den Besuch erhöht, noch einen zweiten Stand auf dem Hofe. Was der Schuhmannsposten hinter dem Verkaufstand zu suchen hatte, war etwas unklar. Der Markthallenaufseher genügt vollkommen. Die Ware war allseits tadellos, ließ nicht den geringsten üblen Geruch merken. Die Käufer setzten sich fast durchweg aus den untersten Ständen zusammen. Auch zahlreiche Männer kauften mit Kennerblick. Selten sah man „behütete“ Damen. Diese glauben sich noch etwas zu verbergen, wenn sie sich unter das hungernde Volk mischen. Sehr angenehm berührt der Ton der Händler dem Publikum gegenüber. Vom altberliner Jargon a la Spittelmarkt ist nichts zu spüren. Noch mehr fiel uns die ruhige, gedrückte Haltung der Kaufenden auf. Der Berliner Wig, der sich sonst so gern an derartige Reversierungen heranmacht, scheint ausgestorben zu sein, ein sicherer Beweis, wie ernst die Teuerungslage ist. In der ersten Stunde, als sich die Vorräte bedenklich gelichtet hatten, rückten die Allerärmsten an. Sie erwarben für wenige Pfennige die übriggeliebten Fischköpfe, die mit Kartoffeln und Grünzeug zusammengekocht, eine wenigstens den Magen füllende „Fischsuppe“ ergeben. Küchenrezepte, die es gratis gibt, wurden so gut wie gar nicht verlangt. Die lieben Hausfrauen wollen ihre Unkenntnis im Fischfischen nicht verraten. Mandes Kopfzerbrechen macht noch die Pfennigrechnung, aber man kauft höflich auf und läßt sich keinen Kupferling zu viel abnehmen.

Die Hinzunahme der Markthalle am Magdeburger Platz für den städtischen Fischverkauf hat etwas überrastet. In dieser Gegend wohnen doch nur sehr wenige kleine Leute. Viel nötiger ist die Ausdehnung des Fischhandels auf die ständig stark besuchte Halle in der Ackerstraße. Von hier nach dem Wedding oder nach dem Schönhauser Viertel ist es für die Interessenten zu weit. Alles in allem will die Geschichte doch noch nicht so gut klappen, wie es wünschenswert ist, aber man soll zunächst nicht zu sehr kritisieren und hoffen, daß die bestehenden kleinen Mängel baldigt beseitigt werden.

Der Termin zu den Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung ist bekanntlich auf Sonntag, den 5. November, festgesetzt. Die ursprünglich in Aussicht genommene Wahlzeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags hat eine Wenderung erfahren. Es wird jetzt von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags gewählt.

Wenzelwagenbetrieb. In der Nummer vom 6. Oktober brachten wir eine Notiz über die Versuche mit benzoelektrischen Triebwagen auf der Kleinbahn Reinickendorf-Liebenwalde-Groß-Schönebeck. Hierzu schreibt uns die Firma Bergmann:

„Der Wenzeltriebwagen ist nicht infolge von Betriebsstörungen aus dem Betrieb genommen, vielmehr war er laut Vertrag überhaupt nur bis zum 1. Oktober in den Betrieb eingestellt, weil das Fahrzeug zum Betrieb mit Anhängern nicht gebaut war und die am 1. Oktober notwendige Heizung des Anhängers daher Schwierigkeiten macht. Auch die Leistungsfähigkeit des Fahrzeuges war nach jeder Richtung hin zufriedenstellend, das daselbe durchaus das leistete, was von ihm erwartet war. Störungen sind bei den ersten Versuchen mit derartig neuen Triebarten (schlechterdings nicht ganz zu vermeiden) und die wenigen auftretenden Störungen ließen sich mit leichter Mühe und für dauernd beheben, so daß bei Einführung eines benzoelektrischen Betriebes auf Grund der bisherigen Erfahrungen schon jede beliebige Garantie für Betriebssicherheit gegeben werden kann. An eine endgültige Einführung des benzoelektrischen Betriebes auf obiger Bahnlinie hat die Betriebsverwaltung, soweit uns bekannt, niemals gedacht, da der Betrieb dort für diese Triebart längst zu umfangreich geworden ist.“

Der „Spaziergang im Grunewald“, bei dem ein Herr und eine Dame von einem Gardam angehalten wurden, hat nicht (wie im „Vorwärts“ Nr. 245 zu lesen stand) am Dienstag stattgefunden, sondern am Montag.

Das Opfer eines Bootsunfalls, der 25 Jahre alte Handlungsgehilfe August Vargel aus der Choriner Straße 58, wurde gestern nachmittags 2 Uhr an der Westwärdstraße gelandet. Sonntag vor acht Tagen hatte Vargel in den Abendstunden mit seiner Frau, der 18 Jahre alten Arbeiterin Ella Köhn und deren 20 Jahre alten Bruder Ernst, auf der Spree eine Rahuifahrt unternommen. Dem zu dieser Fahrt gemieteten Boot fehlte trotz der Dunkelheit jede Beleuchtung. Diese Unterlassung und der Umstand, daß die drei jungen Leute des Ruderns nicht kundig genug waren, führte am Westwärdufer in der Nähe des Café Gärtners zu einer Katastrophe. Als der Führer des aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Schleppdampfers „Agnes“ aus Charlottenburg das Boot sah, gab er, da es in seinem Fahrwasser war, drei kurze Signale. Da das Boot nicht von der Stelle fuhr, verfuhrte der Führer an diesem vorbeizukommen. Dies wäre ihm auch gelungen, wenn nicht plötzlich das Boot direkt auf den Dampfer zu gefahren wäre. Bei dem hierauf erfolgten Zusammenstoß kippte das Boot um und warf alle drei Insassen ins Wasser. Sofort wurden vom Ufer, wo der Vorfall bemerkt worden war und großes Aufsehen erregt hatte, sowie von dem Dampfer aus Rettungsversuche angestellt. Es gelang auch die Geschwister

Köhn in bewußtlosem Zustande aus dem Wasser zu ziehen. Wiederbelebungsversuche, die sofort von einem hinzugerufenen Arzt angestellt wurden, waren erfolglos. Die Geschwister erholten sich bald und haben keinen körperlichen Schaden von dem Unfall davongetragen. Der Bräutigam des Mädchens aber war sofort untergegangen und kam nicht wieder zum Vorschein. Alle Bemühungen, seine Leiche zu bergen, blieben ohne Erfolg. Gestern nachmittag landete man sie endlich nicht weit von der Unglücksstätte entfernt.

Die zweite Fahrt der „Schwaben“ nach Berlin.

Zum zweitenmal hat am gestrigen Donnerstag der Zeppelinballon „Schwaben“ Berlin einen Besuch abgestattet. Gestern früh 4 1/2 Uhr stieg derselbe mit fünf Passagieren zum Flug nach Berlin auf. Um 8 Uhr wurde der Ballon bereits in Hoerstel bei Rheine gestrichelt. 9.40 Uhr überflog er die öffentlichen Gebäude im Zentrum der Stadt Bremen sowie das Verwaltungsgebäude des Norddeutschen Lloyd und fuhr um 9.50 Uhr in der Richtung nach Hamburg längs der Bahnlinie weiter. 11.30 Uhr erschien das Luftschiff über dem Hamburger Hafen, wo es von den Dampfschiffen der im Hafen liegenden Schiffe begrüßt wurde. Der Ballon passierte alsdann 12.05 Uhr Vergeborf, 1.45 Uhr Wittenberge, 3.05 Uhr Rauen und traf gegen 3.35 Uhr über Berlin ein. Er flog über Charlottenburg, das Brandenburger Tor, die Straße Unter den Linden nach dem königlichen Schloß und wendete etwa über dem Alexanderplatz in der Richtung nach Johannisthal. Dort traf das Luftschiff, von einer Gries-Rumpel-Taube und einem Harlan-Gindecker umkreist, um 4 Uhr über dem Flugplatz ein. Um 4.40 Uhr erfolgte etwa 100 Meter vor der Halle die Landung, nachdem zwei Landungsversuche mißlungen waren, weil das Luftschiff wegen der hohen Zuschauertribünen nicht tief genug herabgehen konnte, so daß es umzukreisen war, den Flugplatz und seine Umgebung wiederholt zu umkreisen.

Aus dem Fenster gestürzt ist am Donnerstagnachmittag 2 1/2 Uhr der neun Jahre alte Sohn Gustav des Arbeiters Fehner aus der Kopenstr. 63. Während der Abwesenheit der Mutter, die ihrem Ramme Essen zur Arbeitsstätte trug, öffnete der Knabe das Küchenfenster der im dritten Stock belegenen elterlichen Wohnung und sah hinaus. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber auf den Hof hinab, wo er bewußtlos liegen blieb. Hausbewohner brachten den Verunglückten zunächst nach der Unfallstation in der Kopenstr., von wo er mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt wurde. Der Knabe hat durch den Sturz einen Schädelbruch und Armbruch sowie schwere innere Verletzungen erlitten; sein Zustand soll hoffnungslos sein.

Eine Gasexplosion erfolgte gestern nachmittags gegen 4 Uhr auf dem Grundstück Große Frankfurter Straße 77. Der Explosionsherd lag in einer Wohnung im Hochparterre des zweiten Ouergebäudes. Die Wohnung gehört einer Familie Thews und besteht aus mehreren Zimmern. Gestern nachmittag war dort der 35jährige Schlosser Maxim Buske aus der Emdener Straße 33 damit beschäftigt, eine neue Gaskrone anzuschrauben. Als er die Arbeit beendet hatte, wollte er die Leitung mit einem Streichholz ableuchten. Kaum hatte er aber das Streichholz entzündet, als eine heftige Explosion erfolgte. Buske und eine andere Person, die sich noch in dem Raum aufhielt, wurden durch den Luftdruck zur Seite geschleudert. Die Hauptwirkung der Explosion verbreitete sich nach der Decke. Hier wurde der ganze Fuß ausgehoben; in der darüberliegenden Wohnung wurden mehrere Dielen des Fußbodens hochgehoben und Möbelstücke umgeworfen. In der Wohnung der Familie Thews stürzten gleichfalls die Möbelstücke durcheinander und alle Fensterscheiben gingen in Trümmer. Auch zwei Türen wurden durch den Luftdruck eingedrückt. Die sich bei der Explosion entwickelte Stichtamme hatte außerdem Gardinen und Decken in Brand gesetzt und dem Schlosser Buske schwere Brandwunden dritten Grades im Gesicht und an beiden Armen zugefügt. Der Verunglückte wurde von der inzwischen eingetroffenen Feuerwehr verbunden und nach der nächsten Unfallstation geschafft. Die Unfallstelle selbst wurde von der Feuerwehr aufgeräumt.

Wenn man einen Schuhmann braucht. Ein Leser schreibt uns: Am Dienstag, den 17. Oktober (an welchem die Massenveranstaltungen gegen die Teuerung stattfanden), beobachtete ich des Nachts um 11 Uhr an der Ecke der Prenzlauer Allee und Preßelstraße, wie ein alter, anscheinend obdachloser älterer Mann mit weihem Haar sich zunächst an einem Leitungsmast der elektrischen Straßenbahn auf den Erdboden setzte. Als er einige Zeit dort gesessen hatte, kam eine Straßenbahn angefahren, vor die sich der alte Mann plötzlich auf die Schienen warf. Nur der Aufmerksamkeit des Wagenführers war es zu danken, daß der Mann nicht überfahren wurde. Der Führer hatte den Wagen durch schnelles sträftiges Bremsen noch rechtzeitig zum Stehen bringen können. Ein Herr aus Reichensee und ich verjuchten nunmehr, den Mann von den Schienen zu entfernen, was uns auch trotz heftigen Sträubens des Mannes gelang. Der Mann legte sich aber wieder auf die Schienen. Wir beide begaben uns nun auf die Suche nach einem Schuhmann, um die Wegschaffung des alten Mannes bewerkstelligen zu lassen. Trotzdem wir aber mehrere Straßen absuchten, war kein Schuhmann zu sehen, selbst auch an der Kreuzung der Danziger Straße und Prenzlauer Allee nicht, wo, wie mir bekannt, immer ein Schuhmannsposten steht. Als wir beide zu dem alten Manne zurückkehrten, wurde uns aus dem sich inzwischen gebildeten Auflauf zugerufen: „Heute werden Sie wohl die Schuhe bloß in der Nähe der sozialdemokratischen Versammlungen finden.“ Wir schafften nunmehr den Mann, der sich immer wieder sträubte, nach dem Obdachlosenstahl. Die Suche nach einem Schuhmann hatte, trotzdem wir beide Fahräder benutzten, eine geraume Zeit in Anspruch genommen. Es war mir unfällig, daß gerade in der Gegend des Ahls, wo immer Schupleute patrouillieren, kein einziger zu finden war.

Die hatten auch wichtigeres zu tun. Es ist aber immer so: wenn man einen Schuhmann braucht, ist meistens keiner zu finden.

Der Kriminalschuhmann Weht vom Berliner Volksgesundheitsrat, dessen Leiche, wie bereits gemeldet, auf dem Bahnhof Spandau in einem Abteil dritter Klasse eines nach Hamburg gehenden Personenzuges vorgestern abend aufgefunden wurde, ist eines natürlichen Todes gestorben. Die ärztliche Untersuchung hat einwandfrei ergeben, daß der Beamte einem Herzschlage erlegen ist. Fremdblich bleibt aber noch immer der Umstand, daß bei dem Verstorbenen weder eine Fahrkarte, noch irgendwelche Papiere vorzufinden wurden. Es ist aber wohl möglich, daß der Kriminalschuhmann während der Fahrt vor der Station Spandau verstorben und daß ihm von einem Passagier dann die Fahrkarte und das Portemonnaie entwendet worden ist.

Von einem Krankenautomobil überfahren wurde gestern nachmittags 6 Uhr zwischen Hottewitzstraße und Tempelhofer Ufer ein von der Arbeit heimkehrender Bauarbeiter. Der Mann hatte ankommend infolge des dort herrschenden Stiefes die Hüfte des Krankenwagens nicht gehört, er wurde von dem Auto erfasst und mehrere Meter fortgeschleift. Schwer verletzt wurde der Leberfahrene nach der Unfallstation und von da nach dem Krankenhaus Wehmannen gebracht.

Gefährlicher Sturz aus dem Fenster. Ein schwerer Unfall hat sich gestern vormittags gegen 9 Uhr auf dem städtischen Grundstück Wilhelmstr. 69 zugetragen. Beim Fensterputzen stürzte dort eine Frau, deren Personalien noch nicht feststehen, aus einem

Fenster des zweiten Stockes auf die Straße hinab. Die Verunglückte blieb bewusstlos mit einer stark blutenden Kopfwunde liegen und wurde nach der Unfallstation in der Kronenstraße geschafft. Hier stellte der Arzt einen schweren Schädelbruch fest, so daß die Frau sofort nach dem Urban-Krankenhaus transportiert werden mußte.

Wegen Kindesmordes wurde Mittwochabend das frühere Dienstmädchen Martha Sängel von der Kriminalpolizei verhaftet. Das Mädchen wohnte seit dem 1. Oktober in der Mathenower Str. 88 und war außerhalb des Hauses beschäftigt. Es hatte viel Umgang mit Soldaten, aber weder die frühere Dienstherrschaft noch die jetzigen Wirtskleute merkten etwas von der Veränderung ihres Zustandes. Mittwoch früh erregten Blutspuren auf der Treppe und auf dem Hofe den Verdacht des Pförtners, und die Ermittlungen der Kriminalpolizei, der er Anzeige machte, ergaben, daß die Sängel ein Kind geboren, in einem Korbchen erstickt und die Leiche mit der Asche in den Müllkasten geschüttet hatte. Bei ihrer Rückkehr von Arbeit wurde das Mädchen festgenommen und vorläufig als Vollzeitsgefängene nach der Charité gebracht. Die Verhaftete ist 25 Jahre alt.

Aufgeklärt ist ein Mörderfall, den gestern ein Arbeiter an der Böschung des Landwehrkanals in der Nähe des Schweizerhauses im Tiergarten machte. Dort lag ein dunkelbraunes Jackett und daneben eine Handtasche, die unter anderem Papiere auf den Namen des 18 Jahre alten Dienstmädchens Agnes Jäger enthielt. Eine Schwester dieses Mädchens wurde ermittelt und erkannte die Sachen. Wie sie mitteilt, war Agnes Jäger bis vor einiger Zeit Verkäuferin in einer Konditorei in Pankow. Eines Lungensleidens wegen hielt sie sich dann 14 Tage bei ihren Eltern in Bismarckstraße am Harz auf. Hierauf nahm sie vor 10 Tagen bei einer Rentnerin in Steglitz wieder einen Dienst an. Dieser gefiel ihr aber nicht. Vorgefunden schrieb sie ihrer Schwester in der Oranienstraße, daß sie sich das Leben nehmen wolle. Ohne Zweifel ist sie dann im Tiergarten in den Landwehrkanal gegangen. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei welchem drei Personen verletzt wurden, ereignete sich am gestrigen Donnerstagnachmittag gegen 7/8 Uhr in der Brückenstraße. Dort stieß vor dem Hause Nr. 5 ein Zug der Straßenbahnlinie 9 (Richtung Jannowitzbrücke) auf den Anhängewagen eines vor ihm fahrenden Zuges der Linie 28 auf, der die Fahrgeschwindigkeit plötzlich verringern mußte, weil ein fremdes Fuhrwerk kurz vor ihm die Schienen kreuzte. Bei dem Zusammenprall erlitten drei Passagiere des angefahrenen Anhängewagens Verletzungen.

Verloren. Montag, den 16. Oktober, ist im Jirkus Busch eine Pelzboa verloren gegangen. Der Finder wird um Abgabe gebeten in der Expedition des „Vorwärts“, Charlottenburg, Selenheimerstraße 1.

In der Versammlung im „Elysiun“, Landsberger Allee, ist ein Pelztragen verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, denselben bei Werner, Petersburger Straße 69, abgeben zu wollen.

Gefunden wurde in der Versammlung bei Franke in der Bodestraße ein Herrcenting; abzuholen im Sekretariat der Redaktion, Lindenstraße 89.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Stadtverordnetenversammlung. Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen fand um 7 Uhr eine gemeinsame Sitzung der Stadtverordneten und der Mitglieder des Magistrats statt, in welcher die Vertreter der Stadt und ihre Ergänzungsmänner zum Zweck der Wahl der Grob-Verlin gewählt wurden. Da der Magistrat und die Parteien sich vorher über die Personen der zu Wählenden geeinigt hatten, konnte die Wahl durch Jurauf erfolgen. Es wurden gewählt: vom Magistrat Oberbürgermeister Schulte-Haus (als sein Ergänzungsmann Bürgermeister Matting), Stadtbaurat Vredtschneider, (Stadtrat Cassierer), Stadthilfsrat Dr. Raier (Stadtrat, Stadthalter Dr. Jaffé), Kammerer Scholz (Stadtbaurat Seeling), von den Liberalen Stadtverordneten-vorsitzer Kaufmann (Stadtverordneter Willmer), Dr. Freytag (Harnisch), Dr. Krüger (Meier), Dr. Flatau (Vollmann), von der Vereinigung Veder (Dr. Liepmann), von den Sozialdemokraten Hirsch (Dr. Vorhardt).

Dann wurde die unterbrochene Sitzung wieder aufgenommen. Eine längere Debatte erhob sich bei der Vorlage eines Ortsstatuts über die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen. Im Namen der Sozialdemokraten verlangten die Stadtverordneten Gebert und Jietzsch, daß das Statut nicht nur die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern an Sonn- und Festtagen verbieten solle, sondern, um jeden Zweifel auszuschließen, auch die von Gehilfen, Arbeiterinnen und weiblichen Lehrlingen. In der Diskussion kam auch vom Magistrat und den anderen Parteien zum Ausdruck, daß die weiblichen Arbeitskräfte von dem Statut mit umfaßt seien, zur deutlichen Aussprache im Statut ließen sie sich jedoch nicht bewegen, um wie angegeben wurde, das Statut in der Hoffnung mit dem der anderen Grob-Verliner Gemeinden in Uebereinstimmung zu bringen. Der liberale Stadtverordnete Vollmann nahm sich der armen Kohlenhändler an, die er von dem Verbot des Schließens ihrer Verkaufsstellen an Sonn- und Festtagen — das übrigens kein vollständiges ist, im Winterhalbjahr sollen die Geschäfte von 12—2, im Sommerhalbjahr von 8—10 Uhr vor-mittags geöffnet sein dürfen — ausgenommen wissen wollte. Er meinte, man könne das erreichen, ohne es ausdrücklich ins Ortsstatut aufzunehmen, indem man die Kohlen als Nahrungs- oder Genussmittel auffasse. Eher könnten sie noch als Medizin gelten. Erwiderte ihm treffend Genosse Gebert, Dr. Liepmann (Vereinigung) griff die Anregung Vollmanns auf und stellte den formellen Antrag, eine Ausnahme für die Kohlenhändler zu schaffen, was aber von seinen eigenen Fraktionsgenossen und denen des Herrn Vollmann namentlich mit Rücksicht auf die Uebereinstimmung mit Berlin abgelehnt wurde. Die Sozialdemokraten stimmten selbstverständlich gegen eine weitere Durchschiebung der ohnehin schon genug durchlöcherter Sonntagsruhe.

Die Vorlage über den Beschluß eines Nachtragsvertrages mit den drei Straßenbahngesellschaften, von der wir bereits Mitteilung gemacht haben, wurde zur näheren Prüfung einem Ausschuss überwiesen, dem von unseren Genossen die Stadtv. Gebert und Ritz angehören.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde ein von unseren Genossen eingebrachter dringlicher Antrag beraten: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, allen in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern genügend Gelegenheit zu geben, am Sonntag, den 5. November, ihr Wahlrecht zur Stadtverordnetenwahl ausüben zu können.“ Genosse Will begründete den Antrag, der deshalb notwendig sei, weil in den städtischen Betrieben eine Anzahl Arbeiter auch des Sonntags bis 8 Uhr beschäftigt seien, also das Wahlrecht, da die Wahlzeit um 6 Uhr schließt, nicht ausüben könnten. Bürgermeister Matting wies auf die Ausführungsbestimmungen zu den Bestimmungen über die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter hin, wonach in Fällen vorübergehender Behinderung, insbesondere durch Kontrollveranlassungen oder Wahlen, in der Regel auf ordnungsmäßig gestellten Antrag Urlaub unter Fortbezug des unverlängten Lohnes erteilt werden soll, und meinte, danach sei der Antrag eigentlich überflüssig, da die Dezerenten wohl in allen solchen Fällen Urlaub erteilen würden, wenn der Betreffende nicht gerade absolut unablöslich sei, in welchem Falle forso majore (höhere Gewalt) vorliege, die den Betreffenden an der Ausübung des Wahlrechts hindere. Genosse Dr. Vorhardt betonte, daß es doch recht gut wäre, wenn die Versammlung durch Annahme des Antrages deutlich zum Ausdruck bringe, sie wünsche, daß am Wahltag die Dezerenten der städtischen Betriebe in weitestgehendem

Maße den Arbeitern den kurzen Urlaub zur Ausübung ihres Wahlrechts gewähren. Der Antrag wurde auch mit sehr großer Mehrheit angenommen.

In der Nacht zum Sonntag ist im Volkshaus, Rosinenstraße 8, vom Garderobentisch eine schwarze Ledertasche, enthaltend 4,50 M. Bargeld, ein Bund Schlüssel, ein Abonnement der Straßenbahnlinie 64, auf den Namen Eise Bunge lautend, abhanden gekommen. Es wird angenommen, daß es sich hier um eine Verwechslung handelt. Die Inhaberin der Tasche wird gebeten, dieselbe bei Frau Bunge, Rosinenstraße 8 abzugeben.

Schöneberg.

Ein schwerer Baumfall ereignete sich vorgestern nachmittag in der Eisenbahnstraße. Dort wird gegenwärtig ein Schulneubau aufgeführt, auf dem auch der Arbeiter Ignaz Lufoval aus der Langestraße 91 in Berlin beschäftigt war. Beim Abladen eines Quantums Steine in der Höhe der dritten Etage fiel ein Mauerstein herab und traf den untenstehenden L. mit solcher Wucht am Kopf, daß er blutüberströmte und besinnungslos zu Boden stürzte. Der Verunglückte, der einen Schädelbruch erlitten hatte, wurde nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft.

Wilmerdorf-Salensee.

Ein schwarzes Bauunglück ereignete sich gestern gegen Mittag auf einem Neubau in der Hildegardstr. 2. Bei Maurerarbeiten stürzten dort die beiden Maurer Ludwig Cahn aus der Herderstr. 18 in Steglitz und Otto Maar aus der Wilhelmstraße 77 in Wilmerdorf von einem Gerüst aus der Höhe des 2. Stock ab. Beide Verunglückte blieben bewusstlos unten liegen. Sie hatten schwere Kopfverletzungen davongetragen und mußten mit einem Krankentwagen der Wilmerdorfer Feuerwehr nach der Charité gebracht werden. Besonders das Befinden des Maurers Cahn gibt zu Bedenken Anlaß. Wodurch der Unfall verursacht wurde, konnte noch nicht festgestellt werden.

Rixdorf.

Eine Gaunerin, die Kindern auf der Straße auflauert und ihnen Geld und Waren ablockt, indem sie sie gegen ein kleines Geldgeschenk zu einer erdichteten Bestellung weglädt, ist in Rixdorf wieder aufgetreten. Die Gaunerin ist etwa 17 bis 19 Jahre alt und trug bisher ein schwarzes Jackett, einen schwarzen Rock, schwarze Handschuhe und abwechselnd einen roten Filzhut mit schwarzer Schleife und einen schwarzen Hut mit rotem Samtband.

Pankow.

Der von der Gemeinde veranlaßte Seefischverkauf findet jeden Freitag, vormittags von 8—11 Uhr, auf dem Gemeindegelände in der Markensstraße zu besonders billigen Preisen statt. — Der Kleinverkauf von Kartoffeln wird bei den Kaufleuten J. Freilinger, Viktorstr. 11, und A. Schmelzer, Kurfürstenstr. 31, eingerichtet, wofür die Kartoffeln von Sonnabend, den 21. d. M. ab, in Mengen von mindestens 10 Pfund zum Preise von 41 Pf. abgegeben werden. Bei dem Seefischverkauf wird mit einem Umsatz von mindestens 15 Zentnern gerechnet.

Ober-Schöne-weide.

Aus der Gemeindevertretung. Der Vertretung lag ein Antrag des Gemeindevorstandes vor, welcher die Angliederung des neu gebildeten Amtsbezirks Buhlheide an den Amtsbezirk Ober-Schöne-weide vorsieht unter Zugrundelegung eines Ortsstatuts über die Bildung eines Amtsausschusses. Die Frage des Amtsbezirks beschäftigt schon seit Jahren die Gemeindevertretung; ihr Vorberichtsbeschluss auf Schaffung eines selbständigen Bezirkes unter Aufhebung der Kombination mit dem Amtsbezirk Köpenick-Forsik ist von den Aufsichtsbehörden nicht beachtet worden. So war von vornherein zu erwarten, daß die Vorlage auf Widerstand stoßen würde. Den ablehnenden Standpunkt unserer Vertreter begründete Genosse Grunow, welcher darauf hinwies, daß wohl generell gegen die Bildung größerer Körperlichkeiten nichts einzuwenden sei; wenn aber weiterhin die Gemeinde sich ihres Selbstbestimmungsrechtes über die Polizeiangeligenheiten begeben solle, so könne kein Vertreter dem zustimmen, jenseit der Gemeindevertretung bei der Zusammenlegung des Ausschusses nur die Wahl von zwei Mitgliedern zugestanden wird. Die Vertretung übertrug übrigens am Kofien-punkt, da die Zustände in der Buhlheide eine wesentliche Verbesserung des Sicherheitsdienstes erforderten. Nach längerer Debatte, in welcher sich noch Herr Koltenberg gegen den Entwurf und Herr Schölle Herwig dafür aussprachen, wurde derselbe in namentlicher Abstimmung mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt und ein Antrag unserer Genossen angenommen, welcher die Bildung eines kombinierten Amtsbezirks ausschließt.

Auf Antrag der Bibliothekskommission soll in der ersten Gemeindefesthalle in der Fritschestraße eine öffentliche Lesehalle im Anschluß an die Volksbibliothek errichtet werden. Herr Schölle Herwig hielt den Zeitpunkt für eine solche Einrichtung als verfrüht, mußte sich aber vom Genossen Ruth darüber belehren lassen, wie nutzbringend gerade in dieser Beziehung die Aufwendungen der Gemeinde angelegt würden, so daß von einem „zu früh“ keine Rede sein könne. Der Antrag fand Annahme mit der Maßgabe, daß die Eröffnung am 1. November stattfinden soll; vorläufig ist geplant, die Lesehalle dreimal wöchentlich 2 Stunden zu öffnen. Die Auswahl der Zeitungen und Zeitschriften wird der Bibliothekskommission überlassen, welche auf Antrag Ruth um 1 Mitglied verstärkt wird.

Die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 575 000 M. zur Ab-schließung der auf dem erworbenen Gemeindegelände bei Kobelenhof ruhenden Hypotheken wurde beschlossen. Zum Schluß der Sitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag unserer Genossen verhandelt, welcher die Schaffung einer Kommission fordert, die über Mittel zur Verringerung des durch die Her-z-sch-e-n-d-e-Te-n-e-r-u-n-g heraufbeschworenen Rotanstandes beraten soll; die Vertretung beschloß einstimmig dem-gemäß. Nach den Ausführungen der Herren Heilmann und Herwig zu schließen, welche dieselben in Bezug auf die Teuerung und ihre Verringerung machten, wird man keine großen Hoffnungen auf das Ergebnis setzen dürfen.

Frederodorf a. d. Ostbahn.

Unhaltbare Zustände herrschen, wie man uns schreibt, zurzeit am Bahnhof Frederodorf. Infolge der großen Trockenheit dieses Sommers war auf der nach Petershagen führenden Chaussee eine Staubentwicklung, die durch den starken Wagenverkehr ungemein belästigte. Die Ursache dieses Zustandes liegt darin, daß wahrscheinlich aus Sparsamkeitsrücksichten, statt eines harten Schüttungs-materials, bei der Instandsetzung der Chaussee, welcher Kalkstein-schutt verwendet wurde. Tritt Regenwetter ein, dann ist der größte Teil der Straße mit Schlamm bedeckt. Schon im vergangenen Winter haben die Passanten mitunter unliebsame Bekanntschaft mit dem Schlamm gemacht, welcher von der Chaussee herabgezogen und in Häufen an der Seite der Straße fast den ganzen Winter hindurch gelegen hat. Die Abortanlagen verbreiten einen unerträglichsten Duft. Schernd wird es mit der Entleerung der Gruben und Desinfizierung der Anlagen nicht so genau genommen, sonst dürfte es nicht vorlommen, daß aus dem vor dem Abort für Männer an der Erde angebrachten Verschlußdeckel zuweilen die Jauche hervorquillt und über die ganze Breite der Straße fließt, wie dies am Abend des 8. und 15. d. M. erst wieder der Fall war. Obwohl diese, wie auch andere unhaltbaren Zustände vor einiger Zeit der Eisenbahndirektion Berlin schriftlich mitgeteilt wurden, ist scheinbar bisher nichts unternommen, um Abhilfe zu schaffen. Derartige ständeliche Zustände dürften auch nur im proletarischen Osten zu verzeichnen sein, weil der reiche Westen sich so etwas lieber nicht gefallen lassen würde. Ebenso ist es mit dem Heigen der Jüge. Während die westlichen Vorortzüge sowie die Stadtbahn schon längst geheizt werden, sind die Jüge von und nach Stralsberg meistens fahrende Gefrieranlagen. Vielleicht sorgt die Eisenbahndirektion Berlin für

Abhilfe der hier gerügten und vom Publikum als unerträglich empfundenen Mißstände.

Röpenitz.

Der Gesangverein Männerchor Röpenitz veranstaltet morgen, Sonnabendabend sein diesjähriges Herbstkonzert im Stadttheater unter Mitwirkung der Konzert- und Oratorienängerin Frau Bonkin-Aberhold. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pf. festgelegt. Die Arbeiterschaft wird gebeten, durch regen Besuch das Arrangement zu unterstützen.

Friedrichsfelde.

Die in dem gestrigen Bericht über die Teuerungsbefragung angegebene Besucherzahl 2500 beruht, wie unsere Leser gleich bemerkt haben werden, auf einem Irrtum. Mit den örtlichen Verhältnissen vertraute werden wissen, daß uns am Orte kein Lokal zur Verfügung steht, das eine solche Besucherzahl zu fassen vermag. Die Zahl der Befragungsteilnehmer mag etwa 600—700 betragen haben und auch diese vermochte das Befragungsort nur knapp aufzunehmen.

Teltow.

Zu der am Dienstag hier gefundenen, besonders von Frauen gut besuchten Protestversammlung gegen die herrschende Teuerung referierte die Genossin Wöhm. In der Diskussion, die dem mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Referat folgte, wurde ein Eingehend der Teltower Zeitung, worin die Teuerung abgelehnt wird, verlesen und vom Stadtverordneten Genossen Franke ein gehöriger Artikel unterzogen.

Alt-Landsberg.

Ueber Kriegsgeld, Lebensmittelteuerung und Reichstagswahl referierte in einer in Kadebrück tagenden, gut besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Wöhm. Das eingehende, scharf pointierte Referat wurde von den Versammelten mit regem Interesse verfolgt und am Schluß mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nowawes.

Eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung fand am Mittwochabend in den „Deutschen Festhallen“ statt. Reichstags-abgeordneter Genosse Adolf Wed (Offenburg) sprach über das Thema „Müßigkeit und Ausblut am Jahrestag der Leipziger Völler-schlacht“. Redner stellte das fürchterliche Ringen in den Tagen des 18., 19. und 20. Oktober 1813, wo dem kaiserlichen Veltzeroberer ein Ziel gesetzt wurde, in Vergleich mit dem heutigen Befreiungskampf des deutschen Proletariats. Der wiederholte Mordzug von Regierung und Junkern auf die Tausende des Volkes, ihre Verurtheilung zur weiteren Anbelagerung der Arbeiterklasse sowie die gegenwärtige Teuerung und ihre Ursachen fanden eine vernichtende Kritik. Die vorgelegte, sich gegen die Un-tätigkeit der Regierung wendende Resolution fand einstimmige Annahme. Nach einer kurzen Aufforderung an die Anwesenden zum Beitritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf die Arbeiter-zeitschrift „Schloß der Vorhänge“ die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Ein Umgehen der gesetzlichen Bestimmungen bedeutet es, wenn Personen unter 15 Jahren mit der Leitung eines Fuhrwerks betraut werden. Dem hiesigen Fuhrherrn Braun, der für die Gemeinde einen Sprengwagen fährt, wird zum Vorwurf gemacht, daß er seinen etwa 13 Jahre alten Sohn den Sprengwagen durch die Straßen fahren läßt. Die Organisation des Transportarbeiterverbandes will wegen dieses Mißstandes bereits einmal beim Herrn Bürgermeister vorstellig geworden sein, da es eine Gefahr bedeutet, wenn jugendliche Personen mit Fuhrwerk die Eisenbahnübergänge passieren. Wie man uns versichert, hat der Bürgermeister auch versprochen, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Gleichwohl kann auch jetzt noch beobachtet werden, daß der Knabe den Spreng-wagen fährt. Der Bürgermeister dürfte vielleicht jetzt von der Gemeindevertretung einmal zum energischen Einschreiten ersucht werden.

Jugendveranstaltungen.

Die Arbeiterjugend von Pankow beteiligt sich am Sonntag, den 22. Oktober, an dem Jugendausflug veranstalteten wissenschaftlichen Ausflug nach Rixdorf. Abfahrt Bahnhof Pankow morgens 6.27. Proviant und Wiederkehrer nicht vergessen.

Gerichts-Zeitung.

Der gerichtlich verfolgte Herwegh.

Das allbekannte Gedicht von Georg Herwegh: „Welt und arbeit“ ruzt die Welt, welches seit 1848 unbeanstandet veröffentlicht und verbreitet werden konnte, ist befanntlich in neuester Zeit öfter Gegenstand gerichtlicher Verfolgung gewesen. Das poetische Erzeugnis des Dichters Herwegh soll nach staatsanwaltschaftlicher Ansicht geeignet sein, verschiedene Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufzureizen. Diefelben Bedenken werden gegen das bekannte Rostische Lied: „Wer schafft das Gold gutage?“ geltend gemacht.

Wegen Verbreitung dieser beiden Lieder war Genosse Robert Umbreit, Geschäftsführer des Verlages der „Dortmunder Arbeiter-zeitung“ am 12. August 1910 angeklagt. Das Urteil der Dort-munder Strafkammer ging dahin: Das Herweghsche Gedicht sei nicht aufreizend und könne deshalb nicht beanstandet werden. Von dem Liede: „Wer schafft das Gold gutage?“ seien nur die beiden letzten Strophen aufreizend. Das Dortmunder Gericht erkannte aber an, daß sich Umbreit des aufreizenden Charakters des Lieder nicht bewußt gewesen sei und sprach ihn deshalb frei. Darauf ließ Umbreit als Herausgeber eines „Arbeiterliederbuchs für Massen-gefang“ das Herweghsche Lied: „Welt und arbeit“, sowie die ersten drei Strophen des Rostischen Lieder: „Wer schafft das Gold gutage?“ unter Weglassung der beiden letzten Strophen beanstan-deten Strophen abdrucken. Aber die Freisprechung durch das Dort-munder Gerichtsurteil schützte den Genossen Umbreit nicht vor einer abermaligen Anklage. Es gibt ja noch Richter und auch Staatsanwälte sowie Kriminalpolizisten in Berlin. Einer der letzteren kaufte am 18. März vor dem Friedrichshain von dem Händler Lobes ein Exemplar des von Umbreit verlegten Lieder-buches. Die Folge davon war eine Anklage wegen Aufreizung gegen Lobes und Umbreit, die gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II verhandelt wurde. Lobes war außerdem wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift, nämlich des werkllosen Machwerks „Die Wut“ angeklagt.

Der Staatsanwalt verfolgt die Ansicht, beide Lieder seien ge-eignet, zu Gewalttätigkeiten anzureizen, namentlich wenn sie — was ja die Bestimmung des Liederbuchs sei — in politisch be-wegten Zeiten von den Massen gesungen werden. Auf das Dort-munder Urteil könne sich Umbreit nicht berufen, denn nach dem-selben sei ja in Berlin am 17. Oktober 1910 in dem Prozeß gegen Wöhm und noch in einem anderen Falle Verurteilung erfolgt, weil das Berliner Gericht sowohl das Herweghsche als auch das ganze Rostische Lied als aufreizend erachtete. Umbreit werde doch sicher den „Vorwärts“ lesen, und durch diesen müsse er Kenntnis er-halten haben von den Berliner Urteilen. An seinem subjektiven Verschulden könne also nicht gezweifelt werden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Lobes 30 M., gegen Umbreit 100 M. Geldstrafe.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann führte als Verteidiger Umbreit aus, dieser müsse schon aus subjektiven Gründen freigesprochen werden, da er nicht habe wissen können, daß die beiden Lieder als

aufreizen angesehen werden könnten. Der Verteidiger legte einen ganzen Stoß von Gedichtsammlungen und Liederbüchern vor, in denen das Herwegh'sche Gedicht unbeanstandet veröffentlicht wird. Er berief sich auch darauf, daß die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vor Herausgabe des Liederbuches das Mörtische Lied unbeanstandet veröffentlichte konnte. Gestützt auf das Dortmunder Gerichtsurteil habe Umbreit in gutem Glauben die Lieder veröffentlicht. Von den entgegenstehenden Berliner Urteilen habe er nichts gewußt, was erforderlichfalls erwiesen werden könne. — Aber auch aus objektiven Gründen müsse Freisprechung erfolgen. Denn beide Gedichte enthielten nichts Aufreizendes, überhaupt nichts Strafbares. Es sei doch sehr bedenklich, wenn man von einem Kassierer Mensch werde daran denken. In der Beurteilung des Dichters, der durch Bilder aus dem physischen Leben psychische Vorgänge veranschaulicht, habe sich die Dortmunder Strafkammer zweifellos auf einen höheren Standpunkt gestellt wie die Berliner Strafkammer in dem Urteil gegen Böckle. Wenn der Staatsanwalt meinte, die ungebildeten Leser könnten aus den Gedichten eine Aufforderung zu physischer Gewalttätigkeit herauslesen, dann unterschätze er den Bildungsgrad der organisierten Arbeiter ganz bedeutend. Jeder gebildete Mensch wisse doch, daß die Sprache der Dichter bildlich sei und nicht wörtlich genommen werden dürfe.

Das Gericht verurteilte Umbreit wegen Aufreizung zu 50 M. Lohn wegen Aufreizung und Verbreitung einer unzüchtigen Schrift zu 30 M. Geldstrafe. Das Gericht hat sich — wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung sagte — nicht auf den Standpunkt der Dortmunder Strafkammer gestellt. Beide Lieder seien aufreizend. Das Lied „Wer schafft das Gold zutage?“ müsse als Ganzes betrachtet werden. Dann aber seien auch die ersten drei Strophen aufreizend. Besonders komme es darauf an, daß die Liederbücher zum Massengesang in großen Versammlungen bestimmt seien. Man müsse sich den Geist der Gegenwärtigen, der in solchen Versammlungen herrsche. Da genüge ein Tropfen, um das Maß zum Ueberlaufen zu bringen. In dieser Weise könnten die bezeichneten Lieder unter den Massen wirken. Umbreit berufe sich auf das Dortmunder Urteil, weil ihm das zufallen komme. Sonst sei man nicht gewohnt, daß sich Angeklagte in ähnlichen Fällen auf Gerichtsurteile berufen. Als Parteiführer und als Mann, der im gewerblichen Leben stehe, sei Umbreit in der Lage, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Ebenso wie wir (die Richter) müsse Umbreit den aufreizenden Charakter der Gedichte erkannt haben, um so mehr, da er als sozialdemokratischer Führer die Psyche der Massen kennen müsse. Umbreit werde auch das Berliner Urteil gekannt haben, denn als sozialdemokratischer Führer lese er doch sicher den „Vorwärts“. Er sei sich also bewußt gewesen, daß die Lieder aufreizend seien und müsse deshalb bestraft werden.

Krafter als in dieser Beurteilung kann sich die Weltfremdheit der Richter und das Recht auf Mißtrauen gegen richterliche Urteile schwerlich offenbaren. Wer durch politische Voreingenommenheit und Unkenntnis der Massenpsyche nicht beirrt ist, wird ebensowenig wie der Richter auf den Gedanken kommen, wer seine Lieder singt, wolle unsere aller Gerechtigkeit Lohn spendenden Zustände durch physische Gewalt beseitigen. Derselben Ansicht war das Dortmunder Gericht. Weil aber das Berliner Gericht inzwischen ein irriges Urteil in demselben Falle gefällt hätte, muten die Staatsanwaltschaft und das Gericht dem Angeklagten zu, er dürfe das Vertrauen zu dem Berliner Gericht nicht haben, daß es zu einer richtigen, mit der Ansicht des Angeklagten und des Dortmunder Gerichts übereinstimmenden anderen Entscheidung kommen würde. Kann etwas den Autoritätsglauben besser untergraben als diese Bestrafung des Genossen Umbreit. So wenig das Berliner Gericht den Geist des Gedichtes erfaßt hat, so wenig ist ihm das mit dem Geist gelungen, der in Versammlungen herrscht. In Arbeiterversammlungen herrscht der vom Gericht ohne Kenntnis der Wirklichkeit angenommene Drang nach Verletzung physischer Gewalt nicht. In Richterversammlungen wird das Lied „Vet und Arbeit“ wohl selten verlesen werden. Sollte es in einer solchen Versammlung aber durch die Verlesung des Gedichtes „Vet und Arbeit“ zu Gewalttätigkeiten kommen, so würde das einen so tiefen Niedergang des Richterstandes beweisen, daß man seine Kenntnis unmöglich beim Angeklagten und bei anderen Bürgern, die nicht zugleich Richter sind, annehmen darf. Nicht die Gedichte, sondern Urteile wie das gestern gesprochene wirken aufreizend. Und trotzdem wird auch ungedruckt „Vet und Arbeit“ und „Wer schafft das Gold zutage?“ ohne Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gesungen werden.

3000 Prozent Zinsen.

Ein riesen-Betrugsprozeß, zu welchem nicht weniger als 226 Zeugen geladen sind, begann gestern vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen fortgesetzten vollendeten und versuchten Betruges, verurteilt die Besetzung und Buchhalter Otto Klonus. Wegen Weisheit sind ferner der Schlosser und Rechner Karl Weppert, der Rechner Johannes Max Buchholz aus Rummelsburg und der Auskunftsbesitzer Otto Scharschmidt angeklagt. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsrat Briesow, die Anklage vertritt Staatsanwalt Professor Dr. Jehn, als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Bahn, Willi Beyer und Dr. v. Moers. Infolge des aufgebauten großen Zeugenapparates sind für die Verhandlung vorläufig 4 Sitzungstage in Aussicht genommen.

Der 23jährige Angeklagte Klonus betrieb bis zum Jahre 1907 das ehrsame Schneidereiwerk. Eines Tages hängte der damals 18jährige Schneiderei-Gehilfe Schere und Elle an den Nagel, da er sich zu etwas Höherem geloben glaubte und wurde „Bankdirektor“. Er mietete von einer Witwe Suroin in der Landsberger Str. 42 für 70 M. zwei kleine Zimmer, denen er die Namen „Empfangszimmer“ und „Privatkontor“ gab und nannte dann das ganze Darlehnbank. Er erließ in mehreren Zeitungen Inserate folgenden

Inhalt: Privatdarlehen an jedermann, sofortige Auszahlung, auch außerhalb. Auf diese Inserate hin meldeten sich aus allen Gegenden geldbedürftige Leute. Wie die Anklage behauptet, soll der Angeklagte in der Mehrzahl der Fälle gar nicht in der Lage gewesen sein, überhaupt Darlehen beschaffen zu können, sondern es nur auf die Zahlung der Kostenvorschüsse für die eingehenden Auskünfte abgesehen haben. Wie die Anklage weiter behauptet, soll Klonus diese Auskünfte, die stets schlecht lauteten, nicht von bewährten Auskunftsstellen, sondern von kleineren Winkel-Auskunfts-bureaus bezogen haben, deren Inhaber, wie behauptet wird, mit ihm unter einer Decke stekten und instruiert waren, nur ungünstige Auskünfte über die Darlehenssucher zu erteilen, damit er die Gesuche ablehnen konnte. Für die Auskünfte soll Klonus bis zu 8 M. gefordert haben, während er an die Mitangeklagten nur 1,10 bis 1,40 M. zahlte und die Differenz als mühelosen Verdienst in die Tasche steckte. Die Anklage wirft den Angeklagten Buchholz, dessen Ehefrau Inhaberin der Auskunftsstelle „Columbia“ ist, und Scharschmidt, der Inhaber der „Weltauskunfts Union“ ist, vor, von dem betrügerischen Vorgehen des Klonus Kenntnis gehabt und ihm durch die Lieferung der falschen ungünstigen Auskünfte Weisheit geleistet zu haben. — Außerdem wird dem Angeklagten Klonus noch ein Fall von Bucher zur Last gelegt. Einer Waise Frau L., die sich in Not befand, gab er ein Darlehen von 30 M., für das sie einen in zwei Wochen fälligen Wechsel über 45 M. ausstellen mußte. Das entspricht einem Zinssatz von 1300 Prozent. Für ein weiteres Darlehen von 60 M. mußte sie nach 14 Tagen 95 M. zurückzahlen, was einem Zinssatz von 3000 Prozent entspricht. Schließlich soll Klonus dem Kriminalkommissar Dr. Tektor gegenüber geäußert haben, es läme ihm auf 100 bis 200 M. nicht an, wenn eine Haus-suchung nicht vorgenommen würde. Hierin erblickt die Anklage einen Vesteckungsversuch. — Die Angeklagten bestreiten jede Schuld. Wir werden über den Ausfall des Prozesses berichten.

Haus aller Welt.

Ein Feldmarschall über die Not der Zeit.

Aus London wird uns geschrieben: Unter den vielen Briefen, die die englische Presse in der letzten Zeit über die allgemein herrschende Gärung im Volk veröffentlicht hat, ist wohl keiner so interessant, als ein Schreiben Lord Roberts, des alten englischen Feldmarschalls. Lord Roberts ist bekanntlich der Hauptverantwortliche der allgemeinen Wehrpflicht in Großbritannien, der sich bei allen Gelegenheiten bemüht, die Öffentlichkeit an seine militärischen Forderungen zu erinnern. Auch in dem vorliegenden Schreiben vertritt er es, die gerade lebhaft diskutierte soziale Frage mit seinem Lieblingsgedanken in Verbindung zu bringen.

Lord Roberts bezeichnet die Sozialreform und die nationale Verteidigung als die zwei wichtigsten Fragen, die gelöst werden müßten. Die liberale Partei komme nicht mehr in Betracht; sie habe ihre Aufgabe gelöst. Mit der Befolgung der Parliamentsmitglieder sei nun der fünfte Punkt der „Charter“ erfüllt und ein Geschichtsabschnitt zu Ende gekommen, dessen Anfang er selbst miterlebt habe. Jetzt müsse sich seine eigene, die konservative Partei aufmachen und dem Volke einen neuen Weg weisen. Soziale Reformen und die nationale Verteidigung seien eng miteinander verknüpft. Ehe man mit Anstand vom Volke die Opfer der allgemeinen Wehrpflicht verlangen könne, müsse ein Werk der sozialen Gerechtigkeit in Angriff genommen werden. Der Feldmarschall schreibt: „Die Verhältnisse, in denen Millionen unseres Volkes leben, lassen es mir ganz natürlich erscheinen, wenn sie sich keinen Pfifferling darum kümmern, unter welcher Herrschaft sie zu leben berufen werden, und ich kann ihren Mangel an patriotischem Gefühl sehr wohl verstehen.“

Wenn das ein „waterlandlofer“ Sozialdemokrat geschrieben hätte!

Auch sonst findet sich in dem Briefe neben manchen Schlägen auch manche gediegene Ansicht. So heißt es in dem Briefe: „Mit wieviel mehr Vertrauen würden wir die jungen Leute dieser Nation und des Reiches auffordern können, ihre Pflicht als Bürgersoldaten zu tun, wenn wir die Gewißheit hätten, daß sie England nicht als ein hartes Stiefmutter-, sondern als ihr wahres Mutterland betrachteten, das sie in der Jugend ernst erzieht und auch ihr Wohlergehen im Mannes- und Greisenalter nicht außer acht läßt? Und wenn wir sie weiter auffordern könnten, die Nation und das Reich zu verteidigen, weil sie innerhalb seiner Grenzen ein edleres und reicheres Leben führen können als an irgendeiner anderen Stelle der Welt? Doch haben es die jüngsten, nicht hinwegzuleugnenden Ereignisse klar gemacht, daß für Tausende und Abertausende Engländer, die der täglichen Arbeit nachgehen, die Aufforderung, sich für ihr Vaterland auszuspielen, wie eine Verleumdung der gesunden Vernunft klingen muß; denn die Verhältnisse, in denen sie leben, machen ihr Leben allein schon zu einem nie endenden Opfer.“

Ob man wohl weit am Ziele vorbeischießen würde, wenn man statt Engländer Deutsche, Oesterreicher, Franzosen, Italiener oder Amerikaner setzte?

Grubenkatastrophe in Nordfrankreich.

Durch eine Schlagwetterexplosion sind am Mittwochabend in einem Kohlenbergwerk bei St. Etienne 39 Bergleute getötet worden. Vor der Grube spielten sich noch Bekanntwerden des schweren Unglücks herzzerreißende Szenen ab. In banger Erwartung standen die Angehörigen vor dem Grubeneingang und jedesmal, wenn die Rettungsmannschaften eines der Opfer an das Tageslicht förderten, kündete jammervolles Klagen, daß eine Familie ihres Ernährers, eine Mutter ihres Sohnes beraubt war.

Ueber die Ursachen der Katastrophe berichtet der „Matin“ folgendes:

Am 16. Oktober war ein Brand im Schachte Des Planches entstanden. Sofort verließen die 220 Arbeiter, die in der Mine beschäftigt waren, den Schacht. Es gab dabei keinen Zwischenfall, aber die Arbeiten mußten unterbrochen werden. Am 18. Oktober ging die Direktion daran, eine Eindämmung des Feuers vorzunehmen, mit der Absicht, den Brandherd zu isolieren. Eine Anzahl

von 57 Arbeitern unter der Leitung eines „Gouverneurs“ und eines Ingenieurs stieg in den Schacht Des Planches ein und riefte gegen das Feuer vor. Man beabsichtigte, einen Damm aus Ziegeln aufzurichten, und alles schien im besten Gange zu sein, als gegen 2 Uhr nachmittags einige von den Arbeitern in größter Hast und Verwirrung aus dem Schacht Gardolle hervorsprangen, der als Luftschacht mit dem Schacht Des Planches in Verbindung stand. Der „Gouverneur“ erzählt, wie folgt, was geschehen: „Es war um 1/2 1 Uhr nachmittags. Der Bau der Ziegelmauer, der das Feuer isolieren sollte, war beinahe beendet, als der Ingenieur Baup mir auftrug, ein totes Pferd herbeizuholen, das ungefähr 600 Meter entfernt sich im Schacht befand. Ich folgte dieser Aufforderung und war mitten auf dem Wege, als ich eine Detonation hörte. Ich fühlte eine Erschütterung und bemerkte Rauch, der mich verblühten. Als alter Minenarbeiter war ich mir keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden hatte. Ich gab sofort das Alarmzeichen und ergriff die Flucht zusammen mit einem Arbeiter, der mich begleitet hatte. Wir kehrten auf dem Wege in den Schacht Des Planches zurück, der übrigens wegen seiner Explosionsgefahr gesperrt ist, und retteten uns durch den Luftschacht ins Freie.“ Unterwegs trafen die beiden Männer einige Arbeiter, die von der Explosion überrascht worden waren, und die sich mit schweren Verletzungen am Boden wälzten. Der „Gouverneur“ ergriff einen von ihnen und transportierte ihn auf seinen Schultern ins Freie. Die Direktion wurde sofort benachrichtigt und die Ingenieure wurden herbeigerufen. Ein Rettungsdienst wurde organisiert, und unter der Leitung des Chefingenieurs und einiger Arbeiter, die man mit Schutzhelmen ausrüstete, stieg eine Rettungskolonne in die brennende Mine hinab.

Ferriage mit sechs Passagieren an Bord.

Eine beachtenswerte aviatische Leistung hat am Mittwoch der bekannte französische Flieger Roger Sommer vollbracht. Mit sechs Passagieren im Gesamtgewichte von 440 Kilogramm an Bord flog er mit seinem Zweidecker von Rheims nach Chalons-sur-Marne und zurück. Der Flieger legte die 60 Kilometer lange Strecke in 55 Minuten zurück.

Kleine Notizen.

Drei Kinder verbrannt. Nach einer Meldung aus Marienwerder sind bei dem Brande einer Arbeiterwohnung in Lindau im Kreise Rastum drei Kinder in den Flammen umgekommen. Bei der Rettung des Vaters verunglückte. Beim Traubenpressen sind in der französischen Ortschaft St. Julien drei Personen, Vater und Söhne, tödlich verunglückt. Der Vater war in der Keller durch giftige Gase betäubt zusammengebrochen. Bei dem Versuch, den Vater zu retten, verloren die Söhne ebenfalls die Besinnung und erstickten. Die Cholera in Serbien. Nach amtlicher Mitteilung sind vom 8. bis 15. Oktober in fünf Landesbezirken 23 Choleraerkrankungen vorgekommen, von denen 11 tödlich verließen.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Wanderausfahrten am Sonntag, den 22. Oktober. I. König-Waltherhausen-Erster, Abfahrt 6.40 Uhr bei Bahnhof II. Bernau-Blumhagen, Abfahrt 6.40 Uhr bei Bahnhof III. Die willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“, 11. Heft des 3. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der jüdisch-italienische Krieg. Von Hermann Bendel. — Die deutsche Arbeiterbewegung. Von J. Wehring. II. — Die Aktion der Masse. Von H. Kautsky. (Fortsetzung). — Karosko und der deutsche Erbschatz. Von Otto Kue. II. — Literarische Rundschau: Robert Wehert, Die Grenzen der Geschichtswissenschaft. Von Otto Diering. August Winning. Der große Kampf. Von J. B. Die sozialdemokratische Bewegung in Bosnien und Herzegowina. Von H. Lohndorff. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern stehen zur Verfügung.

Im Verlage von F. H. B. Dieckmann in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Geschichte der Erde. I. Die Berg und Tal entstehen. Kurzer Abriss der dynamischen Geologie. Von R. Dorn. 11. Auflage. 128 Seiten. 1.25 M. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein orientierender Ausflug. — Die umgehaltenden Wirkungen des Wassers und der Luft. — Die geologische Wirksamkeit der Organismen. — Vulkan. — Erdbeben. — Gebirgsbildung.

erner ist erschienen und gelangt gleichzeitig zur Ausgabe: Aus alten Tagen. Soziale Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Von Kurt Hiller. 96 Seiten. 1.25 M. Der Verfasser schreibt in der Vorrede: Die deutsche Kultur- und Kulturgeschichte pflegt in deutschen Büchern behandelt zu werden. Die Folge davon ist, daß dieses Wissensgebiet dem Volke fremd bleibt, haben doch die meisten arbeitenden Menschen mit Zeit zu ernstem Studium. Ich habe nun aus der Fülle der geschichtlichen Lebensbegebenheiten einige Kapitel herausgriffen und trage sie in anderer Form als gewöhnlich vor. Nicht im Sinne erster Gelegenheitsliteratur, sondern in der besten Weise leichtverständlicher Skizzen veruche ich soziale Zustände vergangener Tage zu schildern. — Mögen diese anerkennenden Bilder dazu beitragen, deutschen Arbeitern die deutsche Vergangenheit lebendiger zu gestalten. Preis eines jeden Bandes 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinspreis 50 Pf.

Witterungsübersicht vom 19. Oktober 1911.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C
Stuttgart	767.50	2	wolkig	5	10.0	Darmstadt	765.50	2	wolkig	4	10.0
Hamburg	767.50	2	wolkig	4	10.0	Petersburg	763.50	1	heiter	4	10.0
Berlin	767.50	1	wolkig	4	10.0	Stettin	767.50	1	bedeckt	11	10.0
Königsberg	767.50	1	wolkig	5	10.0	Breslau	768.50	1	bedeckt	11	10.0
München	768.50	1	wolkig	5	10.0	Wien	768.50	1	wolkig	15	10.0

Wetterprognose für Freitag, den 20. Oktober 1911. Zeitweise neblig, vorwiegend heiter und trocken, am Tage wird bei meist schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Sunlicht

Seife

10 & 25 Pfennig



"Oft wird Seife angepriesen, Die als schädlich sich erwiesen! Vorsicht ist der Hausfrau Pflicht! Sunlichtseife schadet nicht!"

